



Stephan Götzl:

Lebenselixier Genossenschaften

Der Verbandspräsident empfiehlt den Kommunen zur Erfüllung von Aufgaben der Daseinsvorsorge die Gründung von Genossenschaften. **Seite 8**



Maximilian Gaul:

Erste Familienkonferenz in Roßtal

„Was gefällt den Familien, was vermissen sie, was schlagen sie selbst vor?“ wollte der Bürgermeister der „Exzellenz-Gemeinde“ erfahren. **Seite 14**



Manfred Hölzlein:

Erfolgskurs in der Kommunalpolitik

Zahlreiche Repräsentanten des öffentlichen Lebens gratulierten dem Präsidenten des Verbands der Bayerischen Bezirke zum 65. Geburtstag. **Seite 14**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 3. Mai 2007

58. Jahrgang / Nummer 9



Das Podium in Wiesau: „Ideenbörse - Erfolgreiche Initiativen vor Ort“.

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

BayKiBiG und Grundsatzprogramm

Die Verankerung der Kommunen im neuen CSU-Grundsatzprogramm und Erfahrungen nach einem Jahr BayKiBiG bildeten die Schwerpunkte der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München. Als Referenten konnte KPV-Landesvorsitzender Landrat Luitpold Braun Ministerialdirigentin Johanna Huber vom Bayerischen Sozialministerium sowie den stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Grundsatzkommission, MdB Georg Fahrenschon, begrüßen.

Wie Ministerialdirigentin Huber betonte, stellt das BayKiBiG die Weichen für ein leistungsfähiges und bedarfsgerechtes System der Kinderbetreuung. Im Freistaat habe es in der Vergangenheit für die unterschiedlichen Betreuungsangebote ca. 15 verschiedene Förderrichtlinien, insbesondere auch für die Investitionskostenförderung, gegeben.

Einheitliches Fördersystem

Mit dem BayKiBiG sei ein einheitliches Fördersystem für alle Einrichtungen gefunden worden, das bereits von anderen Bundesländern (Sachsen) übernommen wurde bzw. übernommen wird (Nordrhein-Westfalen). Dadurch werde vor allem auch eine Altersmischung möglich, für die es gute pädagogische Gründe gebe.

Der Ausbau der Kinderbetreuung für alle Altersgruppen werde aufgrund der gesellschaftspolitischen Entwicklung - Bayern ist das Land mit der höchsten Frau-



Georg Fahrenschon.

en- und Müttererwerbstätigkeit - immer bedeutsamer, stellte Huber fest. Mit der Möglichkeit der

bis 6 Jahre und 8 Monate beträgt das durchschnittliche derzeitige Einschulungsalter) könnten die vorhandenen personellen und



Johanna Huber.

räumlichen Kapazitäten sinnvoll genutzt werden.

Da die Qualität in den Kindertageseinrichtungen dem Bildungsanspruch gerecht werden muss, habe Bayern, das als einziges Bundesland über ein Staatsinstitut für Frühpädagogik (IFP) verfügt, einen Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) entwickelt. Darin wurden für die Arbeit in den Kindertageseinrichtungen (Fortsetzung auf Seite 4)

2. Regionalkonferenz zum ländlichen Raum:

Wo Bayern zu Hause ist

Schwerpunktthema in Wiesau: Arbeit - Tourismus - Umwelt

„Ländlicher Raum ... Wo Bayern zu Hause ist“ lautete das Thema der zweiten Regionalkonferenz der CSU in Wiesau, Landkreis Tirschenreuth, mit dem Schwerpunkt Arbeit, Tourismus und Umwelt. Vor rund 200 Kommunalpolitikern setzten CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann, MdL, dessen Stellvertreter Markus Sackmann, der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Franz Pschierer, MdL sowie Umweltminister Dr. Werner Schnappauf die hierzu notwendigen Marksteine.

„Wir halten fest an dem Ziel der gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen. Chancengerechtigkeit darf nicht nur ein Lippenbekenntnis sein“, forderte eingangs Fraktionschef Herrmann. Die Staatsregierung halte am Vorrangprinzip fest, das strukturschwachen Gebieten Entwicklungspriorität

einräume. Herrmann: „Wir wollen die Schule im Dorf und den Arzt in der Nähe lassen.“

Wettbewerb der Regionen

Künftig werde sich der Wettbewerb der einzelnen Regionen, insbesondere um junge und hochqualifizierte Menschen deut-

lich verschärfen, meinte Herrmann. Dabei seien zum einen die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten in den Regionen entscheidend, zum anderen spielten zunehmend auch weiche Standortfaktoren wie Lebensqualität und Image der Region eine wichtige Rolle.

Herausforderungen

Als vielfältige Herausforderungen bezeichnete der Fraktionsvorsitzende die Klimaveränderung, den Rückgang der biologischen Vielfalt, Lärmbelastigung, Flächenverbrauch und das Einbringen von Stoffen in die Ökosysteme. Diese zu meistern (Fortsetzung auf Seite 4)

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Die Schlinge zieht sich zu

Hauptschule - Strompreispolitik - Hartz IV

Letzte Chance für die Hauptschule: Wie der Vorstand des Bayerischen Städtetags bei einer Pressekonferenz in München erläuterte, habe diese Schulform nur dann eine Möglichkeit zu überleben, wenn sie so reformiert wird, dass möglichst alle Absolventen in eine Berufsausbildung vermittelt werden. Eine solche Reform werde allerdings enorme Investitionen nach sich ziehen. Dabei sind sich Städte im Klaren darüber, dass die Reform der Hauptschule auch von ihnen verstärkte Anstrengungen erfordern wird. Vorsitzender Hans Schaidinger: „Wir werden mit- helfen, dass eine Reform der Hauptschule gelingt. Die bildungspolitische Verantwortung und die Finanzierungslast liegen aber in erster Linie beim Freistaat.“

Deshalb fordert der Städtetag die Staatsregierung auf, ein Sonderinvestitionsprogramm zur Umsetzung der Hauptschulreform aufzulegen. Modell dafür könnte das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung Betreuung“ des Bundes sein. Für Bayern standen aus diesem Programm rund 600 Millionen Euro zum Ausbau der Ganztagschule zur Verfügung. Die Gelder sind mittlerweile verbraucht.

Die Städte betrachten es zunehmend als Ärgernis, dass Kultusminister Siegfried Schneider mit Recht auf eine umfassende und schnelle Reform drängt. Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser sich aber ihrer Ansicht nach als heftiger Bremsen erweist.

Zu Lasten der Jungen

Damit verkenne er die vorrangige bildungspolitische Verantwortung des Landes und spare zu Lasten der jungen Generation. Schaidinger: „Wer heute Gelder für eine Schulreform verweigert, muss später ein Vielfaches für die sozialen Hilfesystemen ausgeben.“

Eindringlich gestaltete sich (Fortsetzung auf Seite 4)



Hans Schaidinger.



„Man muss dem Ochsen manchmal auch gepflegt eins zwischen die Hörner geben können“, meinte der Bürgermeister, als sich im Vorfeld der Nominierungskür zur Kommunalwahl ein paar unqualifizierte Parteifreunde auf Kosten des Rathauschefs profilieren wollten. Jetzt haben sie selbst das Nachsehen. **Seite 15**



Grenzenloses Radvergnügen verspricht die Region Unterfranken mit den Landkreisen Rhön-Grabfeld, Bad Kissingen, Haßberge, Main-Steigerwald und Kitzingen. Mit Unterstützung des EU-Förderprogramms LEADER+ wurde ein ganzes Maßnahmenbündel initiiert, um die positive Entwicklung in diesem touristischen Bereich langfristig zu sichern und auszubauen.

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Auf den Bürgermeister kommt es an	2
Baurecht wird weiter vereinfacht	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Ein Vorurteil ist ein Urteil, das vor dem Urteil kommt	3
Das aufgewertete bayerische Konnexitätsprinzip	3
Keine Angriffe auf Kommunalwirtschaft	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunalfinanzen	5 - 8
Wasser · Abwasser	9/10
Kommunalfahrzeuge · Grünanlagen	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Auf den Bürgermeister kommt es an

Landtag würdigt erfolgreiche Agenda für nachhaltige Kommunalpolitik - Wirtschaft noch im Abseits

Als gutes Beispiel für eine nachhaltige, also in die Zukunft wirkende Kommunalentwicklung haben Staatsregierung und Landtag das von November 2004 bis August 2006 in landesweit 21 Städten und Gemeinden durchgeführte Programm für gezielte Maßnahmen auf bestimmten Handlungsfeldern bilanziert. Dabei standen bereits die jetzt durch weltweite Untersuchungen hochaktuell gewordenen Themen Klimaschutz und Energie mit in der „Agenda“. Im Umweltausschuss des Parlaments waren alle drei Fraktionen mit Umweltminister Dr. Werner Schnappauf einig, die Versuchserfahrungen für alle Kommunen zu empfehlen und dies finanziell zu fördern.

Anknüpfend an die 1990 von den Vereinten Nationen in der Konferenz von Rio verkündete „Agenda 21“ waren in Bayern vom Umweltministerium mit Hilfe der kommunalen Spitzenverbände und Experten 21 Städte und Gemeinden, das entspricht 1 % von allen, ausgewählt worden. Nicht alle bekamen das gleiche Experimentierfeld. Je drei Kommunen betrieben nachhaltige Politik für Siedlung/Boden/Fläche, Klimaschutz/Energie, Verkehr/Mobilität, Natürliche Ressourcen/Gesundheit, Wirtschaft/Regionale Wertschöpfung, Soziales/Demographischer Wandel und Nachhaltigkeitsmanagement/-kooperation entsprechend örtlicher Voraussetzungen. Wissenschaftlich begleitet wurde die Agenda vom Institut für Geodäsie der Technischen Universität München.

Neuer Stil der Politik

TU-Professor Holger Magel berichtete im Umweltausschuss und fasste zusammen: „Alles hängt am Bürgermeister“. Und dies, ohne die Mitwirkung der Stadt- und Gemeinderäte zu schmälern. Zum neuen Stil der Politik gehöre es aber auch, die

Bürger nicht nur zu beteiligen, sondern mitentscheiden zu lassen. Noch weitgehend im Abseits geblieben sei leider die Wirtschaft. Ohne sie werde indessen keine zukunftsorientierte Kommunalpolitik wirksam sein. Die Agenda-Gemeinden seien Leuchttürme für das ganze Land.

200 Agenda-21-Gruppen

Der Umweltminister griff das auf und kündigte an, die Staatsregierung werde den Anstoß von Rio weiter führen. Es gebe in Bayern bereits mehr als 200 lokale Agenda-21-Gruppen, was ein Spitzenplatz im internationalen Vergleich sei. Schnappauf dankte speziell den Bürgermeistern. Sein Ministerium werde sich trotz Mittelknappheit um weitere finanzielle Förderung bemühen. Den Klimaschwerpunkt hob Schnappauf besonders hervor. Man werde aber ein Gesamtkonzept für Bayern in allen sieben Feldern entwickeln.

In alle Köpfe

Ausschussvorsitzender Henning Kaul (CSU) regte an, die kommunalen Spitzenverbände aufzufordern, die Ergebnisse des Experiments allen Städten und Gemeinden nahe zu bringen. Keinesfalls dürften sie sich von oben gegängelt fühlen mit der Aufforderung, es den 21 Versuchsgemeinden gleich zu tun. Christian Meißner (CSU) sagte, eine neue, nachhaltige Politik müsse „in alle

Köpfe reingehen“. Auch der Staat müsse tätig bleiben.

Die Opposition bewertete durch Ludwig Wörner und Susann Biedefeld (beide SPD) sowie durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende Ruth Paulig (Grüne) die Ergebnisse des Experiments gleichfalls positiv. Sie forderten mehr Geld von der Staatsregierung und eine bessere Zusammenarbeit der einzelnen Ministerien. Die Interesslosigkeit in manchen Kommunen sei auf örtliche „schwarze Mehrheiten“ zurückzuführen, die sich an der „Bremsfront“ der Staatsregierung ausrichteten. Die CSU wies das zurück. Sowohl Kaul als auch Meißner versicherten, dass man sich für weitere Finanzierung der kommunalen

Initiativen einsetzen werde.

100 Bewerber

Kaul konnte im Ausschuss eine Reihe von Bürgermeistern aus den 21 Städten und Gemeinden als Gäste begrüßen. Teilnehmer an der Agenda waren: Herrsching, Pfaffenhofen, Schleching, Unterhaching, Weyarn (Oberbayern), Abensberg, Furth, Kirchdorf i. W. (Niederbayern), Barbing, Dietfurt, Hemau, Neumarkt, Petendorf (Oberpfalz), Gunzenhausen, Roßtal, Schwarzenbruck (Mittelfranken), Markt Neukirchen a. B. (Oberfranken), Haßfurt, Rottendorf (Unterfranken), Oettingen, Roßhaupten (Schwaben). Diese waren aus über 100 Bewerbern ausgewählt worden. **rm**

Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Die Psychiatrie wird zur GmbH

Bezirke können Kliniken in Privatgesellschaften umwandeln
Verfassungsrechtliche Bedenken ausgeräumt

Die Bezirke können ihre psychiatrischen Krankenhäuser ab Juli auch als Gesellschaften mit beschränkter Haftung führen. Der Landtag stimmte einem Gesetzentwurf der Staatsregierung zu, mit dem verfassungsrechtliche Bedenken gegenstandslos werden, dass die hoheitlichen Aufgaben psychiatrischer Kliniken nicht in privatrechtlichen Gesellschaften erfüllt werden können. Es geht insbesondere um die Unterbringung von Straftätern, die von den Gerichten eingewiesen werden.

Mehrere Bezirke haben, wie die Staatsregierung zur Begründung schrieb, bereits begonnen, die kommunalen Krankenhäuser zur GmbH umzuwandeln. „um den veränderten wirtschaftlichen Anforderungen des Krankenhausmarktes gerecht zu werden“. Bisher waren diese Kliniken einschließlich der forensischen Abteilungen überwiegend Eigenbetriebe der Bezirke. Die bisherige Rechtslage hätte es nur zugelassen, das Allgemeinkrankenhaus zur GmbH zu machen und die forensischen Abteilungen mit Straftätern, die durch Gerichtsurteile eingewiesen werden, als kommunale Eigenbetriebe weiterzuführen.

Wirtschaftliche Effizienz

Für die CSU begrüßte Joachim Unterländer im Plenum des Landtags die Änderung des Gesetzes zur Ausföhrung der Sozialgesetze (AG SG). Sie bringe mehr wirtschaftliche Effizienz. Dem stimmte für die SPD auch Joachim Wahnschaffe zu. Dies aber nur „zähneknirschend“, weil zwar die rechtliche aber nicht die praktische Unsicherheit beseitigt werde. Immer mehr Straftäter würden von den Gerichten in die Psychiatrie geschickt. Die Kliniken seien überbelegt und die Ausbrecherquote steige mangels entsprechender personeller und baurechtlicher Voraussetzungen. Renate Ackermann (Grüne) hatte die gleichen Bedenken. Sie forderte die Festlegung von Be-

handlungsstandards für die psychisch Kranken. An der Therapie dürfe genau so wenig gespart werden wie an den Bauten. Es fehle an Fachkräften. Den Bezirkstagen werde das direkte Mitwirkungsrecht genommen. Sozialstaatssekretär Jürgen Heike erwiderte, zwar sei die Zahl der gerichtlich in die Psychiatrie Eingewiesenen gestiegen, die Ausbrecherquote liege aber weit unter einem Prozent. Den Ausbau der Kliniken habe man finanziell im Griff. Über die Therapie werde noch zu reden sein. Das habe aber mit der jetzigen Gesetzesänderung nichts zu tun. Die AGSG-Änderung wurde von CSU und SPD gebilligt, die Grünen lehnten ab. **rm**

zichtiges Instrument für mehr Selbstverantwortung der Regionen und Kommunen in Europa“. Europa müsse sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, deren Notwendigkeit und Mehrwert für die Menschen deutlich erkennbar ist. Zwar sei es sehr erfreulich, dass die EU-Kommission neuerdings auf freiwilliger Basis vorab ihre Vorschläge den nationalen Parlamenten übermittelt und ihnen die direkte Möglichkeit zur Stellungnahme gegenüber der Kommission einräumt. Damit sind nach den Worten Müllers wichtige Elemente des im Verfassungsvertrag vorgesehenen Subsidiaritäts-Frühwarnsystems bereits jetzt umgesetzt worden.

Subsidiaritäts-Frühwarnsystem

Müller: „Die stärkere Berücksichtigung der Regionen bei der Entscheidungsfindung der EU-Kommission ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung des politischen Entscheidungsprozesses, reicht aber nicht aus. Wir brauchen eine rechtlich belastbare und tragfähige Verankerung des Subsidiaritäts-Frühwarnsystems in einer gemeinsamen europäischen Verfassungsgrundlage.“

Der 1994 gegründete Ausschuss der Regionen (AdR) ist die repräsentative Versammlung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Europäischen Union. Über den AdR sind die Länder, Regionen und Kommunen Europas unmittelbar an der Brüsseler Politik beteiligt. Anlässlich der deutschen Ratspräsidentschaft hat der AdR seine Präsidiumssitzung nach Würzburg verlegt. **□**



Stabwechsel beim Bayerischen Landkreistag: In den Ruhestand verabschiedete Verbandspräsident Theo Zellner im Beisein zahlreicher Repräsentanten bayerischer Ministerien und Behörden sowie der anderen kommunalen Spitzenverbände Michael Hiltl, der mehr als 28 Jahre - zuletzt als Direktor und Vertreter des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds - die Geschicke des kommunalen Spitzenverbands entscheidend mitgestaltete. In herzlichen Dankworten würdigte der Präsident den kompetenten Juristen, der im Laufe seiner langen Dienstzeit für vielfältigste Themen zuständig war. Unser Bild zeigt (v. l.): Geschäftsstellenchef Johannes Reile, Hiltls Nachfolger Michael Graß, Präsident Zellner und den scheidenden Michael Hiltl, der seinerseits den vielen beruflichen Weggefährten Dank und Anerkennung zollte für deren engagierte und faire Begleitung. **□**

Baurecht wird weiter vereinfacht

Deregulierung und Eigenverantwortung - Dritter Gesetzesschritt als vorläufiger Abschluss

Die 1994 begonnene und 1998 fortgesetzte Bauordnungsreform soll jetzt in einem dritten Schritt vorläufig abgeschlossen werden. In dem im Landtag eingebrachten Regierungsentwurf zur Änderung der Bayerischen Bauordnung (BayBO) geht es vor allem um die Fortschreibung des Grundsatzes der Deregulierung und Stärkung der Eigenverantwortung der am Bau Beteiligten.

Das gilt u. a. bei der weiteren Vereinfachung des Abstandsflächenrechts und des Brandschutzes bei Holzbauten. Dagegen wird die Zahl der Kraftfahrzeugstellplätze künftig wieder von der Bauordnung vorgegeben. Die Gemeinden hatten sich mit der Festsetzung in eigener Verantwortung überfordert geföhlt.

Lebhafter Streit

Im federführenden Wirtschaftsausschuss berichtete Innenstaatssekretär Georg Schmid von lebhaftem Streit landesweit und von intensiven Diskussionen mit den kommunalen Spitzenverbänden über diesen Entwurf. Dabei seien Kompromisse gefunden worden, denen Städte-, Landkreis- und Gemeindetag schließlich zugestimmt haben. Schmid erwähnte die Genehmigungsfreiheit für kleinere handwerkliche und gewerbliche Bauvorhaben.

Die Befürchtung, das ginge auf Kosten der gemeindlichen Planungshoheit teilte der Staatssekretär nicht. Den Kommunen bleibe die Möglichkeit, Änderungsverfahren einzuleiten und das umstrittene Projekt in das Baugenehmigungsverfahren zu bringen. Schmid gab sich überzeugt, dass sich das vorliegende Konzept bewähren werde.

Den Erfolg der bisherigen Reformen illustrierte der Staatsse-

Staat muss Partner sein

Die Opposition zeigte sich grundsätzlich einverstanden mit Vereinfachungen im Baurecht. Ihre Sprecher blieben jedoch skeptisch, ob der vorliegende Änderungsentwurf richtig sei. Dr. Hildegard Kronawitter (SPD) verwies darauf, dass der Landkreistag den weiteren Wegfall von Baugenehmigungen für äußerst problematisch halte. Der Staat müsse Partner des Bauherrn sein und bei komplizierten Verfahren begleitend tätig werden. Darüber hinaus müsse das neutrale Instrument der Baugenehmigung erhalten bleiben.

Dr. Christian Magerl (Grüne) befand, mit der neuen Gesetzesänderung würden bewährte Standards abgebaut. Es fehle zudem der Klimaschutz in der Bauordnung. Zu begrüßen sei die erweiterte Möglichkeit, mit Holz zu bauen. Es bleibe in den Gemeinden die Kritik an der Abstandsregelung und der erweiterten Genehmigungsfreiheit

Eberhard Rotter (CSU) bezeichnete die Neufassung des Baurechts als ausgewogen; sie sei die konsequente Fortsetzung der Novellen von 1994 und 1998. Das Genehmigungsverfahren werde auf die spezifisch baurechtlichen Punkte beschränkt. „Wir müssen uns von der Rückversicherungsmentalität verabschieden und zu mehr Eigenverantwortung kommen.“ Der Staatssekretär kündigte an, man werde in ca. fünf Jahren die Erfahrungen bei den Bauaufsichtsbehörden und den Gemeinden abfragen. **rm**

Emilia Müller zum Ausschuss der Regionen:

Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof

Wichtiges Signal für Akzeptanz Europas bei den Menschen

Bayerns Europaministerin Emilia Müller hat ein Klagerecht des Ausschusses der Regionen vor dem Europäischen Gerichtshof bei Verletzungen des Subsidiaritätsgrundsatzes gefordert. Bei einer Sitzung des Präsidiums des Ausschusses der Regionen in Würzburg betonte Müller, dass ein solches Klagerecht ein wichtiger Baustein für die Akzeptanz Europas bei den Bürgern sein könne.

Müller: „Die Regionen in Europa wissen am besten, welche Erwartungen die Menschen an ein bürgernahes Europa haben. Der Ausschuss der Regionen ist ein direkter Vermittler zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb wäre es ein wichtiges Signal für mehr Bürgernähe und damit für mehr Akzeptanz Europas, dem Ausschuss der Regionen ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof zu ge-

ben, wenn die EU Dinge regeln will, die die Regionen besser regeln können.“ Müller wies darauf hin, dass ein solches Klagerecht bereits im Entwurf des Europäischen Verfassungsvertrages vorgesehen war.

Müller kündigte zudem an, dass sich die Bayerische Staatsregierung weiter mit Nachdruck für ein rechtlich verbindliches Subsidiaritäts-Frühwarnsystem einsetzen wird. Dieses ist nach den Worten Müllers ein „unver-

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Emil Konrad
89367 Waldstetten
am 9.5.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Ledermann
97640 Oberstreu
am 9.5.

Bürgermeister Gert Kohl
90513 Zirndorf
am 12.5.

Bürgermeister Josef Maierhofer

94431 Pilsting
am 14.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Willi Müller
91286 Obertrubach
am 10.5.

Bürgermeister Hans Mödl
85139 Wettstetten
am 12.5.

Bürgermeister Michael Pelzer

83629 Weyarn
am 19.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudi Schreck
63934 Röllbach
am 15.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Gerold Noerenberg
89231 Neu-Ulm
am 19.5.

Bürgermeister Roland Helfrich

87488 Betzigau
am 21.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Luksch
94518 Spiegelau
am 17.5.

Bürgermeister Dr. Michael Kölbl

83512 Wasserburg am Inn
am 19.5.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Ferdinand Geisberger
85656 Buch am Buchrain
am 8.5.

Bürgermeister Joseph Mayer

86757 Wallerstein
am 12.5.

Das aufgewertete bayerische Konnexitätsprinzip

Von Dr. Georg Sinnacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Ein langwieriger innerstaatlicher Streit zwischen den bayerischen Kommunen aller drei Ebenen und dem Freistaat Bayern ging voraus, bis es nach einem Volksentscheid am 1. Januar 2004 zur Aufnahme des strengen Konnexitätsprinzips in die Bayerische Verfassung kam. Mit diesem Prinzip, das der frühere Bundespräsident Professor Dr. Roman Herzog erstmals in einer Verbandsversammlung der bayerischen Bezirke volkstümlich mit: „Wer anschafft, soll auch bezahlen!“ umschrieb, soll die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen geschützt werden.

Die Landesverfassungsrechtliche Verankerung des Konnexitätsprinzips hat zu einer erheblichen Verbesserung der Rechtsstellung der bayerischen Kommunen geführt; es leidet jedoch nach allgemeiner Auffassung darunter, dass es nur die Landesstaatsgewalt bindet, nicht aber den Bund, wenn er etwa den Gemeinden oder - besonders häufig - im Rahmen der Sozialgesetz-

mungen im Grundgesetz geführt. Es wurden zwei identische Sätze in Art. 84 Abs. 1 GG als Satz 7 und in Art. 85 Abs. 1 GG als Satz 2 eingefügt.

Kommunale Selbstverwaltung gestärkt

Danach dürfen durch Bundesgesetz Gemeinden und Gemeindeverbänden keine Aufgaben

schrift nicht ausfertigte. Die kommunale Selbstverwaltung, als grundrechtsähnliches Recht, wurde entscheidend verstärkt.

Interessante neue Fragenkreise sind zuletzt aufgetreten, vor allem, ob angesichts der Länderverpflichtung, im Bundesrat zugleich die Stellung ihrer Kommunen zu vertreten, die Landesverfassung dabei für sie verpflichtend ist. Die Landesregierung ist bei ihrer Mitwirkung im Bundesrecht an ihr Landesverfassungsrecht gebunden.

Dies muss in den Weisungen der Staatsregierung an ihre Bundesratsvertreter zum Ausdruck kommen. Daraus darf geschlossen werden, dass die bayerische Staatsregierung grundsätzlich in ihrem Bundesratsverhalten verpflichtet ist, sich im Rahmen ihrer Bundesratsarbeit so weit wie nur irgend möglich für eine Verwirklichung des Konnexitätsprinzips einzusetzen und dies auch den Kommunen transparent zu machen.

Materielles Recht

Ein Verstoß gegen diese landesverfassungsrechtliche Pflicht ist zwar für die Wirksamkeit des entsprechenden Bundesgesetzes ohne Bedeutung, kann jedoch als ein materielles Recht einen finanziellen Mittelausgleich im Landeshaushalt zur Folge haben. Es zeigt sich also, dass das seit der Föderalismusreform aufgewertete Konnexitätsprinzip in seinen Auswirkungen und auf Grund der Interpretation der Verfassungsbestimmung des Art. 83 Abs. 3 BV

zu größerer Bedeutung kommt, als bislang vermutet wurde. Die Wege der Verfassungsbeschwerde zum Bayerischen Verfassungsgerichtshof wären den Kommunen gegen den Freistaat Bayern sogar wegen eines verfassungswidrigen Verhaltens im Bundesrat möglich.

Sozialhilfzuständigkeit

Innerhalb der bayerischen Landesgesetzgebung wird dem Konnexitätsprinzip neuerdings ebenfalls starke Aufmerksamkeit gewidmet. Etwa bei der derzeit zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden strittig gewordenen Frage der Sozialhilfzuständigkeit für die Hilfe zur Pflege zwischen den Bezirken und den Landkreisen und kreisfreien Städten. Löst die Frage der Verlagerung der Kompetenzen für eine Aufgabe von einer kommunalen Ebene auf eine andere durch ein bayerisches Landesgesetz die Folgen des Art. 83 Abs. 3 und Abs. 7 BV, also die Konnexitätswirkung mit der finanziellen Ausgleichspflicht des Staates aus? Dies ist nach dem Verfassungstext wohl nicht zu bestreiten.

Handlungsspielraum

Allerdings hat der Staat in diesem Falle einen Handlungsspielraum nach dem Finanzausgleichsgesetz, so dass Umschichtungen grundsätzlich möglich sind. Die Aufgabenverlagerung bringt Umlageverschiebungen bei Landkreisen und Bezirken. Ein neuer staatlicher Ausgleich muss nach Verfassungsrecht den benachteiligten Gebietskörperschaften gewährt werden. Dabei bleibt dem Staat die Restverpflichtung zum konnexen Ausgleich. Eine nicht nur für Juristen interessante Frage. □

GZ Kolumne Luitpold Braun

liebe Leser

ein Politiker, gleich welcher Couleur, der auch nur im entferntesten in Verdacht gerät, an irgendetwas „schuld zu sein“, hat damit ein riesiges Problem.

Als Beispiel dafür kann der frühere Reichenhaller Oberbürgermeister Heitmeier gelten. Vor einigen Tagen wurde von der Staatsanwaltschaft verlautbart, dass gegen ihn keine Anklage wegen des Unglücks in der dortigen Eishalle erhoben wird. „Anhaltspunkte einer Strafbarkeit wegen fahrlässiger Tötung oder fahrlässiger Verletzung“ hätten sich nicht ergeben.



Was mag in den betroffenen Menschen vorgehen? Sie wissen ja, dass sie keine kriminellen Delikte begangen haben. Wehren können sie sich trotzdem schwer, es glaubt ihnen ja niemand.

Ein Vorurteil ist ein Urteil, das vor dem Urteil kommt!

Heitmeier ist also unschuldig, aber abgewählt!

Ahnlich vorverurteilt wurde auf einer ganz anderen Ebene auch der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl. Einer der verdienstvollsten Politiker der deutschen Nachkriegszeit wurde praktisch kriminalisiert. Das Ende ist bekannt, Helmut Kohl hatte nichts verbrochen.

Insoweit kann man nur an die „Mediengewalt“ in unserem Lande appellieren, rücksichtsvoll mit scheinbar Schuldigen umzugehen.

Dr. Luitpold Braun

Anzeigen in der

GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

bücher den örtlichen oder überörtlichen Sozialhilfeträgern neue Aufgaben übertrug. Für diese finanziellen Lasten gibt es keinen Ausgleich vom Bund, weil das Grundgesetz kein Konnexitätsprinzip zugunsten der Kommunen kennt.

übertragen werden. Schon im Dezember 2006 wurde die Bedeutung des neuen Übertragungsvorbotes sichtbar, als Bundespräsident Köhler das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Verbraucherinformation mit Berufung auf die neue Grundgesetzvor-

Neue Aspekte

Neue Aspekte ergeben sich nun mit der am 1. September 2006 in Kraft getretenen Föderalismusreform durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28.08.2006. Der Gesetzgeber verzichtet zwar im Grundgesetz auf ein die Kommunen begünstigendes Konnexitätsprinzip, aber die große Mehrzahl der Kompetenzen für die Landesgesetzgebung bringt in starkem Maße eine Zunahme der Landesverantwortung und damit das Eingreifen des Bayerischen Konnexitätsprinzips, nach Art. 83 Abs. 3 und 7 der Bayerischen Verfassung.

Erweiterte Landeskompetenz

Mit der Föderalismusreform wird nicht nur die Landeskompetenz erweitert, sondern künftig auch die finanzielle Leistungsbeanspruchung der Kommunen gesichert. Wenn erneut ein Konnexitätsprinzip im Grundgesetz unterblieben ist, so hat die Föderalismusreform des vergangenen Jahres zu bedeutenden neuen verfassungsrechtlichen Bestim-

1. Zukunftskongress des Deutschen Städte- und Gemeindebundes:

Keine Angriffe auf die Kommunalwirtschaft!

Kommunale Verantwortung für Aufgaben der Daseinsvorsorge

Der Begriff „Daseinsvorsorge“ ist in der Bevölkerung noch eine große Unbekannte. Das hat unlängst eine Umfrage der Lindauer Managementberatung belegt. Nur ein Bruchteil von vier Prozent der Befragten konnte den Begriff annähernd treffend einordnen. Ziel des 1. Zukunftskongresses des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) in Bonn war es folgerichtig, das Modell der Daseinsvorsorge vermittelbar zu machen und es für wichtige Daseinsvorsorgebereiche wie Energie, Abfall, Wasser oder Abwasser strategisch zu konkretisieren.

Vor rund 250 Teilnehmern aus Politik, öffentlicher Verwaltung sowie aus der kommunalen Wirtschaft wurde eine Reihe von Fragen diskutiert, etwa: „Wie ist Daseinsvorsorge bzw. ein neuer Begriff und seine Ausprägungen den deutschen Bürgern zu vermitteln?“, „Wie sieht das deutsche Daseinsvorsorge-Modell 2015 und der Weg dahin aus?“ oder „Wie müssen sich die kommunalen Spitzenverbände bei der Eu-

ropäischen Kommission positionieren?“

Hohe Qualität

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnte davor, die Kommunalwirtschaft durch immer weitere Einschränkungen zu gefährden. „Im Rahmen der Daseinsvorsorge erbringen die Städte und Gemeinden für ihre Bürger zentrale Leistungen, wie Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und öffentlichen Nahverkehr in hoher Qualität zu akzeptablen Preisen. Das darf nicht durch zunehmenden Privatisierungsdruck in Form von verschärften Subsidiaritätsklauseln, besonderen Bedürfnisprüfungen oder einschränkenden Vergabebestimmungen gefährdet werden“, erklärte der Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg zu Beginn des Kongresses.

Benachteiligung der Stadtwerke

Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Michael Schöneich verwies in diesem Zusammenhang auf die aktuell von der nordrhein-westfälischen Landesregierung betriebene Verschär-

fung der Gemeindeordnung. „Durch die geplante drastische Einschränkung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Kommunen würden die Stadtwerke vor allem gegenüber den Energiekonzernen weiter benachteiligt. Wer dies will, der will das Verschwinden der Stadtwerke vom Energiemarkt und das Oligopol der privaten Konzerne“, stellte Schöneich fest.

Blick ins Ausland

Privat vor Staat ist bei der kommunalen Daseinsvorsorge oft der falsche Weg. Das zeigt ein Blick ins Ausland: In England und Frankreich werden z. B. bei der Wasserversorgung umfangreiche Reprivatisierungen durchgeführt, weil die Privatisierung die Wasserqualität verschlechtert hat, aber die Preise deutlich gestiegen sind.

Wirtschaftsfaktor

Die Daseinsvorsorge ist Schöneich zufolge ein wichtiger Wirtschaftsfaktor mit entscheidender Bedeutung für die Entwicklung vor Ort, an der die Bürger festhalten wollen und die sie mitgestalten. Allein die im Verband kommunaler Unternehmen organisierten 1.400 Unternehmen haben 247.000 Arbeitsplätze und einen Jahresumsatz von 67 Mrd. Euro. Stadtwerke sind eine der größten Auftraggeber für das örtliche Handwerk.

Die EU muss die kommunale Daseinsvorsorge respektieren. Eine Ausdehnung des Wettbe-

werbsrechts im Sinne des EU-Binnenmarktmodells auf die lokale Ebene lehnen die Städte und Gemeinden ab.

Interkommunale Zusammenarbeit

Unverzichtbar ist auch, die interkommunale Zusammenarbeit vom EU-Vergaberecht freizustellen. Die Zusammenarbeit zwischen Kommunen ist eine bewusste Alternative zur Privatisierung und bietet ein hohes Einsparpotential, um die Leistungen für die Bürger und Bürgerinnen effektiver und preiswerter zu erbringen. Die Kongressteilnehmer waren sich einig, dass die interkommunale Aufgabenwahrnehmung Aufgabe der kommunalen Organisationshoheit ist und zur Identität der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland gehört. Sie muss beachtet werden und darf nicht durch immer weitere Ausschreibungspflichten in Frage gestellt werden. Dies wäre ein faktischer Zwang zur Privatisierung kommunaler Aufgaben, der nicht hingenommen werden kann.

Private Partner

Zudem muss es den Kommunen erleichtert werden, öffentliche Aufgaben auch gemeinsam mit privaten Partnern zu erledigen, nach dem Prinzip „Partner: Staat und Privat!“ Beklagt wurde, dass hier vor allem die EU-Vorgaben viel zu unflexibel sind und geradezu ein Hindernis für den allseits gewollten Ausbau des partnerschaftlichen Zusammenwirkens von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft darstellen. Zu kritisieren sei vor allem, dass die EU schon bei geringen privatrechtlichen Beteiligungen ein zu starres Korsett des europäischen Binnenmarktrechts erzwingt. Dies erschwere den Weg in Partnerschaften.

„Die kommunale Verantwortung und die Möglichkeit der Kommunen zur Aufgabendurchführung durch eigene Unternehmen, das ist das Modell der Daseinsvorsorge im Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung, das in Deutschland den größten Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger ermöglicht“, hob wiederum Dr. Andreas Schirmer,

Vizepräsident des VKU, hervor. Wasser und Abwasser seien selbst im Spektrum der Leistungen der Daseinsvorsorge noch besonders sensible Bereiche. Sie schafften unabdingbare Lebensgrundlagen. Diese Aufgaben seien bei den kommunalen Unternehmen besonders gut aufgehoben. Kommunale Unternehmen stünden neben der Versorgungssicherheit, der Transparenz gegenüber den Verbrauchern und wirtschaftlichem Arbeiten für einen gewichtigen zusätzlichen Wert: lokale und regionale Verantwortung.

Erfolgreiches Modell

„Der zukünftige europäische Rahmen für die Daseinsvorsorge muss dieses erfolgreiche kommunale Modell der Daseinsvorsorge in der deutschen Wasserwirtschaft auch weiterhin ermöglichen“, forderte Schirmer. Er sprach sich daher deutlich gegen eine direkte europäische Liberalisierung der Bereiche Wasser und Abwasser aus. Darüber hinaus dürfe es aber auch keine Liberalisierung über den Umweg der ausufernden Anwendung des bestehenden Wettbewerbs- und insbesondere Vergaberechts geben.

Modernisierung statt Liberalisierung

Um als kommunale Wasserwirtschaft in Deutschland auch weiterhin ein Erfolgsmodell zu bleiben, müsse sie aber auch in Bewegung bleiben. Das Stichwort hier laute: Modernisierung statt Liberalisierung. „Wesentlicher Baustein einer solchen Modernisierung ist die Transparenz gegenüber dem Verbraucher!“ bemerkte Schirmer.

Schon heute sind kommunale Unternehmen in diesem Bereich weit fortgeschritten. Sie veröffentlichten für die Verbraucher wichtige Informationen, beteiligen sich in erheblichem Umfang an Benchmarkingprojekten und tragen damit zur Transparenz der Branche bei. Und doch sollten die Anstrengungen in diesem Bereich noch verstärkt werden. Dazu Schirmer: „Wenn die kommunale Wasserwirtschaft Transparenz gewährleistet, kann sie Liberalisierungsforderungen auch erfolgreich begegnen!“ DK

Bitte um Mithilfe an bayerische Kommunen:

Bücher aus dem Feuer

Lesungen zum Jahrestag der Bücherverbrennung

Zahlreiche bayerische Kommunen haben in den vergangenen Jahren zum Erfolg der Aktion „Bücher aus dem Feuer“ ihren unverwechselbaren Beitrag geleistet. Für den 10. Mai 2007 ruft Initiator Gerhard Schmitt-Thiel erneut zur Teilnahme auf.

Am Jahrestag der Bücherverbrennung durch die Nazis (1933) werden bundesweit Texte aus den damals vernichteten Werken vorgelesen.

Auf öffentlichen Plätzen, vor oder in Rathäusern, in Bibliotheken, Museen, Schulen, Universitäten, von Lernenden und Lehrern, in Theatern, Opern, Buchhandlungen, Restaurants - also überall wo sich Menschen zusammenfinden - soll gegen das Vergessen „angelesen“ werden.

Weitere Informationen und Anmeldung im Internet: www.buecherlesung.de. □

BayKiBiG und Grundsatz ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Bildungs- und Erziehungsziele nach den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft, insbesondere auch der Hirnforschung entwickelt. Deren Umsetzung sei Fördervoraussetzung.

Bedarfsgerechter Ausbau

Mit dem Gesamtkonzept Kinderbetreuung sei deren Ausbau bereits in den Jahren 2002 bis 2006 vorangetrieben worden, so die Ministerialdirigentin. Die Bayerische Staatsregierung habe dafür zusätzlich 313 Mio. Euro eingesetzt (Haushaltsansatz für 2006: 580 Mio. Euro). Während der Anteil an Plätzen für unter Dreijährige von 3,5 % im Jahr 2002 auf 9 % im Jahr 2006 gesteigert werden konnte, bestehe bei den Plätzen für Kindergartenkinder eine Voll- bzw. teilweise Überversorgung. Bei den Plätzen für Schulkinder (6 bis 10 Jahre) ist eine Steigerung von 13 auf etwa 20 % festzustellen.

Das neue Gesetz unterstützt nach Hubers Worten nicht nur den bedarfsgerechten quantitativen Ausbau der Betreuungsangebote, sondern auch die qualitativen Aspekte der außerfamiliären Betreuung. So bilde das BayKiBiG einen einheitlichen rechtlichen Rahmen für Krippen, Kindergärten, Kinderhorte, Net-

ze für Kinder, Kinderhäuser und die Tagespflege. Freiwerdende Plätze könnten für Kinder anderer Altersgruppen eingesetzt werden. 40 % der Einrichtungen machten davon bereits Gebrauch. Allein zwischen August 2005 und September 2006 wurden mehr als 6200 Plätze für Kinder unter 3 Jahren und 3200 Plätze für Schulkinder geschaffen.

Erstmals bestehe ein gesetzlicher Anspruch der Gemeinden auf staatliche Förderung für Krippen, Horte und altersgemischte Einrichtungen, für Elterninitiativen und „sonstige Einrichtungen“, wie z.B. Betriebskindergärten. Erstmals gebe es zudem eine staatliche Förderung für die Tagespflege, die Einzelintegration sowie für Kinder mit Migrationshintergrund.

Elternbefragungen

„Die Kommunen gehen den Ausbau mit Schwung an“, lobte die Ministerialdirigentin. Bereits drei Viertel hätten mit der Bedarfsplanung begonnen und in der Regel Elternbefragungen durchgeführt. Qualität werde ernst genommen; der BEP werde von der Praxis geschätzt, Befürchtungen bestünden in punkto Umsetzbarkeit. „Dass hier noch nicht alle Wünsche erfüllt sind, insbesondere hinsichtlich des

Personal-Kind-Schlüssels“, steht für Huber außer Frage.

Umstellungsprobleme habe es im Bereich der Verwaltung gegeben, weshalb EDV-Programme zur Verfügung gestellt wurden, die die Erfassung und Berechnung der Förderung erleichtern. Darüber hinaus gebe es Klagen über das Anspruchsverhalten mancher Eltern auf der Basis des Wunsch- und Wahlrechts des § 5 SGB VIII. Dabei handelt es sich um ein Bundesrecht, das seit 1. Januar 1992 gilt.

Gastkinderregelung

Ein besonderes Problem tritt Huber zufolge schließlich immer wieder bei der Gastkinderregelung auf, die versucht, die gegensätzlichen Interessen der Gemeinden untereinander, aber auch zwischen Gemeinden und Eltern, zu klären. Viele Gemeinden hätten hier bereits eine beispielhafte Kooperation entwickelt.

Grundwerte der CSU

Stichwort Grundsatzprogramm: Wie der stellvertretende Vorsitzende der CSU-Grundsatzkommission, Georg Fahrenschon, eingangs erläuterte, standen die Grundwerte der CSU wie das christliche Menschenbild, das

Bekenntnis zu Freiheit und Eigenverantwortung und die Verpflichtung zu solidarischem Handeln bei den Arbeiten zum neuen Grundsatzprogramm nicht zur Disposition.

Langfristige Antworten

Ziel der Fortschreibung sei es, langfristig gültige Antworten auf aktuelle Fragestellungen zu geben - über den Tag und über die Dauer einer Legislaturperiode hinaus. Während das bisher gültige Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1993 alle Politikbereiche in 20 Kapiteln quasi einzeln „abarbeitet“, will der neue Entwurf laut Fahrenschon vernetzte Antworten auf komplexe Entwicklungen wie z.B. Globalisierung, Demographie und die Chancen von generationengerechtem Handeln geben. Gerade in Zeiten des raschen Wandels benötige die Gesellschaft gemeinsame Werte und Ziele für ein stabiles Band zwischen den Menschen. Die CSU stelle sich diesen neuen Herausforderungen und wolle auch in Zukunft mit

einer starken Leistungs- und Sozialkultur Chancen für alle schaffen.

Subsidiaritätsprinzip

Herausragendes ordnungspolitisches Prinzip sei hierbei die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, erklärte der MdB. „Wir geben der bürgerschaftlichen Initiative Vorrang vor staatlicher Intervention. Der Staat soll private Initiativen fördern und dafür Freiraum geben.“

Mit dem ersten Gesamtentwurf hat der eigentliche Hauptteil der Diskussion begonnen. Er ist die Grundlage für die weitere intensive Debatte auf allen Ebenen und in allen Gliederungen der Partei. Nach der Verabschiedung durch den Parteivorstand Mitte Februar wird er nun auf Herz und Nieren geprüft. Die Rückmeldungen bis zur Jahresmitte werden dann in einen zweiten Entwurf der Grundsatzkommission einfließen, der dem Parteitag am 28. und 29. September zur Beschlussfassung vorgelegt wird. **DK**

und Fortbildung müssten Chefsache sein. Die Angebote hierfür seien vorhanden, sie würden allerdings viel zu wenig in Anspruch genommen. Pschierer: „Wenn Gäste in der Zukunft vermehrt aus dem Ausland kommen, dann führt an einer breiten Verbesserung der Fremdsprachkenntnisse kein Weg vorbei. Einzelne Wettbewerber im benachbarten Ausland sind uns hier bereits voraus. Die Gäste sind anspruchsvoll. Das Preis-Leistungsverhältnis muss stimmen, aber auch Kundenfreundlichkeit, Service und umfassende Angebote.“

Einkommensmöglichkeiten

Wie Umweltminister Schnappauf bemerkte, gilt es, die Einkommensmöglichkeiten im ländlichen Raum konsequent zu nutzen. Dann bleibe die Wertschöpfung in der Region, steige die Kaufkraft, entstünden neue Arbeitsplätze und hätten auch junge Menschen und Familien Perspektiven. Das neue LEP jedenfalls stelle ein klares Bekenntnis des Staates zum ländlichen Raum dar. Nach wie vor gelte der langjährige landespolitische Grundsatz gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen zwischen Stadt und Land.

Ausweitung des Breitband-Netzes

Schnappauf machte sich besonders für eine Ausweitung des Breitband-Netzes stark. Vom Staat müsse dafür Geld in die Hand genommen werden, da es sich hierbei um Investitionen handle, die sich rechnen. Der Minister sprach sich zudem für den verschärften Blick auf die „Megatrends“ Klimaschutz und Gesundheit aus. Lebensmittel aus der Region seien gefragt wie nie. Im Energiesektor will er den Anteil der Biomasse deutlich gesteigert wissen.

Ideenbörse

Bei einer nachmittäglichen Ideenbörse wurden erfolgreiche Initiativen vor Ort vorgestellt, etwa von der 1. Vorsitzenden Elisabeth Seitz das „Netzwerk Unser Land“ oder von Isabella Bauer das Regionalmarketing im Landkreis Cham. Der Waldsassener Bürgermeister Herbert Hahn sprach über grenzüberschreitenden Tourismus, während Alfons Sittinger, Bürgermeister des Marktes Arnstorf den Gemeindeverbund „Xper-Regio“ vorstellte und sein Kollege Franz Löffler aus Waldmünchen das grenzüberschreitende Aktionsbündnis Cerchov präsentierte. Oberbürgermeister Wolfgang Kreil aus Selb wiederum beschrieb in dramatischen Worten das Ausbluten seiner Stadt. Die Einwohnerzahl sei in den letzten drei Jahrzehnten von 23.000 auf 16.800 zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote liege in Selb als einziger Stadt in Bayern im zweistelligen Bereich. „Wir brauchen Hilfe!“ lautete demzufolge Kreils eindringlicher Appell.

Zweitwohnungssteuer abschaffen

Vom unternehmerischen Wachstum in Oberfranken berichtete Dr. Dorothee Strunz von der Firma „Lamilux“ und von ökonomisch und ökologisch sinnvollen Energiekonzepten Wolfgang Böhm, Geschäftsführer der Energieagentur Oberfranken. Wiesaus Bürgermeister Toni Dutz forderte schließlich als konkreten Schritt die Schaffung einer Fachoberschule und Berufsoberschule: „Die Landkreise Tirschenreuth und Wunsiedel sind hier die einzigen weißen Flecken Bayerns.“ Außerdem sei die Zweitwohnungssteuer abzuschaffen; nach Dutz' Meinung stellt sie einen „Anschlag auf das flache Land“ dar. **DK**

Die Schlinge zieht sich zu ...

(Fortsetzung von Seite 1)

auch der Appell an die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung, die Eingriffe bei den Strompreisen so zu gestalten, dass die Stadtwerke überleben können. „Es ist fünf vor zwölf! Wenn die staatlichen Regulierungsbehörden die Entgelte für die Nutzung der Stromnetze weiter so drastisch senken, ist das das wirtschaftliche Ende vieler Stadtwerke. Damit würde kommunales, also den Bürgerinnen und Bürgern gehörendes Vermögen, schleichend enteignet!“ kommentierte Schaidinger die gegenwärtige Strompreispolitik von Bund und Freistaat.

Rote Zahlen

Die Energieversorger, so Regensburgs OB, müssen die Preise für die Nutzung ihrer Stromnetze vom Staat genehmigen lassen. Diese staatliche Deckelung der Preise führe dazu, dass zahlreiche kommunale Unternehmen müssten die kleineren und mittleren Stadtwerke in Bayern ihren Strom teuer einkaufen und hätten deshalb keine Chance, aus dieser Verlustspirale herauszukommen. Die Städte erwarteten vom Bayerischen Wirtschaftsministerium, dass sie realistische Netzkosten in ihre Preisgestaltung einsetzen dürfen. Schaidinger zufolge steht vielen Stadtwerken das Wasser bis zum Hals.

Verwaltungsaufwand

Noch bedrohlicher wird es nach Ansicht des Städtetages für die kommunalen Stadtwerke, wenn das derzeit auf Bundesebene diskutierte neue Verfahren für die Netzentgeltgenehmigungen, die sog. Anreizregulierung in Kraft tritt: Dieses Verfahren nehme den Unternehmen die Möglichkeit, ihre konkreten Kosten anzusetzen zu können und verursache einen enormen unwirtschaftlichen Verwaltungsaufwand. Schaidinger: „Wenn schon Anreizregulierung, dann müssen wenigstens für die mittleren und kleineren Energieversorgungsunternehmen vereinfachte Regulierungsanforderungen gelten. Sie muss praktikabel sein und Investitionen in die Netze belohnen. Wir setzen darauf, dass

Wirtschaftsminister Erwin Huber uns hier gegenüber dem Bund unterstützt.“

Bürger profitieren von steuerlichem Querverbund

Der Städtetag befürchtet, dass bei Fortsetzung der derzeitigen Strompreispolitik die Städte und Gemeinden nicht mehr in der Lage sein werden, andere wichtige kommunale Aufgaben aus Gewinnen der Stadtwerke zu finanzieren. Die Zeche zahlt der Bürger, weil kommunale Steuerentnahmen dafür aufgewendet werden müssen, um Nahverkehr und Bäder zu finanzieren. Wie Schaidinger betonte, profitieren die Bürger bislang davon, dass durch den steuerlichen Querverbund Überschüsse im Energiegeschäft mit den Verlusten beim Verkehr und bei den Bädern verrechnet werden können. Werde die derzeitige Politik weitergeführt, „werden die Stadtwerke von den Strommonopolisten geschluckt und die Gewinne aus dem Energiegeschäft fließen nicht mehr in die Finanzierung städtischer Aufgaben, sondern in die Taschen der Aktionäre der Stromunternehmen“. Eine Finanzierungsquelle für die wichtigen öffentlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge falle weg; der Bürger zahle die Zeche.

Heftige Kritik an Bundesagentur für Arbeit

Geradezu empört zeigte sich der Städtetagsvorstand über das rigide Vorgehen der Bundesagentur für Arbeit gegenüber den gemeinsam mit den Kommunen gebildeten Arbeitsgemeinschaften zum Vollzug des Arbeitslosengeldes II. Auf Druck des Bundesarbeitsministers habe die Nürnberger Bundesagentur bereits die Verträge mit vier Arbeitsgemeinschaften gekündigt. Betroffen sind die Stadt Weiden sowie die Landkreise Tirschenreuth, Neustadt a. d. Waldnaab und Neuburg-Schrobenhausen. Den Städten Amberg, Augsburg, Bamberg, Coburg, Kaufbeuren, Nürnberg, Würzburg sowie einer Reihe von Landkreisen wurde die Kündigung der Verträge über die Arbeitsgemeinschaften angedroht. Schaidinger zufolge wird damit die mit der Zusammenle-

gung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe angestrebte Vereinfachung massiv in Frage gestellt - zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger!

Anlass für das drastische Auftreten der Bundesagentur ist eine Weisung aus dem Bundesarbeitsministerium. Das Berliner Ministerium hat die Bundesagentur aufgefordert, die erst 2004 geschlossenen Verträge mit den Kommunen zu kündigen, wenn diese ihren Finanzbeitrag nicht zum 1. Januar 2008 auf 12,6 Prozent erhöhen. Der Bund macht laut Städtetag damit deutlich, dass er über die Köpfe der Kommunen hinweg entscheiden will, wie die Arbeitsgemeinschaften zu funktionieren haben. Er legt dabei einen bundesweiten Durchschnittswert, den er selbst errechnet hat, an. Das Bundesarbeitsministerium stört es dabei nicht, dass unterschiedliche Gegebenheiten vor Ort zu unterschiedlichen Kostenstrukturen führen. Als einzigen Ausweg bietet der Bund an, eine sog. Organisationsuntersuchung durchzuführen. Das heißt, in einem laufenden Betrieb muss jeder Bleistift und jede Büroklammer dem jeweiligen Aufgabenträger (Bundesagentur oder Kommune) zugeordnet werden. Die meisten Kommunen halten den damit verbundenen Verwaltungs- und Kostenaufwand für unzumutbar.

Rückfall in frühere Zeiten

Für die Empfänger von Arbeitslosengeld bedeutet diese Entwicklung einen Rückfall in frühere Zustände, beklagte Schaidinger. Den Kostenersatz für Miete und Heizung müssten sie künftig wieder bei der jeweiligen Stadt bzw. beim Landkreis beantragen, den Regelsatz für den Lebensunterhalt dagegen bei der örtlichen Arbeitsagentur. Abgesehen davon würden seit über zwei Jahren funktionierende Verwaltungseinheiten zerschlagen. Das Personal müsste wieder zur Agentur bzw. zur Kommune zurückgeschickt werden. Der Vorsitzende: „Das Bundesarbeitsministerium will offenbar auf den Rücken der Betroffenen mit Gewalt seine Auffassung durchsetzen. Wir versuchen aber, im gemeinsamen Gespräch mit der Bundesagentur Lösungen zu finden.“ **DK**

Landkreise gegen Kündigung der Arbeitsgemeinschaften

Die bayerischen Landkreise wehren sich gegen eine einseitige Kündigung der Verträge zu den Arbeitsgemeinschaften zum Vollzug des Arbeitslosengeldes II durch die Bundesagentur für Arbeit. „Im Interesse der von Hartz IV Betroffenen müssen wir eine funktionierende Verwaltung erhalten und dürfen diese nicht leichtfertig aufgeben“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner zum Vorgehen der Bundesagentur, die vereinzelt Verträge kündigte, die sie mit Kommunen zum Vollzug des Arbeitslosengeldes II geschlossen hatte. Ähnliches droht auch weiteren Kommunen, wenn sie nicht bereit sind, einen Finanzbeitrag in der Höhe von 12,6 % zu zahlen. „Hier zeigt sich wieder, dass die Bundesagentur nur zentralistisch denken und handeln kann. Auf die örtlichen Gegebenheiten nimmt sie keine Rücksicht“, so der Präsident.

Wenn künftig Aufgaben getrennt vollzogen werden müssen berechnet und bezahlt die örtliche Arbeitsagentur das Arbeitslosengeld II, während die Kommune davon getrennt die Kosten für Unterkunft und Heizung auszahlen muss. Den Bürgern könnte diese Doppelverwaltung nicht begreiflich gemacht werden. Die Agentur riskiert mit ihrer Haltung einen Rückfall in die Zeiten vor der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, so Zellner. **□**

Wo Bayern zu Hause ist ...

(Fortsetzung auf Seite 4)

hänge u. a. auch unmittelbar mit Arbeitsplätzen zusammen. So sei ein verstärktes Engagement im Bereich nachwachsende Rohstoffe ebenso dringlich wie bei den Technologien zur Herstellung von Biokraftstoffen. Umwelttechnologie werde in Zukunft einen immer größer werdenden Stellenwert einnehmen und damit auch eine Chance für die bayerische Wirtschaft darstellen.

Regionale Wertschöpfung

Wie der stellvertretende CSU-Fraktionsvorsitzende Markus Sackmann erläuterte, liegt die Zukunft der ländlichen Räume in Bayern im Wesentlichen in der regionalen Wertschöpfung und im Ausbau der Infrastruktur. Es gelte, die Arbeit zu den Menschen zu bringen und nicht umgekehrt. Deshalb würden vor allem qualifizierte und zukunftsfähige Arbeitsplätze vor Ort benötigt. Gute Chancen für neue Jobs böten die Bereiche Tourismus, Gesundheit sowie neue Technologien und Medien. Dabei sei auf eine verstärkte Vernetzung der Wissenschaft mit der Wirtschaft zu achten.

Cluster-Offensive

Als Beispiel nannte Sackmann die Cluster-Offensive Bayern, ein neues Element der Strategie zum Ausbau des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Bayern, die konsequent auf der bayerischen High-Tech-Offensive aufbaut. Flankiert werde die Cluster-Offensive durch eine zweite Säule der Allianz Bayern Innovativ, mit der regionale Netzwerke über Branchengren-

zen hinweg gestärkt werden sollen. Ein insbesondere im ländlichen Raum bedeutsamer Sektor ist für Sackmann der Cluster Forst und Holz, also das Wirtschafts- und Wissenschaftsnetzwerk der Forst- und Holzwirtschaft.

Tourismus als Chance

Franz Pschierer nannte vor allem den Tourismus als Chance für die Zukunft. Hier komme auch dem Regionalmanagement eine wichtige Aufgabe zu. Nur gemeinsam könne eine Region mit starken Partnern ein Profil erreichen, das auch international bekannt gemacht werden kann. Ein schönes Beispiel dafür stellt laut Pschierer die Initiative Berchtesgadener Land dar.

Investitionsstau

Ein Ansatzpunkt zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit ist Pschierer zufolge das Auflösen des Investitionsstaus. Im Hotel- und Gastgewerbe bestehe ein massiver Modernisierungsbedarf. „Zimmer mit dem Charme der 60er und 70er“ seien nicht mehr attraktiv. Die kontinuierliche Modernisierung der Kapazitäten müsse in den kommenden Jahren ganz oben auf der Agenda stehen. Dazu sei die Tourismusförderung zu verbessern, d. h. bestehende Förderprogramme sollten bedarfsgerecht und sektorspezifisch aufgestockt werden.

Darüber hinaus gelte es, im Tourismus noch mehr auf Qualifizierung zu setzen, fuhr der Landtagsabgeordnete fort. Nur ein qualifizierter Chef werde auf Dauer erstklassiges Personal haben und halten können. Ausbil-

Spitzenleistung in Gastronomie, Service und Gastlichkeit:

Zwei Partner und ein Ziel

GZ-Interview mit Dr. Stefan Hartmann, Geschäftsführer der Bayern Bankett Gastronomie GmbH, und Wolfgang Schulz, Bereichsleiter beim Sparkassenverband Bayern

Vor über zehn Jahren wurde die Bayern Bankett Gastronomie GmbH gegründet. Seitdem hat sich die 100%-ige Tochter der BayernLB in vielen Gebieten weiterentwickelt. Inzwischen ist die Bayern Bankett als Multi-Dienstleister fest etabliert und sieht weiteres Entwicklungspotenzial in der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern. Die GZ sprach darüber mit Geschäftsführer Dr. Stefan Hartmann, sowie mit dem für Rechnungswesen und Controlling bzw. für den gewerblichen Betrieb „Hotel Bayern Vital“ zuständigen Bereichsleiter beim Sparkassenverband Bayern, Wolfgang Schulz.

GZ: Wie haben sich Umsatz und Personal in den letzten zehn Jahren entwickelt?

Dr. Hartmann: Seit Aufnahme des Geschäftsbetriebs hat sich der Nettoumsatz von 6,5 Mio. EUR auf 10,6 Mio. EUR erhöht. Die Mitarbeiterzahl stieg im gleichen Zeitraum von 94 auf 122 Vollzeitmitarbeiter an.

GZ: Wurde dabei Ihr Geschäftsmodell verändert?

Dr. Hartmann: Ja, durchaus. Wir haben uns von einem reinen Betriebs- und Systemgastronomie-Unternehmen hin zu einem Multi-Gastronomie-Unternehmen entwickelt. Im Rahmen von Kooperationen und Partnerschaften können wir flexibel auf bestehende Verhältnisse und Anforderungen unserer Auftraggeber reagieren. Dadurch konnten wir kontinuierlich neue Märkte erschließen. So bewirtschaften wir heute drei Betriebskasinos der Bayern-

LB, sowie vier weitere Betriebskasinos, die wir auf dem Drittmarkt akquiriert haben. In allen Betrieben bieten wir eine exklusive Gäste- und Veranstaltungsbewirtung bis hin zum Event-Catering an. Im Bereich Schulcatering beliefern wir derzeit 3 Schulen sowie einen Kindergarten mit warmen Essen. Mit der Bewirtschaftung des Seminar- und Freizeithauses in Aiterbach am Chiemsee, der Berghütte in der Wildschönau, sowie dem Hotel Bayern Vital in Bad Reichenhall haben wir außerdem unser Dienstleistungsangebot auch in den Tourismus- und Beherbergungsbereich hinein erweitert. Als weiteres wichtiges Standbein hat sich unser Party-Service entwickelt. Durch einen konsequenten Ausbau dieses Segments haben wir uns auf dem eng umkämpften Markt eine gute Position erarbeitet. Umfangreiche Mandate aus der S-Finanzgruppe

als auch vom Drittmarkt zeigen, dass wir hier richtig aufgestellt sind. Wichtig für alle Geschäftsbereiche ist, dass wir uns im Wettbewerb bewähren, die dabei gewonnenen Erfahrungen in die Sparkassen-Finanzgruppe einbringen und uns dabei ständig weiterentwickeln. Daraus entstehen viele Synergien.

GZ: Welche Gemeinsamkeiten gibt es zwischen Sparkas-

Aufschwung beim Wohnimmobilienmarkt

Anstieg beim Besitzerwechsel / Mehr Baugenehmigungen

München. In Bayern wurden im vergangenen Jahr 50.698 Wohnungen in neuen Gebäuden fertig gestellt, das sind 20,6 Prozent mehr als 2005. Das betrifft fast ausschließlich den Geschosswohnungsbau, der um 58,2 Prozent auf 22.945 Einheiten zunahm. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Stadt München 2006 in einer speziellen Aktion die in früheren Jahren fertig gestellten Wohnungen ermittelte, bei denen die Bauherren ihrer Anzeigepflicht nicht nachgekommen waren. Die Zahl der bezugsfertig gewordenen Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern erhöhte sich lediglich um 0,8 Prozent auf 27.753.

Wie der Sprecher der Geschäftsleitung der Bayerischen Landesbausparkasse, Franz Wirthner vor der Presse in München erklärte, dürfte sich auch dieser Wert erhöhen, denn 2006 wurden 28.151 Baufreigaben für Ein- und Zweifamilienhäuser erteilt, das sind 10,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Dabei handelte es sich vor allem um Vorzieheffekte vom Herbst 2005. Die Abschaffung der Eigenheimzulage zum 31. Dezember 2005 hatte einen Antragsboom ausgelöst, der sich überwiegend erst im Folgejahr in der Statistik niederschlug. „Trotz des Zwischenhochs bleibt der Wohnungsbau die schwächste Säule der Baukonjunktur, während sich der öffentliche Bau erholt und der Wirtschaftsbau expandiert“, sagte Wirthner. Ein wichtiger Wachstumsmotor seien auch Modernisierungsmaßnahmen im Wohnungsbestand. Zwei Drittel der Wohngebäude in Bayern seien älter als 30 Jahre. Hohe Energiepreise und die Debatte über den Klimaschutz beflügelten die Bereitschaft der Wohneigentümer, in die Energieeffizienz ihrer Immobilien zu investieren.

Um der Wohneigentumsbildung neue Impulse zu geben, schlug Wirthner die Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände in den Kommunen vor. Hier gäbe es intelligente Lösungen, bei denen öffentliche Eigentümer etwas für ihre knappen Kassen tun könnten, ohne ihre Verantwortung für eine angemessene Wohnraumversorgung der Bevölkerung aufzugeben. Ein erheblicher Teil der öffentlichen Wohnungen könnte an kaufwillige und kauffähige Mieter verkauft werden. Zahlreiche Privatisierungsprojekte zeigten, dass 50 bis 60 Prozent der Mieter entsprechende Erwerbsangebote nutzten. „Kaufen ist für sie meist vom ersten Tag an nicht teurer als Mieten“.

Der Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, Rudolf Faltermeier berichtete, dass die bayerischen Sparkassen 2006 im Wohnungsbaukreditgeschäft leicht zulegen. Der Bestand an Wohnungsbaukrediten betrug Ende 2006 50,5 Milliarden Euro. Dies entspricht eine Zunahme von 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Mit einem Marktanteil von 26 Prozent nehmen die bayerischen Sparkassen weiterhin eine führende Position bei der Finanzierung des Wohnungsbaus ein. Bei den Darlehenszusagen im Wohnungsbaukreditgeschäft verzeichnen die Sparkassen weiterhin eine gute Entwicklung mit einem Wert von 6,3 Milliarden Euro

senverband und Bayern Bankett?

Schulz: Wir waren von Anfang an ideale Partner, da der Sparkassenverband ähnlich wie die Bayern Bankett die Ressourcen- und Kompetenzbündelung als Ziel hat. Wir sind der Meinung, dass Gastronomie und Catering nicht zu den Kernkompetenzen eines Finanzdienstleisters gehören und dass wir von der Zusammenarbeit mit einem professionellen Dienstleister profitieren können. Denn die Bayern Bankett bringt vor allem im Einkauf, in den Prozessabläufen und bei der Produktion im gastronomischen Bereich einschlägige Erfahrungen mit, die verbunden mit den Kostendegres-

sionen eines großen Unternehmens ein optimales Preis-Leistungsverhältnis gewährleisten.

GZ: Nennen Sie einige Beispiele?

Schulz: So haben wir bereits beim Event-Catering des Verbandes erfolgreich zusammengearbeitet. Auch bei den Bewirtungen im Zusammenhang mit den Gremiensitzungen unseres Hauses oder den Presseveranstaltungen finden wir in der Bayern Bankett einen bewährten und zuverlässigen Partner. Mit der im August letzten Jahres gestarteten Partnerschaft im Ferien- und Freizeithotel „Hotel Bayern Vital“ in Bad Reichenhall wurde mit der Bayern Bankett ein starker Event- und Gastronomie-Partner gefunden, der das Geschäftsmodell des Hotels fördert.

Bereits jetzt bringt die Zusammenarbeit im Management deutliche Vorteile im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit, gastronomische und gesellschaftliche Ausrichtung. Der Gast erkennt die Veränderungen und honoriert dies. Die Vorzeichen auf ein erfolgreiches Jahr 2007 sind vielversprechend. Die Nachfrage veranlasst uns sogar, das Hotel ganzjährig zu öffnen.

GZ: Welche weiteren Entwicklungspotenziale sehen Sie?

Dr. Hartmann: Bislang haben wir unser Dienstleistungs-Spektrum im Zuge eines organischen Wachstums vorwiegend Unternehmen und Betriebsstätten im Umkreis von München angeboten. Diese „Grenze“ hat sich jedoch zunehmend aufgelöst. Heute bieten wir unsere Dienstleistungen dort an, wo sie gefordert werden. Prinzipiell stehen wir allen Instituten der Sparkassen-Finanzgruppe offen: den 75 bayerischen

Sparkassen und deren Einrichtungen sowie allen Verbund- und Tochterunternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe. Bereits jetzt werden wir bei Preis- und Konditionsvergleichen und als Branchen-Consulting gerne eingeschaltet. Über verschiedene Kooperations- und Partnermodelle können interessante und individuelle Lösungen angeboten werden. Ich denke, hier ist großer Bedarf und ein enormes Wachstumspotenzial vorhanden. Wir wollen uns in diesem Bereich als Kompetenzzentrum der Gastronomie und des Caterings präsentieren.

GZ: Planen Sie hier strategische Allianzen?

Schulz: Wir gehen sehr behutsam vor und wollen niemandem überrumpeln. Entscheidend sind die rechenbaren Vorteile, die wir aufzeigen und darlegen. In der heutigen Zeit können sich die Institute und Einrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe keine betriebswirtschaftlichen Schonräume leisten und sollten alle Möglichkeiten nutzen, ein konkurrenzfähiges Kostenmanagement zu etablieren. Die Zusammenarbeit mit der Bayern Bankett ist ein Weg dazu. Das wollen wir verdeutlichen. Wenn allein durch die Bündelung der Kräfte beim Wareneinkauf zehn bis fünfzehn Prozent eingespart oder bei den Arbeitsschritten, z.B. dem Einkaufs- und Verhandlungsprozess gegenüber den Lieferanten, gebündelt werden können, sind das Argumente, die schwer zu entkräften sind. Die Zusammenarbeit mit der Bayern Bankett ist für uns ein positives Beispiel für sinnvolle Bündelung von Ressourcen, die in eine „win-win-Situation“ mündet. Beide Partner gehen daraus gestärkt hervor. □

Bayern LB will mehr Privatkunden

Milliardengewinn 2006 / Guter Start ins Geschäftsjahr 2007

München. 2006 war für die BayernLB erneut ein erfolgreiches Jahr. Wie der Vorstandsvorsitzende Werner Schmidt bei der Bilanzpressekonferenz berichtete, erzielte der Konzern einen operativen Gewinn von 1,37 Milliarden Euro. Der Jahresüberschuss lag bei 574 Millionen Euro. Zehn Prozent der Handelsbeziehungen liegen in Mittel- und Osteuropa.

Als einen der strategischen Schwerpunkte der BayernLB - sie befindet sich zu jeweils 50 Prozent im Besitz der bayerischen Sparkassen und dem Freistaat Bayern - nannte Schmidt den Ausbau des Geschäftes mit Privatkunden, der Anteil dieses Segments am Gewinn soll deutlich steigen.

Haupterlösquelle der BayernLB war der Zinsüberschuss, der sich unter anderem aufgrund weiter unter Druck stehender Margen leicht erniedrigt hat und 1.906 Millionen Euro betrug. Dagegen konnte der Provisionsüberschuss um 15,6 Prozent auf 418 Millionen Euro gesteigert werden. Der Verwaltungsaufwand ist auch im letzten Jahr gestiegen und zwar auf 1.556 Millionen Euro, der Anstieg bei den Personalaufwendungen betrug 73 Millionen Euro auf 827 Millionen Euro. Der BayernLB Konzern beschäftigte zum Jahresende 10.080 Mitarbeiter, 300 neue Arbeitsplätze wurden geschaffen.

Im Aktivgeschäft nahmen die Forderungen an Kunden um 5,6 Milliarden Euro auf 132,8 Milliarden Euro zu. Auf der Passivseite stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 6,2 Prozent auf 125,8 Milliarden Euro. Erfreulich entwickelten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, die um 1,4 Milliarden auf 79,1 Milliarden Euro gesteigert werden konnten. Die Kernkapitalquote blieb mit 7,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr konstant, obwohl die Risikopositionen nach Grundsatz I um 20 Milliarden auf 163,8 Milliarden Euro gestiegen sind.

„Die BayernLB hat im vergangenen Jahr die Weiterentwicklung ihres Geschäftsmodells durch strategische Initiativen gezielt fortgeführt“, betonte Schmidt. Die Kapitalausstattung sei komfortabel und die Eigentümer stünden voll hinter ihrer BayernLB. Diese

setze auch in Zukunft vor allem auf einen weiteren Ausbau der Retail-Aktivitäten, auf profitables Wachstum in den Märkten Mittel- und Osteuropas sowie Asiens, den Einsatz innovativer Produkte in der Kundenbetreuung und eine noch engere Zusammenarbeit mit den bayerischen Sparkassen.

Die Kooperation mit den bayerischen Sparkassen wurde laut Schmidt 2006 auf allen Themenfeldern intensiviert. Besonders zu betonen sei im Firmenkundengeschäft die Corporate Finance Offensive, an der sich über 30 Sparkassen beteiligen. Mittelständische Kunden würden gemeinsam analysiert und maßgeschneiderte Produkte etwa aus dem Bereich der Akquisitionsförderung oder zur Regelung von Unternehmensnachfolgen angeboten. Die führende Stellung der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern bei der Finanzierung von Projekten im Bereich erneuerbare Energien sei ein weiterer Beleg für die gute Zusammenarbeit von BayernLB und bayerischen Sparkassen. Beispielhaft hierfür stehe das gemeinsam mit der Kreissparkasse München Starnberg finanzierte, deutschlandweit größte Geothermie-Projekt in Unterhaching. In diesem Zusammenhang erinnerte Schmidt auch auf das wachsende Geschäft mit bayerischen Kommunen, das in diesem Jahr weiter verstärkt werde.

Der neue Finanzvorstand der BayernLB, Michael Kemmer, sprach von einem guten Start in das Geschäftsjahr 2007. Das operative Ergebnis stieg in den ersten drei Monaten deutlich auf 360 Millionen Euro. Dabei wuchs vor allem der Zinsüberschuss gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 31,5 Prozent auf 643 Millionen Euro. Für das Gesamtjahr wird mit einem Gewinn von mindestens einer Milliarde Euro gerechnet, was als vorsichtige Planung gilt. **E. Scholl**

im vergangenen Jahr. Ein leichter Rückgang um 0,7 Prozent zeigte sich bei den Darlehensauszahlungen mit 6,4 Milliarden Euro. Faltermeier riet „Häuslebauern“ und Umschulndern den Markt aufmerksam zu beobachten, um zum Handeln gerüstet zu sein, „falls durch die gute konjunkturelle Entwicklung auch die langfristigen Zinsen wieder in einen Aufwärtstrend einschwenken sollten“.

Der Geschäftsführer der Sparkassen-Immo, Oliver Gerstner, erklärte, dass 2006 speziell für Bayern ein sehr umsatzstarkes Immobilienjahr war, nämlich das drittstärkste seit 1990. Es wechselten Immobilien im Wert von 29,3 Milliarden Euro den Besitzer, das sind 22 Prozent mehr als im Vorjahr. Erstmals in diesem Jahrzehnt verzeichnete alle bayerischen Regierungsbezirke ein Umsatzwachstum. Unterfranken mit 32 Prozent das stärkste, Oberbayern verzeichnete 26 Prozent, Mittelfranken 24 Prozent, Oberfranken 18 Prozent, Schwaben 14 Prozent, Oberpfalz sieben Prozent und Niederbayern ein Prozent.

Der Vergleich der Immobilienpreise in den bayerischen Landkreisen macht enorme regionale Unterschiede deutlich. Wer sich für ein gebrauchtes Einfamilienhaus in einer bevorzugten Lage der Landkreise München, Garmisch-Partenkirchen oder Miesbach interessiert, muss mindestens eine halbe Million Euro investieren, in der Stadt München sogar 700.000 Euro. In den Land-

BayernBankett GmbH + Hotel Bayern Vital:

Die einfache Formel für den gemeinsamen Erfolg

Bayern Bankett Gastronomie GmbH

- Umsatzerlöse (netto) 2006: ca. 10,6 Mio. Euro
- Mitarbeiter: 122 Vollzeitbeschäftigte
- betreute Objekte: 9
- über 1 Mio. ausgegebene Mittagessen pro Jahr.

Kontakt: Dr. Stefan Hartmann (Geschäftsführer), Tel. 089-21712-4600 / Fax: -24797, www.BayernBankett.de, info@hotel-bayern-vital.de

Hotel Bayern Vital

- Umsatzerlöse 2006: ca. 1,2 Mio. EUR
- Übernachtungen: durchschnittlich 37.500
- Mitarbeiter: 27

Kontakt: Hotelleiter Uwe Schnitzer, Tel. 08651-706-0 / Fax: -511, www.hotel-bayern-vital.de, info@hotel-bayern-vital.de □

kreisen Starnberg und München sind auch gebrauchte Doppelhaushälften in besseren Lagen nicht unter 400.000 Euro zu haben, in München nicht unter 500.000 Euro. In anderen Regionen des Freistaates sind vergleichbare Immobilien für einen Bruchteil zu kaufen. In den Landkreisen Freyung-Grafenau, Dillingen oder Hof kosten beispielsweise gebrauchte Einfamilienhäuser zwischen 130.000 und 200.000 Euro, gebrauchte Doppelhaushälften nicht mehr als 150.000 Euro. **E. Scholl**

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE Dienstleistungen für Kommunen

- Regional- und Standortentwicklung
- Immobilienentwicklung
- Wohnungsbau / Einheimischen-Modelle

Ihre Ansprechpartner:

Franken:	Herr Grauer	Tel. 0911 / 23 20 929
	Herr von Imhoff	Tel. 0911 / 23 20 929
Oberbayern und Schwaben:	Herr Danninger	Tel. 089 / 23 87-0
Niederbayern und Oberpfalz:	Herr Müllner	Tel. 0941 / 78 00 116
Regional- und Standortentwicklung:	Herr Streng	Tel. 0921 / 78 42-0



Wussten Sie eigentlich, dass bei der BLS unter anderem Stadtplaner, Architekten, Landschaftsplaner, Agraringenieure und Immobilienkaufleute tätig sind? Dieses kompetente Team bietet Ihnen umfassende Dienstleistungen „aus einer Hand“!

Bayerische Landessiedlung GmbH



Sparkasse Schrobenhausen:

Besondere Würdigung gemeinnütziger Projekte

Über 100.000 Euro haben die Sparkasse Schrobenhausen und ihre Stiftung im vergangenen Jahr in die Unterstützung und Förderung gemeinnütziger Aktivitäten gesteckt. An einem besonderen Ehrenabend hat das Geldinstitut nun zusätzlich all den Ehrenamtlichen Dank gesagt, ohne deren Einsatz die von ihr 2006 gesponserten Projekte und Anschaffungen in der Lenbachstadt und der Region meist gar nicht hätten verwirklicht werden können. Vor 160 Gästen in der Schalterhalle sorgten die Jagdhornbläser der Schrobenhausener Jägervereinigung und die Bigband des Gymnasiums für einen anspruchsvollen musikalischen Rahmen.

In einer umfassenden Power-Point-Präsentation stellte der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse, Thomas Schwarzbauer, in sechs Abschnitten die einzelnen Maßnahmen vor, von denen manche bis nach Neuburg hineinwirkten.

Im ersten Kapitel „Sport und Bewegung machen Spaß“ berichtete Schwarzbauer über die mit dem Bayerischen Gesundheitsförderungs- und Präventionspreis ausgezeichnete Kindergarten-Knaxiade von zwölf Kindergärten in und um Schrobenhausen mit rund 650 teilnehmenden Buben und Mädchen. Ebenso von der Jugendfördergemeinschaft Hagenauf, von der vielfältigen Arbeit des Radsportvereins Schrobenhausen und der Aktion „Schrobenhausen bewegt sich“.

„Schule ist mehr als Lernen“

Im zweiten Abschnitt „Schule ist mehr als Lernen“ sprach der Direktor über die vom Kultusminister ausgezeichneten, außerschulischen Leistungen der Maria-Ward-Schule, die Aktion „Bewegte Pause“ der Grundschule Schrobenhausen mit Springseilen, Stelzen und Kegelspiel, die Schulveranstaltungen der Grundschule Gerolsbach sowie über das bis zur Schulmitgliedschaft von neun Schulen mit fast 4000 Kindern reichende Projekt „Deutsches Museum“. Ganz besonders stellte er den Abschluss der Aktion „Bequem Liegen“ der Regens-Wagner-Schule heraus, die - wie noch in der vorjährigen Feier berichtet - mit dem „David“-Preis der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe

ausgezeichnet wurde. Schreinerlehrlinge der Regens-Wagner-Berufsschule in Neuburg fertigten die Teile für bequeme Liegen im Schrobenhausener Freibad an, in der Behinderten-Werkstätte der Regens-Wagner-Stiftung in Hohenwart erfolgte die Endmontage. Ein besonderes Lob Schwarzbauers galt nicht zuletzt dem von der Franz von Lenbach-Realschule aus gesteuerten europaweiten Projekt Innocent, das sich der Integration von Kindern in den Unterricht widmet, die sozial ausgeschlossen sind und/oder aus Migrantenfamilien stammen. Neben den je 10.000 Euro von der Bayerischen Sparkassenstiftung und der Sparkasse Schrobenhausen förderte dieses Unterfangen die Europäische Kommission mit stolzen 300.000 Euro.

„Sicherheit im Verkehr“

Im Kapitel „Sicherheit im Verkehr“ wurden die jungen Filmemacher Johannes Bauer und Fabian Kress für ihren mit dem Bayerischen Gesundheitsförderungs- und Präventionspreis 2006 ausgezeichneten Kurzfilm zur Aktion „Disco-Fieber“ zusätzlich von der Sparkasse geehrt.

Das vierte Kapitel seiner „Sozialbilanz“ überschrieb Schwarzbauer mit „Hilfe für Menschen“. Dabei rückten die Haiti-Kinderhilfe des Gymnasiums unter Oberstudienrätin Ortrud Wirth, die Hilfe von Schrobenhausener Kindern unter Regie von Manfred Schwaak für Litauen sowie der neuerliche, große Russland-Hilfszug mit BRK-Pionier Toni Drexler und seinem Team in den

Mittelpunkt. Otto Fauth fungierte nicht nur als Russisch-Dolmetscher, sondern spendete außerdem den Erlös seines in Russland kostenlos gedruckten „Lebensgeschichte“-Buches.

„Kunst, Kultur und Musik“

Anschließend untersuchten der Bankchef und seine Diaschau das fünfte Kapitel „Kunst, Kultur und Musik“. Hier ging es um die Bigband des Gymnasiums unter Oberstudienrat Martin Göbel, die Jagdhornbläser der Jägervereinigung unter Wilhelm Karl, die

Stadtsparkasse München:

Erstmals Dividende an die Landeshauptstadt

Die Stadtsparkasse München, siebtgrößte Sparkasse in Deutschland, verstärkt ihr soziales und gesellschaftliches Engagement. Erstmals schüttet sie - wie insgesamt fünf Sparkassen in Bayern - einen Teil ihres Gewinns an ihren Eigentümer, die Stadt München, aus. Außerdem erhöht die Sparkasse ihre Spenden- und Stiftungsaufwendungen. Im Bieterwettbewerb um die Landesbank Berlin mit der dazugehörigen Berliner Sparkasse beteiligt sie sich nicht nur am Gebot des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), sondern sie wird sich sogar freiwillig überproportional engagieren. Finanziell macht ihr das nach den Worten ihres Vorstandsvorsitzenden Harald Strötgen keine Mühe, denn das Berichtsjahr 2006 ist für das Institut sehr zufriedenstellend verlaufen.

Die Bilanzsumme stieg um 7,9 Prozent auf 14,73 Mrd. Euro. Obwohl der Zinsüberschuss um 3,8 Prozent auf 283,6 Mio. Euro und der Provisionsüberschuss um 2,3 Prozent auf 81,1 Mio. Euro zulegen und die Vorsorgereserven nahezu auf dem hohen Vorjahresniveau blieben, konnte das Betriebsergebnis (nach Bewertung) mit 107,1 (2005: 112,8) Mio. Euro, nicht ganz gehalten werden. Das hat laut Strötgen mehrere Gründe. Zum einen nannte er in der Bilanzpressekonferenz den stetig härter werdenden Wettbewerb im Bankengewerbe, insbesondere durch Direkt- und Spezialbanken, sodann die durch Auslagerung von Betriebsaktivitäten entstandenen Kosten sowie die generell um 1,1 Prozent höheren Verwaltungskosten und schließlich die unter Druck geratene Zinsspanne. Leider gibt die Münchner Stadtsparkasse ihre Ertragszahlen nicht als Prozentsatz von der durchschnittlichen Bilanzsumme an, was den Vergleich mit anderen Banken sehr erleichtern würde.

Gewinnausschüttung

Dennoch kann sich die Stadtsparkasse die Gewinnausschüttung ohne Schwierigkeiten leisten. Bei einem unveränderten Gewinn nach Steuern von 43 Mio. Euro werden mit 2,2 Mio. Euro zwei Drittel der nach dem Sparkassengesetz höchstens zulässigen Gewinnausschüttung genutzt. Diese Dividende muss nach dem Sparkassengesetz die Stadt München zwingend für gemeinnützige Zwecke verwenden. Das letzte Drittel des ausschüttungsfähigen Gewinns dient wie der gesamte übrige Rest der Eigenkapitalaufstockung.

Bisher wanderte stets der gesamte Gewinn ins Eigenkapital. So hat das Eigenkapital der Stadtsparkasse zum Beispiel in den 15 Jahren seit 1991 jährlich um 6 Prozent zugenommen, sodass es sich in dieser Zeit auf heute 760 Mio. Euro verdoppelt hat. Trotz der Gewinnausschüttung sei die Stadtsparkasse auch künftig mit Eigenkapital, von dem die Höhe der Kreditgewährung abhängt, gut gepolstert. Strötgen: „Wir haben noch Reserven von 4 Mrd. Euro für weitere Kredite.“

Bayerischer Meister geworden sind und die städtische Musikschule, die eine neue CD herausgebracht hat und kürzlich das „30-Jährige“ des Bläserorchesters beging. Weiter um die musikalischen Verbindungen zwischen Schrobenhausen und Neuburg, die in einer 2006 auf Schloss Sandzell angelaufenen Konzertreihe weiterhin gepflegt werden, die Erinnerung an die Vertreibung mit Ausstellung und Gedenkveranstaltung in der Sparkasse und um das Wirken des Fotoclubs und des Verkehrsvereins, der heuer 30 Jahre alt wird.

„Jeder gibt sein Bestes, jeder gewinnt“

„Jeder gibt sein Bestes, jeder gewinnt“, stellte Schwarzbauer als Leitgedanken über sein letztes Kapitel. Dabei informierte er u. a. über die ehrenamtliche Ge-



Für ihre Hilfsaktionen ausgezeichnet wurden Oberstudienrätin Ortrud Wirth, Manfred Schwaak, Toni Drexler und Otto Fauth von Vorstandsvorsitzendem Thomas Schwarzbauer (von links). □

staltung eines Erlebnisparkes für das Kinder- und Jugendhilfezentrum St. Josef durch Architekt Günter Beltzig und die Lions aus Schrobenhausen und Aichach.

„Oase Steinerskirchen“

Als krönender Abschluss rückte das viel besuchte Kloster „Oase

werden als erster Förderbeitrag 70.000 Euro zur Sanierung dreier Grabdenkmäler bereitgestellt. 2007 sollen weitere Mittel der Restaurierung der alten Aussegnungshalle dienen, „in der jetzt Gartengeräte lagern“.

Geschäftsmodell stärken

Der Sparkassenchef hob hervor, dass das gemeinnützige und soziale Engagement der Sparkassen für ihr jeweiliges Geschäftsgebiet ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal der Institute gegenüber Geschäftsbanken sei. Letztere verfolgten vor allem das Ziel, Gewinne für ihre Anteilseigner zu erwirtschaften. „In einer Zeit, in der wir immer wieder lesen können, dass Privatbanken das Sparkassenmodell angreifen und diese Diskussion sogar auf EU-Ebene stattfindet, liegt es in unserem ureigensten Interesse, das erfolgreiche Geschäftsmodell der deutschen Sparkassen zu stärken“, betonte der Vorstandsvorsitzende. Der gute Name „Sparkasse“ dürfe keine leere Hülle werden, hinter der sich eine Privatbank verstecke. Strötgen begrüßte deshalb ausdrücklich das Vorgehen des DSVG zum Erwerb der Landesbank Berlin (LBB): „Wir werden die Initiative von DSVG-Präsident Heinrich Haasis dadurch besonders unterstützen, dass wir freiwillig einen überproportionalen Beitrag zum Gebot der deutschen Sparkassen für die LBB leisten.“ In der deutschen Hauptstadt müsse es auch weiterhin eine Sparkasse geben, die zur traditionellen Sparkassenorganisation gehöre.

Outsourcing

Im eigentlichen Bankgeschäft macht die Cost-Income-Ratio (Kosten-Ergebnis-Verhältnis) von 67,4 (69,4) Prozent noch Sorgen, weil diese wichtige Kennziffer noch über dem Sparkassendurchschnitt in Bayern liegt. Das will man ändern. Um die Kosten weiter zu senken, werden immer mehr Geschäftsbereiche ausgelagert. Outgesourct sind bereits die Wertpapierabwicklung und Depotverwaltung, die Kreditkartenbearbeitung, der beleghafte Zahlungsverkehr und jetzt auch die Datenverarbeitung. Die Münchner Stadtsparkasse sei auf dem Weg zu einer Vertriebsbank, heißt es dazu.

Neu ist eine Kooperation, die die Sparkasse Fürstenfeldbruck fürs Auslandsgeschäft mit der Stadtsparkasse München eingegangen ist. Strötgen sieht in solchen Kooperationen gute Zukunftschancen. Trotz der kleinen „Kosten-Schwäche“ konnte sich die Stadtsparkasse über gute Ratings der Agentu-

Steinerskirchen“ in den Blickpunkt. Von der Bayerischen Sparkassenstiftung erhielt es 50.000 Euro. Die Oase machte mit seiner biologischen Landwirtschaft, dem Bau einer biologischen Kläranlage und einem Lern-, Schul- und Erlebnisprojekt auf sich aufmerksam und wurde sogar von der Unesco ausgezeichnet. □

ren Moody's und DBRS freuen. Die gesamten Ausleihungen wuchsen um 2 Prozent auf 8,7 Mrd. Euro zum Jahresende. Dabei legten die Firmenkredite mit 2,7 Prozent auf 3,7 Mrd. Euro stärker als das deutsche Brutto sozialprodukt zu, das um +2,5 Prozent zunahm. Mit einem neuen Beratungs- und Betreuungskonzept sollen die Sparkassen-Mitarbeiter „vom Kreditbetreuer zum Firmenberater“ werden. Das Ausfallrisiko wird durch ein Kreditbasket (Kreditkorb) auf 27 beteiligte Sparkassen verteilt.

Baufinanzierungen

Auch die Ausleihungen an Privatkunden nahmen überdurchschnittlich zu, nämlich um 4,1 Prozent auf 4,4 Mrd. Euro. Wachstumsträger waren hier besonders die Baufinanzierungen - obwohl es in 2005 einen Sondereffekt durch den damals bevorstehenden Wegfall der Eigenheimzulage gegeben hatte. Die Ausleihungen an öffentliche Haushalte gingen dagegen um 14,7 Prozent auf 609 (715) Mio. Euro zurück.

Auf Anfrage bestätigte Strötgen, dass auch die Stadtsparkasse München schon „faule“ Hypothekenkredite, die im Gefolge der Wiedervereinigung und von Immobilieninvestitionen im Osten angefallen waren, an andere Investoren im Paket verkauft hat. An wen und zu welchem Preis, wollte man nicht sagen. „Wir werden aber niemals Kreditforderungen, die ordnungsgemäß bedient werden, verkaufen“, versicherte der Sparkassenchef. Solche leidvollen Erfahrungen hatten Kunden anderer Banken bekanntlich machen müssen.

Altersvorsorge

Die gesamten Kundeneinlagen verzeichneten ein Plus um 3,8 Prozent auf 10,9 Mrd. Euro. Dabei legten die Einlagen von Unternehmen um 20,4 Prozent auf 1,5 Mrd. Euro, die der Privatkunden um 1,4 Prozent auf 9,3 Mrd. Euro und die von öffentlichen Haushalten um 101 Prozent auf allerdings nur 34,2 (17,0) Mio. Euro zu.

Recht erfreulich verlief das Altersvorsorgegeschäft. Hier konnten allein mehr als 11.000 Policen dadurch neu abgeschlossen werden, dass entsprechende Beratungen und Verträge mit den Stadtwerken und den städtischen Kliniken abgeschlossen wurden. Überwiegend gut verlief für die Kunden das Wertpapierjahr 2006. Der Wertpapierhandelsumsatz legte um 26 Prozent zu. Der Gesamtwert der Kundendepots stieg um 12,4 Prozent auf 5 Mrd. Euro. Das durchschnittliche Wertpapiervermögen bei Kundendepots betrug Ende des Jahres 41.000 Euro. dhg

Sparkasse Schrobenhausen:

Spitzenplätze im Bayern-Vergleich

In einem durch die konjunkturelle Aufwärtsbewegung wieder günstigeren wirtschaftlichen Umfeld konnte die Sparkasse Schrobenhausen ihre seit Jahren dynamische Entwicklung weiter forcieren. In verschiedenen Geschäftsbereichen wurden im Vergleich der 77 bayerischen Sparkassen im Verhältnis ihrer Größe Spitzenergebnisse erreicht und die Marktposition vor Ort weiter ausgebaut. Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer stellte fest, dass im Geschäftsjahr 2006 der Sparkasse Schrobenhausen das „beste Ergebnis im operativen Geschäft seit jeher“ erreicht wurde.

Die Bilanzsumme sei 2006 um 3,4 Prozent auf 484 Millionen Euro angestiegen. „Das Wachstum wird getragen vom starken, überdurchschnittlich erfolgreichen Kundengeschäft“, so die Analyse. Die Sparkasse Schrobenhausen liegt damit deutlich über dem Durchschnitt der bayerischen Sparkassen von zwei Prozent.

Bei Betrachtung der einzelnen Geschäftsfelder zeigt sich ein hervorragendes Gesamtbild. Das Vermögen der Sparkassenkunden in Form von Einlagen und Wertpapieren hat 2006 um 5,8 Prozent (Bayern 2,1 Prozent) zugenommen. Wie „Marktvorstand“ Hans Götz ergänzte, liegt die Sparkasse mit einem Plus von 3,1 Prozent auch bei den Einlagen deutlich über dem Schnitt (2,4). Der Wertpapierumsatz im Kundengeschäft belief sich 2006 auf über 50 Millionen Euro - bayernweit Platz eins.

Während bei den Ausleihungen die bayerischen Sparkassen im Schnitt einen Rückgang von 0,2 Prozent verzeichneten, steigerte die Sparkasse Schrobenhausen ihr Kreditvolumen um 3,5 Prozent auf nunmehr 250 Millionen Euro (Platz drei in Bayern). Der starke Zuwachs resultiert aus 41 Millionen Euro Neuausreichungen an Krediten. Der Provisionsüberschuss konnte auf 2,8 Millionen Euro gesteigert werden.

Die Risikolage und die Risikostrukturen der Sparkasse sind, wie bereits seit Jahren überaus günstig. Laut Vorstandsmitglied Hans Tomani wurden neben dem bilanziellen Eigenkapital, das sich auf 23 Millionen Euro erhöht hat, auch die Reserven massiv aufgestockt. □

Bayerische Genossenschaften:

Enge Verbundenheit mit dem ländlichen Raum

GVB-Bilanzpressekonferenz in München - Bayerische Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften als Motor des Aufschwungs

„Staat und genossenschaftlicher Unternehmensidee kommt eine besondere Verantwortung für Existenz und Entwicklung des Mittelstands in Bayern zu. Gemeinsam wollen wir dieser Verantwortung auch in Zukunft gerecht werden“, betonte Stephan Götzl, Präsident des Bayerischen Genossenschaftsverbandes (GVB) bei der Bilanzpressekonferenz zum Wirtschaftsjahr 2006.

Götzl zufolge konnten die 704 bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften sowie die 111 Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr im vergangenen Jahr ihre Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 200 Millionen Euro auf 9,8 Mrd. Euro steigern. Sie sicherten im letzten Jahr 31.500 Menschen einen Arbeitsplatz und sorgten mit 1.700 Ausbildungsplätzen dafür, dass junge Menschen eine Chance zur Qualifizierung in allen Regionen Bayerns haben. Die bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften trugen im Jahr 2006 mit einer Wertschöpfung in Höhe von knapp 2 Mrd. Euro zum Bruttoinlandsprodukt im Freistaat bei. Mit Investitionen in Höhe von rund 135 Mio. Euro stärkten sie die mittelständische Wirtschaft und den ländlichen Raum.

Besonders positiv bewertete der Präsident die Entwicklung im ge-

werblichen Sektor: „In nahezu allen Bereichen der bayerischen gewerblichen Waren- und Dienstleistungsbranchen können wir Umsatzzuwächse vermelden. Wenn man die Branchenbreite und die Zahl der allein hinter diesen Genossenschaften stehenden 77.000 mittelständischen Mitgliedsunternehmen sieht, wird klar, warum sie 2006 ein Motor des Aufschwungs waren.“

len. Daneben erreichten die 42 Handwerksgenossenschaften mit einem Umsatzanstieg von 11,6 Prozent auf 473 Mio. Euro ein deutlich besseres Ergebnis gegenüber dem Vorjahr. Damit wuchsen sie in Bayern dreimal schneller als im Bundesschnitt.

Inakzeptable Standards

Mit Blick auf die internationalen Bilanzierungsregeln verwies der Präsident darauf, dass diese die Existenz des deutschen Mittelstands bedrohten. Die bislang ausgearbeiteten International Accounting Standards seien „nicht

www.der-flexible-Raum.de
Container · Raummodule · Hallensysteme

Erfreulich aus Sicht des GVB war dabei die Umsatzentwicklung der 30 Handelsgenossenschaften, die mit einem Umsatz von 4,3 Mrd. Euro (plus 1,2 Prozent) den Löwenanteil der Umsätze erzie-

akzeptabel“. Denn neben Genossenschaften seien auch GmbHs, GmbH & Co. KGs und Personhandelsgesellschaften durch die derzeit geplanten Regelungen erheblich gefährdet.

Lebenselixier Genossenschaft

Von Stephan Götzl, Präsident des Bayerischen Genossenschaftsverbandes

Ländlicher Raum - das klingt nach beschaulichen Dörfern, grünen Wiesen und weiten Feldern. Doch hinter diesem idyllisch anmutenden Begriff verbirgt sich mehr als blühende Landschaften. Ländlicher Raum, das bedeutet rund 80 Prozent der Fläche Bayerns und Heimat für etwa 60 Prozent der über zwölf Millionen Bayern.

Auch Genossenschaften finden hier ihre Lebensgrundlage: Über 85 Prozent aller bayerischen Genossenschaften sind dort verwurzelt. Für sie ist der ländliche Raum das Kernwirtschaftsgebiet. Sie bieten über 67.000 Menschen auf dem Land einen Arbeitsplatz und bilden rund 4.000 Jugendliche und junge Erwachsene aus. Mehr als 2,7 Millionen Menschen und damit mehr als ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung des Freistaats sind Mitglieder einer Genossenschaft.

Ob Handwerks-, Molkerei- oder Kreditgenossenschaften: Genossenschaftliche Unternehmen bieten Vielfalt. In rund 35 Branchen der bayerischen Wirtschaft sind sie heute zu finden. Sie versorgen die bayerischen Regionen mit Milch, Fleisch, Futtermittel, Finanzdienstleistungen und vielem mehr. Ferner tragen sie mit Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe Jahr für Jahr wesentlich dazu bei, dass der Standort Bayern in der Fläche attraktiv bleibt. Sie sind eine tragende Säule der ländlichen Regionen im Freistaat.

Sie geben damit Stabilität in einer Zeit, in der sich die Struktur im ländlichen Raum wandelt: Märkte haben sich globalisiert, Bevölkerungsstrukturen verändert und Ballungszentren gebildet. Große Unternehmen und Privatbanken haben sich aus dem ländlichen Raum zurückgezogen. Gemeinden sind wegen ihrer Finanzschwäche zunehmend überfordert, ihre kommunalen Aufgaben zu erfüllen. Diese Entwicklungen haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass immer größere Versorgungslücken im ländlichen Raum entstanden.

Viele Bürger in den Regionen jedoch geben sich mit der Situation nicht zufrieden und nehmen ihre Versorgung mit Lebensmitteln, Gas, Wasser, Strom, Wärme oder mit Freizeiteinrichtungen in die eigene Hand. Unter dem Stichwort aktive Bürgerschaft werden aus vormaligen kommunalen Aufgaben privatwirtschaftliche.

Die Bürger schließen sich mit Vereinen, örtlichen Unternehmen und Kommunen zusammen, um ihre Kräfte zu bündeln und gemeinsam ihre Interessen zu verwirklichen. Dafür wählen sie immer häufiger die genossenschaftliche Unternehmensform, die ihnen für das Vorhaben einen verlässlichen Rechtsrahmen bietet.

Denn im Vergleich zu anderen Unternehmens-

formen ist die Gründung einer Genossenschaft unkompliziert: Bürger, die eine Genossenschaft ins Leben rufen, benötigen kein bestimmtes Mindestkapital. Die Aufnahme neuer Mitglieder ist durch eine einfache Beitrittserklärung möglich. Abweichend von Kapitalgesellschaften, werden bei einer Genossenschaft Vorstand und Aufsichtsrat aus dem Kreis der Mitglieder besetzt.

Damit werden die Förderinteressen der Mitglieder dauerhaft in den Mittelpunkt der Geschäftspolitik gestellt. Das verdeutlicht auch das Stimmrecht, das sich nicht nach der Höhe des eingesetzten Kapitals richtet, sondern nach dem Demokratieprinzip: Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Genossenschaften sind mit einem Anteil von 0,1 Prozent an allen Unternehmensinsolvenzen die stabilste Unternehmensform in Deutschland.

Gerät eine Genossenschaft dennoch in Zahlungsschwierigkeiten, haften die Mitglieder nicht mit ihrem Privatvermögen, das Risiko für den Einzelnen ist damit gering. Daneben bietet die Rechtsform Steuervorteile. So ist zum Beispiel die genossenschaftliche Rückvergütung keine Gewinnverwendung, sondern eine Betriebsausgabe, die die Steuerlast mindert. Die Genossenschaft kann ihre Überschüsse in die Versorgungsbetriebe investieren oder als Rückvergütung an die Mitglieder weitergeben.

Mit der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes im August 2006 hat die Politik auf den Strukturwandel im ländlichen Raum reagiert: Sie hat die Gründung von Genossenschaften erleichtert und die genossenschaftlichen Handlungsfelder erweitert. Neben wirtschaftlichen Zwecken ist es seit der Novellierung möglich, dass Genossenschaften auch kulturelle und soziale Ziele verfolgen. Bürger können somit Krankenhäuser, Kindergärten, Altenheime aber auch Schwimmbäder genossenschaftlich organisieren.

Ferner reichen drei Gründungsmitglieder - statt wie bisher sieben - aus, um eine Genossenschaft ins Leben zu rufen. Genossenschaften mit weniger als 20 Mitgliedern brauchen keinen mehrköpfigen Vorstand mehr und dürfen auf einen Aufsichtsrat verzichten. Von diesen Reformen profitieren besonders kleine Genossenschaften mit wenigen Mitgliedern, die vor allem im ländlichen Raum wirken.

Die Genossenschaften sind mit ihren Idealen der Selbstverwaltung, der Subsidiarität und der Solidarität aktueller denn je: Sie tragen dazu bei, die Eigenständigkeit des ländlichen Raums zu stärken, seine Entwicklung nachhaltig zu gestalten und seine Zukunftsfähigkeit zu sichern. Sie sind das Lebenselixier des ländlichen Raums. □



Das International Accounting Standards Board zeige mit seiner Vorgehensweise einmal mehr, „dass es sich nicht für den deutschen Mittelstand interessiert“. Es arbeite einseitig zu Gunsten seiner Finanziers - der Großindustrie und internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. „Die internationalen Bilanzierungsvorschriften dürfen - gerade zum Schutz des ländlichen Raums - in Deutschland niemals Realität werden!“ forderte Götzl. Die Strukturen müssten erhalten werden, weil sie über 99 Prozent der bayerischen und deutschen Wirtschaft ausmachten.

Im politischen Blickfeld

Apropos ländlicher Raum: Götzl wies darauf hin, dass ohne die Unternehmensform Genossenschaft dieser nicht das wäre, was er heute ist: „die Heimat von über 60 Prozent der bayerischen Bevölkerung, die dort mehr als die Hälfte des bayerischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet“. Deswegen nehme der GVB mit Freude zur Kenntnis, dass der ländliche Raum wieder in das politische Blickfeld gerückt ist. Als besonders erfreulich erachte der Verband dabei den von der Bayerischen Staatsregierung vorgelegten Entwurf des Zukunftsprogramms für Bayerns ländlichen Raum. Viele der dort aufgeführten Aktionspläne ließen sich durch die Kombination von staatlichen, kommunalen und privaten Zielsetzungen erreichen.

Genossenschaftsgründungen

Das Genossenschaften gerade für den ländlichen Raum die richtige Unternehmensform sind, zeige die stetig zunehmende Zahl an Genossenschaftsgründungen, fuhr der Präsident fort. Als Beispiel nannte er u. a. die Wald-Säge-Fuchstal eG bei Landsberg, in der Kleinwaldbesitzer mit einem mittelständischen Sägewerk zusammenarbeiten, um damit am Markt erfolgreicher zu sein. Zahlreiche andere Beispiele gebe es aus dem Bereich der Energiegewinnung oder der Gründung von Dorfläden. Götzl: „Die Gründungs- und Wirtschaftserfolge zeigen, dass die genossenschaftliche Idee heute genauso erfolgreich ist wie vor 150 Jahren: Nach wie vor werden Genossenschaften dort aktiv, wo Märkte versagen und Menschen durch gemeinsames Handeln wirtschaftlich mehr erreichen können.“

Aktive Bürgerbeteiligung

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der finanziellen Situation ihrer Haushalte stünden Städte und Gemeinden vor der Herausforderung, neue und kostengünstige Lösungen zur Erfüllung kommunaler Aufgaben sowie zum Erhalt kommunaler Einrichtungen und Dienstleistungen zu finden, bemerkte Götzl. Hierbei komme vor allem der aktiven Bürgerbeteiligung eine Schlüsselrolle zu. Wie die genossenschaftliche Rechtsform Kommunen stärkt und Bürger beteiligt, zeigten Beispiele wie die Holzhausener Wasser- und Abwassergenossenschaft aus Niederbayern, in der Bürger die Wasserversorgung übernommen haben. Weitere Exempel sind das Elektrizitätswerk Hindelang eG im Bereich der Energieversorgung oder die Spital eG Brennberg im Bereich der Dorferneuerung.

Aber auch Kommunen untereinander können dem Präsidenten zufolge die Unternehmensform Genossenschaft wählen - beispielsweise durch den gemeinsamen Betrieb eines Bauhofs durch mehrere Gemeinden. So würden Kräfte gebündelt und Mittel eingespart. Deshalb müsse die Politik hier für Rechts- und Chancengleichheit sorgen und Genossenschaften als „eine Option zu Zweckverbänden“ ergebnisoffen diskutieren.

Bodensee wird zwei Tage zur Denkregion

Veranstalter des Fachkongresses euregia-bodensee erwarten bis zu 1000 Teilnehmer

Friedrichshafen. „Denkregion Bodensee“ - unter diesem Motto finden am 18. und 19. Juni der Kongress und die Fachaussstellung euregia-bodensee im Kongresszentrum Graf-Zeppelin-Haus zum 3. Mal in Friedrichshafen statt. Die Kommunikationsplattform ist Treffpunkt der vier Bodensee-Anrainerstaaten Deutschland, Österreich, Schweiz und Liechtenstein und hat das Ziel, die Regionen rund um den Bodensee als Wirtschaftsstandort und Denkregion und zukunftsfähiger Standort weiter zu profilieren. Die Veranstalter erwarten bis zu 1000 Teilnehmer.

„Die Bodensee-Regionen sind prädestiniert für Unternehmen der Wissens basierenden Wirtschaft“, sagt der Träger der euregia-bodensee, Dr. Christoph Dickmanns, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Bodensee GmbH. „Beim Innovationsindex belegen die Bodensee-Regionen die Top-Ranking-Plätze und verfügen über hoch qualifizierte Angestellte. Kenner, Könner und Käpsele (= schwäbisch für kluge Köpfe) sind vorhanden und willkommen“, so Christoph Dickmanns weiter. „Hier wird nicht nur Wissen vermehrt und verarbeitet, sondern aus Wissen, Technik und Kreativität entstehen neue Produkte. Die Bodenseeregionen sind ein kreativer Raum.“ Allerdings werde durch die Kleinteiligkeit der Regionen diese hohe Kompetenz überregional nicht in dem Maße wahrgenommen. An dieser Stelle setzt die euregia-bodensee an.

Fach- und Führungskräfte aus der Wirtschaft, Interessierte aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft sowie Kommunalpolitiker aus Deutschland und den Nachbarländern, insbesondere aus der gesamten internationalen Bodenseeregion selbst sind eingeladen, sich auf dem Fachkongress zwei Tage lang mit Zukunftsfragen auseinanderzusetzen und neue Lösungen kennen zu lernen. Themen sind dabei die Rekrutierung und Weiterbildung von qualifizierten Arbeitskräften, die Verwaltungsmodernisierung als zentraler Standortfaktor, die Bedeutung von Regionalflughäfen, die touristische Profilierung der Bodenseeregion am globalen Markt, die Chancen der Vermarktung von Zweitwohnungen im Tourismus sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit über das neue EU-Förderprogramm INTERREG IV. Außerdem findet ein Internationales Forum für Erzeuger, Verarbeiter und Handel von Lebensmitteln statt. Dieses Fachprogramm wird von namhaften Mitveranstaltern wie der Uni St. Gallen, der Schweizerischer Vereinigung für Standortmarketing, Baden-Württemberg International, der Zeppelin University Friedrichshafen, der Internationalen Bodenseetourismus GmbH oder der Bio Voralberg reg. Gen. mbH (Österreich) getragen. Parallel zum Kongressprogramm stellen Dienstleister aus den Bereichen Stadt-, Standort- und Regionalmarketing sich im Rahmen einer Fachaussstellung vor.

Veranstaltet wird die euregia-bodensee alle zwei Jahre vom Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bodensee, dem Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, der Wirtschafts- und Innovationsförderungsgesellschaft Landkreis Ravensburg, dem Institut für Tourismus und Öffentliche Dienstleistungen an der Universität St. Gallen (Schweiz) und dem Land Voralberg. Weitere Informationen und Anmeldungen: www.euregia-bodensee.de. □

„Eine perfekte Lösung“ bietet die Unternehmensform Genossenschaft zudem beim Thema Unternehmensnachfolge: Ist kein Nachfolger zu finden, kann das Unternehmen in eine Genossenschaft umgewandelt werden. Mitarbeiter können Anteile an dieser Genossenschaft kaufen, um so das Unternehmen weiterzuführen und ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Last but not least werden auch für Familienbetriebe vielfältige Möglichkeiten offeriert: Als Beispiel nannte Götzl die „Familien-genossenschaft“ Münchner Werkstätten für Sport-, Sattler- und Lederwaren eG. Sie besteht nur aus Familienmitgliedern. Unternehmen können so im Erbfall unproblematisch weitergeführt werden, ohne verkauft oder in fremde Hände gelegt werden zu müssen. Gerade kleine mittelständische Unternehmen können so erfolgreich fortgeführt werden. **DK**



Kongress für Standort- und Regionalmanagement mit Fachaussstellung

Zukunftsfragen lösen - in der Denkregion Bodensee!

Fachkräftemangel: Rekrutierung und Qualifizierung

Zukunftsfähig? Verwaltungsmodernisierung!

Touristisch: Marken-Profilierung im globalen Markt

Regionalflughäfen: Motor oder Fass ohne Boden?

Regionalvermarktung: Wirtschaftsfaktor

Kongressbüro:

neuland GmbH & Co KG
Tel. 0049 (0) 75 25 - 910 44
info@euregia-bodensee.de

Veranstalter: Kooperationsraum

Bodensee-Oberschwaben,
Uni St. Gallen, Land Voralberg
www.euregia-bodensee.de

Geldanlagen optimieren

Die aktuellen Gewerbesteuereinnahmen rücken das Thema Geldanlage verstärkt in den Fokus. Wie auf der Kreditseite das Schuldenmanagement, gewinnt auf der Anlagenseite ein intelligentes Anlagemanagement an Bedeutung. Auf der Kredit- und auf der Anlagenseite ist es wichtig, das jeweilige Portfolio auf der Grundlage individueller Bedürfnisse (z.B. absehbare Investitionen) und der gesetzlichen Rahmenbedingungen zu optimieren.

Die flache Zinsstrukturkurve bietet den Kommunen jedoch wenig Spielraum. Vor allem längerfristige Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere erscheinen weniger attraktiv. So beträgt der Renditevorteil zwischen einer Anlage auf 10 Jahre gegenüber einer Anlage auf 1 Jahr oft nur wenige Nachkommastellen.

Anlagen, z.B. in Fonds oder in strukturierte Anleihen, bieten oftmals die Chance auf eine höhere Rendite. Die eigene Meinung zur Entwicklung der zugrundeliegenden Märkte (i.d.R. Zinsmarkt, unter bestimmten Bedingungen für Teilbeträge der Aktienmarkt) ist für die Entscheidung so wichtig wie eine gute Risikooptimierung im Rahmen des Portfoliomanagements. Aufgabe der Banken ist es, ihre Kunden dabei kompetent zu beraten. Neben den bankspezifischen Kenntnissen gehört es bei der Beratung öffentlicher Kunden dazu, dass die kommunalrechtlichen Rahmenbedingungen auch von der Bank dabei berücksichtigt werden. Die Entscheidung über die Art der Geldanlage ist selbstverständlich urigene Aufgabe der Kämmererei.

langt, jedoch muss die Kommune damit rechnen können, dass der Kapitalwert am Laufzeitende ungeschmälert verfügbar ist. Das Gesetz räumt der Sicherheit einen höheren Stellenwert ein, als der Forderung nach einem angemessenen Ertrag. Für festverzinsliche Wertpapiere bedeutet dies, dass nur Anleihen bestimmter Schuldner (Emittenten) in Betracht kommen. Es bestehen somit keine Bedenken gegen Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren von Schuldnern guter Bonität und an den Börsen notierter Wertpapiere wie z.B. Kommunalobligationen, Staatsanleihen, Pfandbriefe.

► **Angemessener Ertrag:** Dies ist eine Soll-Vorschrift. Erwirtschaftet eine Kommune keine Erträge, wird sie in aller Regel gegen die Gemeindeordnung verstoßen. Somit sind ein angemessener Ertrag des Kapitals und die Sicherheit des erzielten Ertrags sicherzustellen. Eine Besonderheit existiert hierbei bei der Verzinsung. Die Kommune muss nicht immer das ertragsgünstigste Angebot auswählen, wenn sie dafür im Rahmen von Kompensationsgeschäften mit

dieser Bank Vorteile bei einem anderen Geschäft erzielen kann. Beispielsweise könnte ein niedrigerer Zinssatz akzeptiert werden, wenn die Bank im Gegenzug bei einer Beratungsleistung, wie der Gestaltung des Anlagemanagements, auf einen Teil des Beratungshonorars verzichtet.

► **Eigenverantwortliche Anlage:** Die Kommune kann die Entscheidung über Sicherheit, Rentabilität und Liquidität nicht insgesamt an Dritte übertragen, sondern entscheidet grundsätzlich eigenverantwortlich durch ihre Mitarbeiter über die Anlage.

► **Verfügbarkeit:** Die Mittel müssen für ihren Verwendungszweck rechtzeitig verfügbar sein.

Anlagerichtlinien

Aufgrund dieser Rahmenbedingungen muss die Kommune alle wesentlichen Fragen einer Anlage selbst prüfen und sollte deshalb allgemeine Anlagerichtlinien erlassen. Die Anlagerichtlinien sollten folgende wesentliche Punkte beinhalten:

- Geltungsbereich
- Verwahrung der Anlagemittel
- Anlagekosten
- Mindest- und Höchstlaufzeit
- Anlageform
- Mindestanlagebetrag
- Möglichkeit der vorzeitigen Veräußerung
- In-Kraft-Treten

Die Anlage von Rücklagemitteln selbst ist ein genehmigungsfreies Rechtsgeschäft. Die Kommune muss die wesentlichen Fragen der Anlage im Vorfeld selbst prüfen und wird nur im Einzelfall die Rechtsaufsicht einbinden.

In der Praxis bedeuten diese gesetzlichen Rahmenbedingungen, dass eine Anlage mit Sicherheit des Kapitalstocks und mit einer Mindestverzinsung sowie einer jederzeitigen Veräußerbarkeit den Kriterien entspricht.

Das Magische Dreieck

Sicherheit, Rendite und Liquidität sind die drei konkurrierenden Ziele jeder Anlage, die auch das Magische Dreieck ge-

nannt werden. „Magisch“ weil mit steigender Sicherheit einer Vermögensanlage die Rendite tendenziell sinkt und

je liquider eine Anlage ist, umso höher sind die Nachteile bei der Rendite.

Alle drei Ziele können nicht in gleichem Maße erreicht werden. Für die Kommune bedeutet dies, dass aufgrund der Muss-Vorschrift der Sicherheit des Kapitalstocks, Abstriche zu Lasten des erwirtschafteten Ertrages akzeptiert werden müssen. In Deutschland dominiert generell die Sicherheit das Verhalten des Anlegers. Der „Kapitalerhalt“ ist nach einer Umfrage der Fondsgesellschaft F&C Asset Management das meistgenannte Anlageziel, dicht gefolgt von der Rendite auf Platz 2. Das Sicherheitsbedürfnis deutscher Anleger und die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Kommunen stimmen also überein. Theoretisch wäre es aber nach der Portfoliotheorie von Markowitz besser Anlagen zu mischen, d.h. nur Festgelder anzulegen, wäre genauso wenig sinnvoll, wie nur reine Aktienanlagen.

Anlageklassen

Für die Kommune stehen zahlreiche Produkte zur Auswahl. Eine Anlagemöglichkeit, die an die Rahmenbedingungen der Gemeindeordnung angepasst werden kann, sind strukturierte Anleihen. Bei dieser Anlageklasse wird ein schuldrechtlicher Anspruch auf Zins- und Rückzahlung des überlassenen Kapitalbetrages erworben. Am Laufzeitende erhält die Kommune das angelegte Kapital zurück. Die Besonderheit liegt darin, dass ein garantierter Mindestzinssatz mit einem weiteren Recht verbunden ist und sich daraus eine höhere Verzinsung ergeben kann. Dadurch werden strukturierte Anleihen zur attraktiven Anlageklasse für Kommunen.

Die Anlagemöglichkeiten sind durch die rechtlichen Rahmenbedingungen beschränkt. Es gibt jedoch eine Vielzahl von interessanten Lösungen, um den gemeindlichen Haushalt zu entlasten. Die Verbindlichkeiten von „negativ“ wieder auf „stabil“ an. Für 2007 erwartet die Münchener Hyp eine stabile Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen. Die anhaltende konjunkturelle Verbesserung dürfte die bisherige Zurückhaltung beim Immobilienwerb lockern.

Neues Produktkonzept

„Im Geschäftsfeld private Immobilienfinanzierung werden wir die Zusammenarbeit mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken noch enger gestalten“, versicherte der Sprecher. Hierzu diene ein neues Produktkonzept, mit dem die veränderten Kundenbedürfnisse aufgegriffen werden. Das Konzept ermögliche „Finanzierungslösungen, die flexibel, innovativ und zum Teil im Markt einzigartig“ sind. Dazu sei es nach dem Baukasten-Prinzip aufgebaut worden. Danach erhält der Kunde ausgehend von einem preisattraktiven Basisangebot durch Zusatzleistungen eine exakt auf seinen Bedarf zugeschnittene Finanzierung. Die einzelnen Bausteine wie Tilgungs- und Sondertilgungsoptionen oder Beleihungsausläufe lassen sich dabei nahezu vollständig miteinander kombinieren.

Rödel abschließend: „In das neue Geschäftsjahr sind wir gut gestartet. Bis Ende Februar 2007 haben wir im Hypothekengeschäft ein Finanzierungsvolumen von 457,2 Mio. Euro zugesagt - nach 352,9 Mio. Euro im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Wir sind zuversichtlich, unsere Wachstumsziele auch in diesem Jahr erreichen zu können.“ DK

und damit den finanziellen Handlungsspielraum zu erhöhen. Die Portfoliobetrachtung im Rahmen eines Anlagemanagements gewinnt an Bedeutung. Eine spezialisierte Kommunalkundenbetreuung auf der Bankenseite muss daher in Zusammenarbeit mit den weiteren Spe-

zialisten innerhalb der Bank auch die rechtlichen Rahmenbedingungen der Kommalkunden berücksichtigen. Unter dieser Voraussetzung stellen auch innovative Produkte, die einen entsprechenden Mehrertrag generieren können, eine sinnvolle Beimischung zum Portfolio dar. □

SEPA bringt Vorteile für Verbraucher und Unternehmer:

Bargeldlos überall in Europa zahlen

Von Dr. Gerhard Sabathil, Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland

In einem spanischen Online-Shop per Lastschrift bezahlen, in Dänemark bargeldlos tanken und Überweisungen nach Frankreich tätigen - und das alles so problemlos und sicher als handelte es sich um Transaktionen innerhalb Regensburgs: Das soll nach Plänen der EU-Kommission und europäischer Kreditinstitute ab 1. Januar 2008 Wirklichkeit werden. Bankkunden, die keine Unterschiede mehr zwischen nationalen und grenzüberschreitenden Zahlungen in Europa machen müssen, ist Ziel des einheitlichen Europäischen Zahlungsverkehrsraums, kurz SEPA.

SEPA ist die logische Konsequenz des europäischen Binnenmarkts, der bereits seit fünf Jahren über eine gemeinsame Währung verfügt. Seit seiner Einführung 1999 hat sich der Euro international als starke Währung erwiesen und das Leben der Europäer vielfältig erleichtert.

Will man jedoch in einem Nachbarland per Lastschriftverfahren bezahlen, kann das aufgrund nationaler Unterschiede bei der Zahlungsabwicklung schwierig werden. Denn einheitliche Scheine und Münzen allein ergeben, ohne die entsprechenden bargeldlosen Zahlungsinstrumente, noch keinen gemeinsamen Währungsraum. Dabei umfasst der größte Binnenmarkt der Welt annähernd 500 Millionen Verbraucher. Täglich werden in der EU 256 Millionen bargeldlose Zahlungen getätigt.

Einheitliche Instrumente

Zwar hat sich seit 1999 einiges verbessert. Anfangs waren Transaktionen in ein anderes Mitgliedsland übersteuert. Eine Überweisung im Wert von 100 Euro kostete 24 Euro an Gebühren. EU-Vorschriften gewährleisteten seit 2001 jedoch, dass diese Gebühren die Kosten für inländische Überweisungen nicht überschreiten dürfen. Die durchschnittlichen Gebühren sind seitdem auf 2,50 Euro gesunken.

Auch tauchten 2001 IBAN (Internationale Bankkontonummer) und BIC (internationale Bankleitzahl) auf Überweisungsträgern auf. Das hat Überweisungen innerhalb Europas erleichtert. Dennoch fehlen bisher einheitliche Instrumente für digitale Geldtransfers. Auch wissen drei Viertel der EU-Bürger nichts von den bisherigen Vergünstigungen. SEPA kann auch dazu beitragen, dass die Finanzwelt in den Köpfen der Menschen zusammenwächst.

Im Zuge der ersten Vereinfachungen im europäischen Zahlungsverkehr schlossen sich im Sommer 2002 die Kreditinstitute und Bankenverbände Europas zum Europäischen Zahlungsverkehrsrat (EPC) zusammen. Der EPC arbeitet seitdem ehrgeizig an Modellen und Techniken, um den geeinten Finanzraum Wirklichkeit werden zu lassen. Der Rat mit 66 Mitgliedern aus allen EU-Ländern hat den letzten Schritt zur Verwirklichung des SEPA für 2008 festgesetzt. Das bedeutet konkret, dass neben den nationalen Techniken zum digitalen Geldtransfer, EU-weit einheitliche SEPA-Instrumente eingeführt werden. Der EPC konzentriert sich dabei auf die drei wichtigsten Transaktionstypen und vereinheitlicht Überweisungen, Lastschriftverfahren und Kartenzahlungen. Langfristig sollen die SEPA-Instrumente den bisherigen Flickenteppich ganz ersetzen. Damit die neuen Instrumente

nicht in einem rechtsfreien Raum eingeführt werden, hat die EU-Kommission eine entsprechende Richtlinie vorgeschlagen. Das Regelwerk bildet den juristischen Rahmen des SEPA und schafft zum Beispiel einheitliche Vorgaben in Haftungsfragen. Außerdem hat die Kommission die scharfe Beaufsichtigung von Kreditinstituten ohne Banklizenz vorgeschlagen. Somit wird das letzte Hindernis für einen gemeinsamen Zahlungsverkehrsraum aus dem Weg geräumt.

Bankgeschäfte per Internet

In einem boomenden Wirtschaftsraum wie der EU mit einem Bruttoinlandsprodukt von 23.400 Euro pro Einwohner profitieren von SEPA nicht nur private Verbraucher, etwa indem Transaktionen sicherer und einfacher werden. Auch und gerade kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) tun sich mit einem vollständig zusammengewachsenen Finanzmarkt neue Horizonte auf: Finanzströme innerhalb Europas können nun bedeutend schneller und effizienter von einer beliebigen Bank aus gelenkt werden. Auch Bankgeschäfte per Internet werden nun einfacher.

Das bedeutet besonders für Bürger und Unternehmen kleinerer Kommunen erhöhten Komfort. Konkret kann zum Beispiel ein Autoteilezulieferer in Oberhaching jetzt seine Geschäfte mit dem italienischen Endfabrikanten unkompliziert über Online-Banking abwickeln. Überweisungen müssen laut der EU-Richtlinie spätestens 2012 schon am nächsten Tag bei der europäischen Empfängerbank gutgeschrieben sein. Diese Erleichterung wiederum bietet ungeahnte Möglichkeiten zur Erschließung neuer Märkte und fördert den grenzüberschreitenden Handel.

Kosteneinsparungen

Schließlich birgt der einheitliche Zahlungsverkehrsraum für die Kreditinstitute enormes Potenzial. So ermöglicht die Vereinheitlichung der Transaktionsverfahren enorme Kosteneinsparungen. Außerdem bietet SEPA Raum für die Entwicklung innovativer Serviceangebote von europäischer Reichweite. Besonders in weniger dicht besiedelten Gebieten können Banken mit einem Ausbau ihres Online-Angebots größere Flächendeckung erreichen und so auch in kleineren Gemeinden direkt vor Ort sein.

SEPA löst die Hoffnungen und Versprechungen ein, die der gemeinsame Währungsraum bisher nicht halten konnte. SEPA kann jedoch nur dann funktionieren, wenn sich jedes Mitgliedsland und Bank engagiert um die Umsetzung bemüht, denn nur so können auch alle vom gemeinsamen Zahlungsverkehrsraum profitieren. □

Unsere Autoren



Götz Rinn, Kommunalkundenbetreuer, München, Tel.: 089/35641060, eMail: goetz.rinn@commerzbank.com. □



Frank Prescher, Kommunalkundenbetreuer, Nürnberg, Tel.: 0911/1311245, eMail: frank.prescher@commerzbank.com.

Kompetente Banken werden aber bereits bei der Beratung und dem Produktangebot auch die rechtlichen Rahmenbedingungen und die individuelle Situation des Kunden berücksichtigen.

Anlage von Kassenmitteln und Rücklagen

Die vorübergehend nicht benötigten Kassenmittel sind in der Regel nicht für längerfristige Anlagen wie z.B. festverzinsliche Wertpapiere geeignet, da diese rechtzeitig verfügbar sein müssen. Hier bedarf es bezüglich der Anlagendauer einer genaueren Prüfung. Aufgrund der Anlagelaufzeit darf es zu keinen Termenschwierigkeiten kommen.

Als Anlage eignen sich neben Festgeldern z.B. auch Geldmarktfonds von Fondgesellschaften mit Sitz in Deutschland, die ausschließlich in auf Euro lautende Instrumente investieren und dem Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften (KAGG) unterliegen. Geldmarktfonds investieren in Schuldtitel mit kurzen Lauf- bzw. Restlaufzeiten und in Folge dessen sind, falls überhaupt, nur geringe Kursrisiken zu erwarten.

Bei Rücklagen besteht eine größere Flexibilität. Eine Rücklagenbildung erfolgt für z.B. Zwecke des Vermögenshaushaltes und zur Sicherung der Haushaltswirtschaft.

Folgende Voraussetzungen gelten für eine Geldanlage: ► **Ausreichende Sicherheit:** Bei dieser Muss-Vorschrift ist sicherzustellen, dass der Kapitalstock erhalten bleibt. Eine absolute Sicherheit wird nicht ver-

Bilanzpressekonferenz der Münchener Hypothekbank:

Auf Wachstumskurs

Die Münchener Hypothekbank hat 2006 ihren Wachstumskurs fortgesetzt. Erneut sei es gelungen, die Ziele im Neugeschäft zu übertreffen, hob Erich Rödel, Vorstandssprecher der MünchenerHyp, bei einer Bilanzpressekonferenz in München hervor. Insgesamt hat die MünchenerHyp Hypothekendarlehen in Höhe von 2,42 Mrd. Euro zugesagt. Damit konnte sie auf dem hohen Niveau des Vorjahres noch einmal um 9 Prozent zulegen.

Der Zuwachs verteilte sich ausgewogen auf die beiden Hauptgeschäftsfelder. Die Zusagen im privaten Wohnungsbau erhöhten sich um rund 8 Prozent auf 1,35 Mrd. Euro. Das gewerbliche Kreditgeschäft wuchs um rund 10 Prozent und überstieg erstmals die Marke von 1 Mrd. Euro.

Regionale Marktpotenziale

Die Steigerung in der privaten Wohnungsbaufinanzierung wurde vor allem durch die noch intensivere Ausschöpfung der regionalen Marktpotenziale erreicht. In gemeinsamen Vertriebskampagnen mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken wurden Rödel zufolge zahlreiche Neukunden gewonnen. In Erwartung steigender Zinsen verstärkte sich beim Wohnungsbau die Nachfrage nach Forward-Darlehen.

Im Bereich gewerbliche Immobilienfinanzierung wuchs das Neugeschäft im Ausland besonders kräftig: Es stieg um über 27 Prozent auf 752 Mio. Euro. Die Zuwächse wurden zum überwiegenden Teil in USA erzielt.

Das Betriebsergebnis nach Risikovorsorge liegt mit 27,8 Mio. Euro um 13 Prozent über dem

Vorjahresergebnis. Die Bilanzsumme verminderte sich um 2,1 Mrd. Euro auf 31,9 Mrd. Euro. Ursache hierfür war ein geringer Darlehensbestand im Staatskreditgeschäft, das die MünchenerHyp aufgrund der geringen Margen ohne Volumenziele betreibt. Die Zusagen im Staatskreditgeschäft bewegten sich mit 2,3 Mrd. Euro auf Vorjahresniveau.

Der Zinsüberschuss lag mit 110,5 Mio. Euro um 2,4 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis von 108,1 Mio. Euro. Zugleich hat das gute Neugeschäft dazu geführt, dass mehr Vermittlerprovisionen an die Partnerbanken ausgezahlt wurden.

Exquisites Rating

Spiegel der guten Marktposition und Verfassung der Münchener Hypothekbank ist das Rating von Moody's. Im August 2006 bestätigte Moody's das für das Geschäft der MünchenerHyp maßgebliche Aa3-Rating für langfristige ungedeckte Verbindlichkeiten. Die gedeckten Pfandbriefe werden unverändert mit Aaa bewertet. Die Agentur hob zugleich den Ausblick für das Rating für langfristige unge-

Bezugnahmen auf DIN-Normen in Satzungen unwirksam

Von Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Martin A. Ahlhaus, Rechtsanwalt Nörr Stiefenhofer Lutz • Partnerschaft (München)

Kommunale Satzungen enthalten zur näheren Bestimmung technischer Anforderungen, z.B. im Bereich der Abwasserbeseitigung, pauschale Verweisungen auf einschlägige DIN-Normen. Dass derartige Bezugnahmen auf technische Regelwerke nicht wirksam sind, hat kürzlich das Oberverwaltungsgericht Münster entschieden. Auch bayerischen Kommunen ist daher zu empfehlen, bestehende und künftige Satzungen diesbezüglich auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen, um unliebsame Überraschungen zu vermeiden.

Insbesondere im Bereich der Abwasserbeseitigung entspricht es ständiger kommunaler Satzungspraxis, die näheren technischen Anforderungen an Anlagen und Anlagenteile durch Bezugnahme auf technische Regelwerke zu definieren. DIN-Normen, wie etwa die DIN 1986 betreffend Entwässerungsanlagen für Gebäude und Grundstücke oder die DIN 1999 betreffend Abscheideranlagen für Leichtflüssigkeiten, werden nach Maßgabe der entsprechenden Satzungen häufig für die technische Ausgestaltung von Einrichtungen vorgegeben.

Keine Befugnis zur Rechtssetzung

Derartige Bezugnahmen auf DIN-Normen in Satzungen sind regelmäßig unwirksam, wie nun das Oberverwaltungsgericht Münster entschieden hat (vgl. OVG Münster, NVwZ-RR 2007, S. 191). DIN-Normen

werden durch das Deutsche Institut für Normung und damit durch eine private Institution veröffentlicht. Das Bundesver-



Martin A. Ahlhaus. □

waltungsgericht hat bereits entschieden, dass das Institut eine Rechtssetzungsbefugnis, wie sie für eine Allgemeinverbindlich-

keit von Normen erforderlich wäre, nicht besitzt. DIN-Normen sind daher gerade nicht rechtsverbindlich, sondern bestimmen lediglich Verfahrensweisen und Praktiken, die zur Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe, etwa den „anerkannten Regeln der Technik“, herangezogen werden können.

Da DIN-Normen somit nicht allgemein verbindlich sind, können Sie nur dann wirksam zum Gegenstand satzungsrechtlicher Regelungen werden, wenn die Einbeziehung auch rechtsstaatlichen Publizitätsanforderungen genügt. Hieran fehlt es aber regelmäßig bei der bloßen Verweisung auf einschlägige DIN-Vorschriften.

DIN-Normen sind nicht allgemein zugänglich

DIN-Vorschriften werden gerade nicht in einer dem Satzungsrecht oder sonstigem Bundes- oder Landesrecht entsprechenden Weise veröffentlicht. Vielmehr sind DIN-Normen gerade nicht allgemein zugänglich, sondern unterliegen der ausschließlichen Vermarktung durch einen Fachverlag. Hieraus leitet das Oberverwaltungsgericht Münster ab, dass der bloße Hinweis auf zu beachten-

de DIN-Normen in kommunalen Satzungen nicht den rechtsstaatlichen Publizitätsanforderungen genügt, da die Normen nicht in einer Weise veröffentlicht sind, die hinsichtlich Zugänglichkeit und Verlässlichkeit der Veröffentlichung in einem amtlichen Publikationsorgan entspricht. Der von einer Satzungsregelung betroffene Bürger muss sich über allgemein zugängliche Quellen über die geltenden rechtlichen Anforderungen informieren können. Dies ist bei nur kostenpflichtig und nur bei einem Fachverlag zu beziehenden technischen Normen nach Auffassung des Gerichts nicht möglich.

Hinweis auf Fundstelle oder Bezugsquelle

Darüber hinaus stellt das Gericht heraus, dass Satzungsregelungen, welche DIN-Normen in Bezug nehmen, jedenfalls einen Hinweis auf eine Fundstelle oder Bezugsquelle enthalten müssen, um den Publizitätsanforderungen genügen zu können. Die bloße Nennung der anzuwendenden DIN-Norm genügt daher auch dann nicht, wenn die Norm allgemein zugänglich sein sollte.

Empfehlung an die Kommunen

Auch bayerischen Kommunen ist mit Blick auf die dargestellte Rechtsprechung zu empfehlen, bestehendes und künftiges Satzungsrecht auf die wirkliche Einbeziehung von DIN-Normen und sonstigen technischen Regelwerken zu überprüfen. Anderenfalls drohen die entsprechenden Vorgaben gerade nicht rechtlich durchsetzbar zu sein. □

Wasserwirtschaftliche Investitionen in Oberfranken:

Deutlich mehr Mittel

Wie die Regierung von Oberfranken mitteilt, flossen im Jahr 2006 für Maßnahmen der Abwasserbeseitigung, der Wasserversorgung und des Wasserbaus 26,3 Mio. Euro nach Oberfranken, rund 8,9 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Die Summe setzt sich aus Landes-, Bundes- und EU-Mitteln zusammen.

Auch wenn die Förderung in der Abwasserbeseitigung und der Wasserversorgung zwischenzeitlich stark eingeschränkt ist, kamen im Jahr 2006 besonders im Bereich des erstmaligen Baus von Abwasserbeseitigungsanlagen deutlich mehr Baumaßnahmen in den Genuss einer Förderung.

Gemeinden konnten Darlehen verringern

Für die laufenden Maßnahmen beim Abwasser wurden mit 13.895 Mio. Euro gegenüber 8.882 Mio. Euro im Vorjahr deutlich mehr Mittel ausbezahlt und so für die Gemeinden die Möglichkeit geschaffen, die verauslagten Summen anderweitig einzusetzen oder ihre Darlehen zu verringern. Nach zwei Jahren Pause hat der Freistaat Bayern 2006 wieder ein Förderprogramm zum Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen aufgelegt.

Förderung auch 2007

Auch 2007 sollen wieder Vorhaben der erstmaligen Versorgung mit Trinkwasser und der erstmaligen Abwasserbeseitigung bestehender Siedlungsbe- reiche gefördert werden.

Schon 2004 wurde von der Staatsregierung beschlossen, auch den Bau von privaten

Kleinkläranlagen zu unterstützen, allein in Oberfranken wurden hierzu 991.000 Euro im Jahr 2006 ausbezahlt.

Positive Entwicklung

In den gesamten Wasserbau, also Speicher und Gewässer, flossen im Jahr 2006 9.804 Mio. Euro gegenüber 6.722 Mio. Euro im Vorjahr. Diese positive Entwicklung ist darauf zurück zu führen, dass der Freistaat Bayern in seinem „Hochwasserschutzprogramm 2020“ bis 2008 die jährlichen Mittel auf 150 Mio. Euro erhöht hat, der Goldbergsee, der zum Hochwasserschutzes der Stadt Coburg errichtet wird, sehr gute Baufortschritte macht und die Kommunen bei den Gewässern dritter Ordnung ein Sonderprogramm zur Erstellung von Gewässerentwicklungsplänen gerne aufgreifen.

Ein guter Anfang

Ein Ziel war es auch, möglichst viele EU-Fördermittel zur Erhöhung der Landesmittel einzusetzen oder direkt den Gemeinden zukommen zu lassen. Wenn man bedenkt, dass von 26.272 Mio. Euro 3,7 Mio. Euro aus Brüssel kommen, ist dies ein guter Anfang, wie Regierungspräsident Wilhelm Wenning mit großer Genugtuung feststellte. DK

Studie des ifo-Instituts zur deutschen Wasserwirtschaft:

Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit

Die deutsche Wasserwirtschaft leidet bei internationalen Ausschreibungen des Betriebs und der Errichtung von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungssystemen unter mangelnder Wettbewerbsfähigkeit. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des in München ansässigen ifo-Instituts über die Strukturveränderungen in der deutschen Wasserwirtschaft und Wasserindustrie. Dabei wurden neben Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsunternehmen auch die Hersteller von Anlagen und Komponenten, Rohrleitungsbauer und Consultingunternehmen unter dem Oberbegriff „Wasserwirtschaft“ in die Untersuchung einbezogen.

Die zukünftigen Entwicklungsperspektiven der deutschen Wasserwirtschaft werden ifo zufolge durch Marktsättigung im Inland und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit im Ausland eingeschränkt. Der absehbare Investitionsbedarf im Inland beschränkt sich weitgehend auf Ersatz- und Erhaltungsinvestitionen. Die in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern noch anstehende Ausbauphase ist in Deutschland weitgehend abgeschlossen; die Kernaufgabe besteht hier in der Konsolidierung und ständigen Erneuerung der Systeme durch Reinvestitionen und Modernisierungsmaßnahmen.

Geringer Einfluss auf Entscheidungsprozesse

In Wachstumsregionen wie in Osteuropa oder im asiatisch-pazifischen Raum eröffnen sich grundsätzlich hohe Marktpotenziale, jedoch gehen die deutschen Strukturen, bei denen die wasserwirtschaftliche Kompetenz auf der kommunalen Ebene angesiedelt ist, deutlich zu Lasten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Ein Vorteil der Strukturen in der deutschen Wasserversorgung beruht laut Studie darauf, dass die starke kommunale Verankerung ein hohes Maß an politischer Beteiligung und eine starke Akzeptanz in der Bevölkerung sicherstellt. Aufgrund der starken funktionalen und organisatorischen Frag-

mentierung ist der Einfluss der deutschen Wasserwirtschaft auf die Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union jedoch nur gering.

Dezentrale Struktur

Die Entwicklungshemmnisse der deutschen Wasserwirtschaft auf den internationalen Märkten für Wasserdienstleistungen beruhen vor allem auf der Kleinteiligkeit und der dezentralen, kommunalwirtschaftlich geprägten Struktur der deutschen Wasserwirtschaft. Die typischen deutschen Anlagenbauer erreichen entweder nicht die kritische Größe für einen Global Player oder ihnen fehlen die erforderlichen Referenzen als Betreiber von Wasserversorgungssystemen.

Fehlende Finanzkraft

Den deutschen Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsbetrieben fehlt wiederum die Finanzkraft, um den Weltmarktführern Konkurrenz zu machen. Zwar wird dieser Nachteil durch eine weltweit führende Rolle der deutschen Produzenten von Anlagen und Komponenten der Wasser- und Abwassertechnik teilweise kompensiert, jedoch sind die technologieorientierten mittelständischen Unternehmen der Wasser- und Abwassertechnik keine Global Player, die dem Endkunden Wasser verkaufen, das Abwasser reinigen und gleichzeitig alle damit

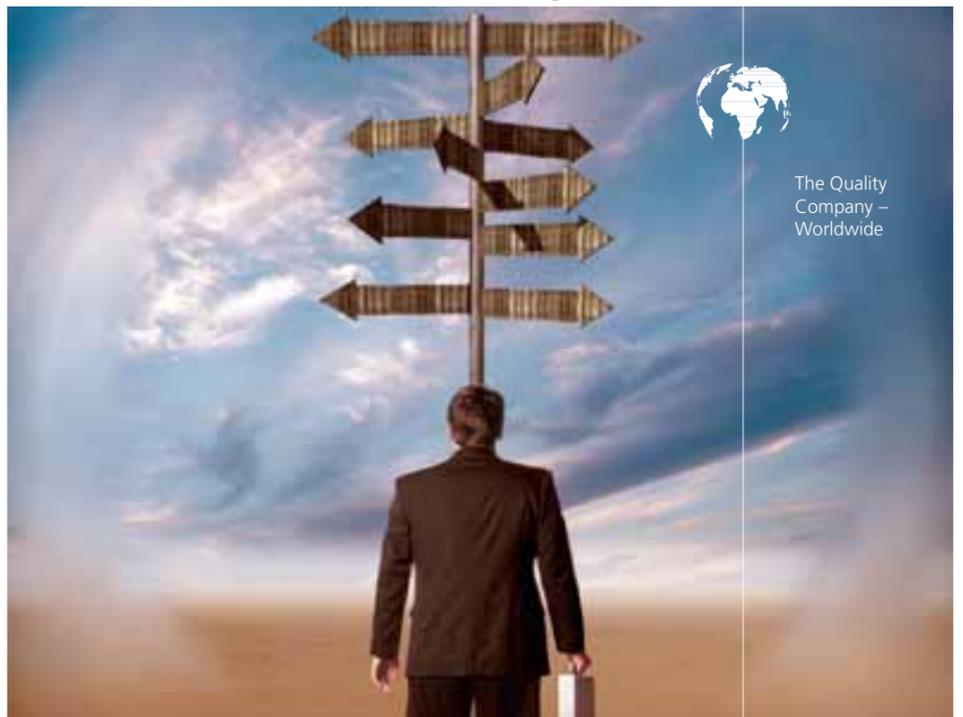
zusammenhängenden Dienstleistungen anbieten. Deutschland ist dagegen als dezentral organisiertes Land mit einer dezentralen Wasserversorgungsstruktur führend bei dezentralen Wasserversorgungssystemen und der innerbetrieblichen Reinigung.

PPP-Modelle

Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wasserwirtschaft sollte über Effizienzsteigerungen verfolgt werden. Dazu gehören nach Ansicht des ifo-Instituts die verstärkte Bildung von Kooperationen bzw. die Bildung größerer Einheiten, soweit möglich auch in Gestalt von Public-Private-Partnership-Modellen. Hinderlich ist in diesem Zusammenhang jedoch die Zementierung steuerlicher Privilegien für öffentliche Entsorger sowie die erkennbare Tendenz zur Abschottung kommunaler Strukturen. Das Örtlichkeitsprinzip ist im Hinblick auf verbesserte Möglichkeiten überregionaler und auch internationaler Aktivitäten kommunaler Ver- und Entsorgungsunternehmen auf den Prüfstand zu stellen, und der Ausschreibungswettbewerb sollte intensiviert werden.

Ausschreibungsverfahren

Wie in im Rahmen der Studie durchgeführten Expertengesprächen mehrmals hervorgehoben wurde, wäre im Hinblick auf die internationalen Märkte von politischer Seite mehr Unterstützung wünschenswert, was die Einwirkung auf mittelstandsfeindliche Praktiken, z. B. bei Ausschreibungsverfahren, die Mitwirkung in internationalen Gremien und Institutionen der Wasserwirtschaft oder die Wahrnehmung einer Türöffnerfunktion für die deutsche Wasserwirtschaft im Ausland betrifft. DK



The Quality Company – Worldwide

Sie bestimmen die Richtung...

sludge2energy® Klärschlammverwertung

Unsere dezentrale Klärschlammverwertung zur Erzeugung von thermischer und elektrischer Energie ist für Kläranlagengrößen ab 100.000 EW geeignet. Entsorgen Sie Ihren Klärschlamm mit unserer Lösung in eigener Obhut!

Das Verfahren wurde in Zusammenarbeit mit dem  entwickelt.

Gefördert durch: 

www.huber.de

HUBER
TECHNOLOGY

Hans Huber AG · Maschinen- und Anlagenbau · Industriepark Erasbach A1
92334 Berching · Tel.: +49-8462-201-0 · E-Mail: info@huber.de

Beispielhafte Umgehung einer Staustufe

Erster Spatenstich für Umgehungsgerinne Randersacker nach zehnjährigem Interessenkonflikt

An der Staustufe Randersacker soll ein künstlich angelegter Umgebungsbach die Durchgängigkeit für Wasserlebewesen verbessern. Dazu erfolgte jetzt, nach über zehnjährigem, zähen Ringen, der erste Spatenstich. Die Baukosten für das Pilotprojekt in Höhe von rund 500.000 Euro übernimmt der Freistaat.

Mit dem Bau der Umgehung kommt der Freistaat den Anforderungen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie nach. Darin haben sich die Mitgliedstaaten einem „guten ökologischen Zustand“ aller Gewässer bis 2015 verpflichtet. Die Durchgängigkeit von Fließgewässern spielt dabei in Unterfranken eine wichtige Rolle.

Naturnaher Gewässerlauf

Das Umgehungsgerinne Randersacker ist am schiffbaren Main mit seinen insgesamt 34 Staustufen die erste Wanderhilfe dieser Art. Auf einer Länge von 1,3 Kilometern wird ein Höhenunterschied von 3,30 Metern überwunden. Mindestens 1.000 Liter Wasser pro Sekunde werden künftig an der Staustufe vorbeigeleitet.

Der Gewässerlauf wird naturnah gestaltet. Er soll nicht nur die Durchgängigkeit des Flusses verbessern, sondern als eigener Lebensraum das neu gestaltete Mainvorland auf einer Fläche von über drei Hektar aufwerten.

Zähes Ringen

Der Leitende Baudirektor Michael Klüpfel vom Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg sprach beim Spatenstich von einem „langen und intensiven Entwicklungsprozess“ für den Umgebungsbach. Dabei habe die Regierung von Unterfranken bereits vor mehr als zehn Jahren die Initiative ergriffen. Ein zähes Ringen sei vor allem um die Bereitstellung des notwendigen Mainwassers für das Umgehungsgerinne geführt worden. Die Wiederherstellung der ökologischen Durchgängig-

keit an der Staustufe Randersacker, die erste am Main überhaupt, könne nun endlich beginnen. Ein kleiner Teil des Mains werde noch in diesem Jahr um die Staustufe fließen.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer betonte den Wert und Nutzen des Maintals als gewachsene Kulturlandschaft für Freizeit und Erholung der Menschen und Lebensraum vieler Tiere und Pflanzen. In diesem Zusammenhang sei der Main mehr als nur Vorfluter für alle Gewässer Unterfrankens oder Transportmittel für die Schifffahrt. Bereits seit 1994 plane seine Behörde die Gewässerentwicklung für die 27 Stauhaltungen am unterfränkischen Main. Bis Ende 2008 seien alle Pläne, auch für die Stauhaltungen Klingenberg, Wallstadt, Obernau und Kleinostheim, unter Dach und Fach, machte Beinhofer Druck.

Harte Verhandlungen

Bauwerke wie die Staustufe Randersacker stellen für Gewässerorganismen bis hin zu den Fischen große Hindernisse dar. Diese Tatsache sei zum Zeitpunkt der Stauregulierung bekannt gewesen, sagte der Regierungspräsident. Fischtreppen als Lösung des Problems hätten sich als ungenügend erwiesen. Aber die Durchgängigkeit eines Flusses sei für die Aufrechterhaltung der gewässerbiologischen Funktion, seiner artenspezifischen Besiedelung und seines typischen Artenbestandes von entscheidender Bedeutung. Deshalb habe man in den zehn Jahren von der Idee bis zur jetzt begonnenen Umsetzung auch nicht von der Zielsetzung abgelenkt. Als „Verbündete“ bezeichnete Beinhofer das Wasserwirtschaftsamt

Aschaffenburg, die Fischereifachberatung des Bezirks und den Markt Randersacker. Probleme habe es bis zuletzt um das benötigte Mainwasser gegeben. Darüber sei mit dem Konzern E.ON und der Rhein-Main-Donau-AG „hart“ verhandelt worden.

„Saubere“ Energiegewinnung

Den Durchbruch aber hat letztlich kein Richter geschafft sondern die Tatsache, dass an den Staustufen des Mains nach neuer Rechtslage eine „saubere“ Energiegewinnung stattfin-

Besserer Schutz für Bäche und Flüsse

Regierung von Unterfranken macht sich für Wasserrahmenrichtlinie stark

Würzburg. Bis zum Jahr 2015 sollen die Flüsse, Bäche und Quellen der EU-Mitgliedsländer in einem ökologisch guten Zustand sein. So will es die EU-Wasserrahmenrichtlinie. Um dieses Ziel zu erreichen, muss in Unterfranken noch viel getan werden. Denn zahlreiche Gewässer im Regierungsbezirk sind aktuell in keinem guten Zustand, hieß es beim Wasserforum für die Region Unterer Main.

Die Landwirtschaft in Unterfranken trug in den vergangenen Jahren dazu bei, dass das Trinkwasser im Regierungsbezirk stark mit Nitrat belastet ist. Dies

det. Die Einnahmenmehrung aus Ökostrom gleichen dabei letztlich den entgangenen möglichen Gewinn aus umfließendem Wasser zu mehr als 100 Prozent aus. Gewinner sind also alle Beteiligten.

Verbesserte Wassergüte

In einem Ausblick gab der Regierungspräsident der Hoffnung Ausdruck, dass mit Maßnahmen dieser Art die Wanderfische, darunter auch der Lachs, in Zukunft wieder eine Lebenschance im Main haben. Dazu hätten auch die großen Anstrengungen der Kommunen und der Industrie auf dem Gebiet der Abwasserreinigung bereits ihren Anteil geleistet und die Wassergüte des Mains deutlich verbessert. Was der Bezirk Unterfranken in vorbildlicher Weise an den Nebenflüssen des Maines begonnen habe, werde nun vom Freistaat an der Lebensader Main fortgesetzt. □



Spatenstich zum Pilotprojekt eines Main-Umgebungsbachs an der Staustufe Randersacker mit (v. l.) Landrat Waldemar Zorn, Michael Klüpfel (Leitender Baudirektor Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg), Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Paul Lehrieder (MdB), Manfred Ach (MdB) und Bürgermeister Herbert Zeidler. Foto/Text: wkn

Appell zum Weltwassertag:

Frühzeitig Trinkwasserversorgung sichern

Auch im Wasserland Bayern gilt es die Wasserversorgung nachhaltig zu sichern, um mögliche regionale Engpässe in heißen Sommern zu vermeiden. Das betonte Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard anlässlich des Weltwassertages. Bernhard: „Auch wenn Bayern im Vergleich ein wasserreiches Land ist, gilt es Vorsorge für die Zukunft zu treffen. Wenn der kommende Sommer ähnlich heiß und trocken wird wie im Jahr 2003, könnte es vereinzelt wieder eng werden mit der Wasserversorgung kleiner Gemeinden in Nordbayern.“

Im Trockenjahr 2003 mussten einige Ortsteile in Nordbayern mehrere Wochen über Tankwagen mit Trinkwasser versorgt werden. Der Staatssekretär forderte die Kommunen daher auf, sich auf die Folgen der Klimaveränderung frühzeitig einzustellen und gegebenenfalls zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit ein zweites Standbein voranzutreiben. Dies gelte insbesondere für Kommunen, die ihre Einwohner bisher nur über einen einzigen Brunnen mit Wasser versorgen. Hier könnte der Anschluss an überregionale Fernwasserversorgungen, die Bohrung zusätzlicher Brunnen oder Verbundleitungen zu Nachbargemeinden eine Lösung sein. Bernhard lobte in diesem Zusammenhang die Kommunen für ihre nachhaltige Bewirtschaftung des bayerischen Grundwasserschatzes. Es werde nicht mehr Wasser entnommen als die Natur neu bildet.

In Nordbayern haben seit Mitte Januar ergiebige Niederschläge für eine Verbesserung der Grundwasserbilanz gesorgt. Dennoch seien Probleme derzeit nur im Fall eines neuen Jahrhundert-Sommers zu erwarten. Laut Klimastudie könnte dies aber immer häufiger der Fall sein: In Bayerns Norden werden die Sommer heißer und trockener und die Niederschläge im Sommer werden stark zurückgehen.

Süd-Nord-Gefälle

Göttle: „Die Wasserbilanz zeigt: Vor allem im regenarmen Unterfranken wird sehr viel weniger Grundwasser neu gebildet als im Süden des Freistaats. Die Grundwasservorkommen sind hier außerdem oft nur lokal bedeutsam und aus geologischen Gründen weniger ergiebig.“ Für den Ausgleich sorgen in Nordbayern unter anderem sechs überregionale Fernwasserversorgungen.

Bayerns Wasserreichtum weist ein deutliches Süd-Nord-Gefälle auf: während es an den Alpen pro Jahr bis zu 2000 Liter Regen pro Quadratmeter gibt, regnet es in weiten Teilen Frankens nur durchschnittlich 650 Liter. Rund ein Viertel dieser Niederschläge gelangt im Jahresdurchschnitt durch Versickerung bis ins Grundwasser und füllt dort die Vorräte auf. □

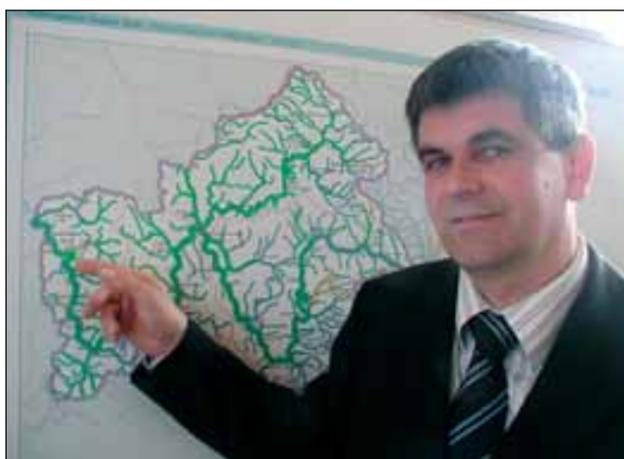
Niedrige Grundwasserstände

Die Grundwasservorräte sind nach den Worten von Albert Göttle, Präsident des Landesamts für Umwelt in manchen Regionen heuer weniger gut gefüllt als vor einem Jahr. In Südbayern sind die Grundwasserstände niedrig und unterschritten in vielen Gebieten die langjährigen Mittelwerte deut-

fertig gestellt sein muss, geht deshalb Anfang 2009 in ein Anhörungsverfahren. Bis Juni 2009 dürfen Bürger, Kommunalpolitiker und Verbandsvertreter Stellung zu den vorgeschlagenen Maßnahmen für einen besseren Schutz der Fließgewässer und des Grundwassers nehmen.

Der Bund Naturschutz (BN) wird sich nach Auskunft des BN-Wasserexperten Sebastian Schönauer (Rothenbuch im Kreis Aschaffenburg) auf jeden Fall an der Umsetzung der Richtlinie beteiligen. Während des Wasserforums machte Schönauer darauf aufmerksam, dass der Freistaat viel zu lax gegen den Nitratreintrag ins Grundwasser durch die Landwirtschaft vorgeht. Die Verwendung von bis zu 240 Kilo Stickstoffdünger pro Hektar landwirtschaftlicher Fläche werde im Freistaat geduldet. Dies ist aus BN-Sicht inakzeptabel.

Die Wasserrahmenrichtlinie wurde von der EU im Jahr 2000



Laut Klaus Maslowski vom Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg werden die unterfränkischen Flüsse, Bäche, Quellen und Brunnen an mehr als 230 Messstellen überwacht. Foto: Pat Christ

betrifft laut Heribert Januszewski von der Regierung von Unterfranken die Quellen und Brunnen in der Untermainebene um Aschaffenburg sowie die Grundwasservorkommen im Gebiet der Mainfränkischen Platten zwischen Bad Kissingen und Würzburg. Den vorliegenden Daten zufolge ist fast die Hälfte des unterfränkischen Grundwasservorkommens aktuell in keinem guten ökologischen Zustand.

Ein noch größeres Umweltproblem ist laut Axel Bauer von der Regierung von Unterfranken die mangelnde Durchlässigkeit der Flüsse und Bäche für Fische. Aktuell ist den Analysen der unterfränkischen Wasserwirtschaftler zu erwarten, dass nur 23 Prozent der Fließgewässer im Regierungsbezirk in einem guten Zustand sind, was ihre Struktur anbelangt. Vor allem die Wasserstraße Main ist durch die Ausbaumaßnahmen der vergangenen Jahre in seiner natürlichen Struktur stark verändert.

In den kommenden Monaten müssen die für Wasserwirtschaft zuständigen Behörden in Unterfranken zusammen mit den Kommunen und Verbänden Maßnahmen entwickeln, um

wickelt werden. Zwischen den Jahren 2009 und 2015 sind die Maßnahmen umzusetzen.

Nicht alle Gewässer werden, wie es die Rahmenrichtlinie vorsieht, bis 2015 in einem guten Zustand sein. Das ist allen Beteiligten klar. Auch die Macher der Richtlinie wussten, dass es sich um eine ehrgeizige Vorgabe handelt. EU-Mitgliedsstaaten, die das Ziel nicht erreichen, können zweimal Fristverlängerung für jeweils sechs Jahre beantragen.

Selbst bis 2027 wird der Main nicht in einem ökologisch guten Zustand sein können, so Axel Bauer. Die Wasserstraße ist stark verbaud, eine Renaturierung scheint nicht möglich. In diesem Fall muss laut der Wasserrahmenrichtlinie zumindest das „ökologische Potenzial“ des Flusses im Vergleich zur derzeitigen Bestandsaufnahme deutlich verbessert sein.

Anhörungsverfahren

Die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie sieht eine starke Beteiligung der Öffentlichkeit vor. Das unterfränkische Maßnahmenprogramm, das bis Ende nächsten Jahres

Regionales Wasserforum der Regierung von Oberfranken:

Gemeinsam zu intakten Gewässern

Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie macht auch in Oberfranken zunehmend Aktivitäten erforderlich, um dem Ziel „guter Gewässerzustand“ näher zu kommen. Das 3. Regionale Wasserforum der Regierung von Oberfranken für die Planungsräume „Oberer Main“ und „Eger-Saale“ informierte über das derzeit laufende Anhörungsverfahren, die begonnene Gewässerüberwachung und die nun folgenden Schritte zur Erstellung des Bewirtschaftungsplans.

Die Veranstaltung gab zunächst einen Überblick über die Arbeit der vergangenen Jahre, die zur vorläufigen Bestandsaufnahme der Oberflächengewässer und des Grundwassers geführt hat. Die Bestandsaufnahme beurteilt die Gewässer, ob der gute Zustand als Ziel der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie erreicht, unwahrscheinlich oder noch unklar ist. Diese Beurteilung wird nun durch die angeleitete Gewässerüberwachung, das sog. Monitoring, überprüft und gegebenenfalls angepasst.

2006 wurden dazu die Messstellen und die Überwachungsprogramme festgelegt und zum 22. März 2007 nach Brüssel gemeldet. Das Regionale Wasserforum erläuterte die Aufstellung der Monitoringprogramme und zeigte auf, nach welchen Kriterien untersucht wird.

Ebenfalls bereits im Dezember 2006 begann die Anhörung zum Arbeitsprogramm und zum Zeitplan als Richtschnur für die

Abwicklung der Aufgaben nach der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Noch bis Ende Juli besteht jetzt für alle Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit, zu den geplanten Arbeitsschritten und Terminen Stellung zu nehmen. Dies ist am schnellsten direkt über das Internet unter www.wasserrahmenrichtlinie.bayern.de oder bei den Wasserwirtschaftsämtern Hof und Kronach sowie bei der Regierung von Oberfranken möglich.

Beteiligung der Kommunen

Unter dem Motto „Der Weg zum Bewirtschaftungsplan“ wurden Informationen über die Bestandteile des Bewirtschaftungsplans und dazu, welche Bearbeitungsschritte bis 2009 zu leisten sind, geliefert. In den nächsten einhalb Jahren sollen unter aktiver Beteiligung der Kommunen und Verbände Maßnahmenprogramme erarbeitet werden. DK

demopark und demogolf 2007:

„Natur trifft Technik“

5. internationale Freilandausstellung in Eisenach

Die Vorbereitungen zur großen internationalen Freilandausstellung demopark, die vom 17. bis 19. Juni 2007 zum zweiten Mal auf dem Flugplatz Eisenach-Kindel in Eisenach stattfinden wird, laufen auf Hochtouren. Wenn es dann wieder heißt: „Natur trifft Technik“, können sich Besucher aus ganz Europa über neue Trends in der Mechanisierung der „Grünen Branche“ informieren. Erstmals findet zeitgleich die demogolf statt, die speziell den Besuchern, die mit Golfplatzmanagement und Pflege von Golfplätzen befasst sind, umfassende Informationen bieten wird.

Die Vermietung von Ausstellungsflächen für beide Ausstellungen läuft sehr gut, das berichten die Veranstalter der demopark, der VDMA Landtechnik und die Messe Fulda GmbH. Mit Ausstellern aus bisher elf Ländern zeichnet sich auch eine sehr gute internationale Beteiligung ab.

Erfolgstrend ungebrochen

Die vierte demopark war trotz der Standortverlagerung von Fulda nach Eisenach die erfolgreichste ihrer Geschichte. Mit einer Steigerung der Besucherzahl um 16 Prozent auf 25.746 schloss die demopark 2005. Mit 370 Ausstellern aus 15 Ländern war das Produktangebot so umfassend wie nie. Mit diesem positiven Ergebnis hat die demopark ihre Bedeutung als Europas größte Freilandausstellung für den Garten- und Landschaftsbau und Kommunaltechnik weiter ausgebaut. Fast 90 Prozent der Aussteller hatten 2005 angegeben, auf der nächsten demopark im Jahr 2007 wieder auszustellen.

Neues Angebot

Das erfolgreiche Konzept der demopark wird ab 2007 auf den Ausstellungsbereich Golfplatz ausgedehnt. Auf einer eigenständigen in die demopark integrierenden Ausstellung wird erstmalig die demogolf stattfinden. Das Angebot umfasst alle Bereiche um den Golfplatz für Planer und Betreiber von Golfplätzen, Golfplatzbauer und Greenkeeper.

Praktische Vorführungen von Pflegemaschinen für Golfplätze auf speziellen Grünflächen werden erstmalig auf der demogolf im Jahr 2007 zu sehen sein. Dafür wurden eine Fläche von 10 x 50 m mit Abschlagsra-

sen und eine Fläche von 20 x 50 m mit Fairwayrasen für die Maschinenvorfürungen angesät. Diese Flächen stehen ausschließlich den Geräteherstellern zur Verfügung.

Rasensorten in Einzelparzellen

Auf der restlichen Fläche wurden in Absprache mit den Züchtern die wichtigsten Rasensorten in Einzelparzellen angesät. Somit kann der jeweilige Saatgutlieferant, der sich an der demogolf beteiligt, seinen Kunden die einzelnen Sorten demonstrieren. Die Besucher der demogolf können sich auch alleine anhand der Beschriftung der Parzellen ein Bild von der jeweiligen Sorte machen. Es können somit Vergleiche hinsichtlich Blatttextur, Blattfarbe, Narbendichtheit, ebenso eventuelle Krankheitsanfälligkeiten etc. angestellt werden.

Vollständiges Ausstellungsprogramm

Das Ausstellungsprogramm von demopark und demogolf umfasst die folgenden Fachgruppen:

- Grünflächenpflege
- Platz- und Wegebau
- Kehren und Winterdienst
- Baum- und Gehölzpflege
- Kommunaltechnik
- Golfplatzbau, -pflege und -Ausstattung.

Das einmalige Preis-/Leistungsverhältnis für Aussteller und Besucher, ein vollwertiges Produktangebot mit Maschinenvorfürungen und die gute Erreichbarkeit in der Mitte Deutschlands sind einzigartig für die neue Ausstellungs-kombination: demopark und demogolf, die sich in idealer Weise ergänzen. □



Der neue Geräteträger kann für vielfältige Aufgaben im kommunalen Bereich eingesetzt werden. □

Neuheit auf Eisenacher Ausstellung:

Mini-Geräteträger von Holder

Die Holder Maschinenbau GmbH baut ihre Produktpalette weiter aus. Nach der Ergänzung durch die Leiber-Fahrzeuge wird jetzt das Geräteträger-Segment nach unten abgerundet. Das Metzinger Traditionsunternehmen stellt auf der demopark/demogolf in Eisenach erstmals diesen neuen Mini-Geräteträger vor: einen kleinen, wendigen und leistungsstarken Geräteträger, der für vielfältige Aufgaben im kommunalen Bereich, bei Dienstleistern und im Facility-Sektor ganzjährig eingesetzt werden kann.

Das Modell verfügt über die typischen Holder-Konstruktions-Merkmale: Knicklenkung, permanenten Allradantrieb und vier gleich große Räder. Sie tragen ebenso zur Wendigkeit und Fahrstabilität bei wie der lange Radstand von 1.320 mm.

Hydrostatischer Antrieb

Ausgestattet wird der Geräteträger - erstmals bei Holder - mit einem Perkins-Motor, der beachtliche 27 PS leistet und ihm eine Geschwindigkeit von knapp 30 km/h erlaubt. Der Fahrtrieb erfolgt hydrostatisch.

Geräumige Kabine und gute Rundumsicht

Zu den konstruktiven Neuheiten gehört die zentrale, durch die Geräteaufnahme an der Fahrzeugfront geführte Mittelabsaugung, die beim Einsatz von Kehrsaugkombinationen zum Tragen kommt. Als weitere Anbaugeräte kann der kleine Geräteträger z. B. Räumschilde, Bürsten und Streuer für den Winterreinsatz aufnehmen.

Für den Geräteanbau bzw. Gerätewechsel wird nur ein Mann benötigt. Der Umbau erfolgt werkzeuglos und ist in

wenigen Minuten realisierbar.

Charakteristisch für die ungewöhnlich geräumige Einmann-Kabine sind die sehr gute Rundumsicht auf das jeweilige Arbeitsfeld und die übersichtliche, ergonomische Anordnung der Bedienelemente, die elektrohydraulisch funktionieren. Die Kabine verfügt über eine zweite Tür, nach deren Öffnung im Service-Fall der Zugriff auf die Elektrik und Heizung optimal ist. Ungewöhnlich für einen Geräteträger dieser Größe: Eine Klimaanlage ist in Vorbereitung (als Option).

Abgaswerte

Der Motor erfüllt die Abgaswerte der Stufe 3A und Tier 4. Da er auch die sonstigen Voraussetzungen mitbringt, verfügt der kleine Holder über eine europaweite Abnahme inklusive der Straßenverkehrszulassung. Der neue Mini-Geräteträger von Holder wird im September 2007 in Serie gehen.

Weitere Informationen:

Daniel Pfeiffer, Holder Maschinenbau GmbH, Max-Holder-Straße 1, 72555 Metzgingen, Tel. 07123/966-221, Fax 07123/966-213, E-Mail: d.pfeiffer@holder-gmbh.com, www.holder-gmbh.com □

Bayerischer Landschaftspflegekongress in Straubing:

„Grüne Energien“ im Visier

Beim Bayerischen Landschaftspflegekongress 2007 in Straubing widmete sich auf Einladung der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL) eine Reihe von Fachleuten dem Thema „Nachwachsende Rohstoffe“. Diese vermeiden nach Auskunft von Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard in Bayern rund 6,6 Millionen Tonnen CO₂ und leisten damit einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz.

Bernhard zufolge bieten Klimamaschinen und „grüne Energien“ große ökonomische Chancen für den ländlichen Raum, „weshalb wir sie entschlossen, aber ökologisch verträglich nutzen müssen“. Bayern nehme bei der grünen Energie vom Acker schon heute eine Spitzenposition ein: Biomasse deckt rund 4,4 Prozent des Primärenergieverbrauchs - bundesweit sind es 3,3 Prozent. Jedes Jahr werden so rund 2,5 Milliarden Liter Heizöl eingespart, das entspricht 80.000 Tankzügen. Dieser Vorsprung solle weiter ausgebaut werden.

Den Weg weisen

Langfristig könnten bis zu 16 Prozent des Primärenergieverbrauchs aus Biomasse gedeckt werden. Bei aller Notwendigkeit, grüne Energie weiter auszubauen, gelte es aber so Bernhard, dies in Einklang mit den Zielen von Naturschutz und Landschaftspflege zu tun. Die Landschaftspflegeverbände könnten mit ihrer Kompetenz hier den Weg weisen, beispielsweise durch ihr aktuelles Pilotprojekt „Umwelt- und naturverträgliche Produktion nachwachsender Rohstoffe“.

Landschaftspflegeverbände sind nach den Worten des Staatssekretärs das Rückgrat eines nachhaltigen Naturschutzes in Bayern und haben entscheidenden Anteil an der Bewahrung der typisch bayerischen Kulturlandschaften. Sie sind auf fast zwei Drittel der Landesfläche Bayerns

kompetente Partner zur Erhaltung der Naturlandschaft und organisieren mittlerweile fast die Hälfte aller Pflegemaßnahmen. Über 10,4 Millionen Euro hat das Umweltministerium im vergangenen Jahr für das Landschaftspflege- und Naturparkprogramm aufgewendet. In 51 bayerischen Landkreisen arbeiten heute LPV am Aufbau eines flächendeckenden Netzes naturnaher Lebensräume, wie z.B. dem BayernNetz Natur mit. Mit ihren konkreten Projekten betreiben sie erlebbaren Naturschutz, hob der Staatssekretär hervor. 2006 hätten die LPV über 1600 Einzelmaßnahmen organisiert und betreut - Tendenz weiter steigend.

Wertschöpfung

Nachwachsende Rohstoffe müssten Wertschöpfung in die Landwirtschaft bringen, aber auch umweltverträglich erzeugt werden, betonte der CSU-Bundestagsabgeordnete Josef Göpel. Dann habe das Thema Rückhalt in der Bevölkerung und den nötigen politischen Rückenwind, um kontraproduktive Steuerpläne von Finanzminister Peer Steinbrück - siehe Biosprit und Biogasanlagen - zu stoppen. Einen Widerspruch zwischen Landschaftspflege und intensiver Landwirtschaft mit nachwachsenden Rohstoffen konnte Göpel nicht erkennen - im Gegenteil. Auf einem Getreidefeld, dessen Ertrag in einer Biogasanlage verwertet würde, könnten mehr Wiesenkrauter und -blumen toleriert werden als andernorts.

Jeder kann profitieren

Auch Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich, Leiter des Wissenschaftszentrums am Straubinger Kompetenzzentrum, versicherte, nachwachsende Rohstoffe gingen nicht zu Lasten des Naturschutzes, man dürfe dabei nicht nur an Mais und Raps denken. Wenn der Anteil erneuerbarer Energien deutlich erhöht würde, dann gebe es auf allen Seiten - Landwirtschaft, Umweltschutz, Energieerzeugung und Tourismus - nur Gewinner, zeigte sich Faulstich überzeugt. DK

Technische Daten

- Leergewicht ohne Fahrer: 940 kg
- Gesamtlänge mit Heckdreipunkt: 2.700 mm
- Gesamthöhe mit Kabine: 1.950 mm
- kleinste Spur: 750 mm
- geringste Gesamtbreite: 975 mm
- Pritschenmaße: 1.200 x 800 mm
- Knicklenkung mit zwei Lenkzylindern
- Wenderadius: 2050 mm
- Tankvolumen: Dieseltank: 27 l, Hydrauliktank: 15 l. □

LADDE

Bärenstark!

Stadtmüllsauger Leichtmüllverdichter

BERTSCHE

www.bertsche-online.de

BERTSCHE KOMMUNALGERÄTE
Hüfanger Straße 47 · 78199 Bräunlingen
Tel. 0771 9235-0 · Fax 0771 9235-30
info@bertsche-online.de
www.bertsche-online.de

Mit Erdgas von der ESB:

Für kommunale Aufgaben umweltschonend mobil.



Sorgen Sie mit Erdgas für Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit im öffentlichen und kommunalen Nahverkehr. Ob in Linienbussen oder Betriebsfahrzeugen, bei der Abfallentsorgung oder Straßenreinigung - für Erdgas als Antriebsenergie sprechen viele Argumente. Wirtschaftlichkeit durch günstigen Kraftstoffpreis, Umweltschutz durch geringe Schadstoffemissionen und Energieeffizienz durch sparsamen Verbrauch. Vor allem im öffentlichen Personen-Nahverkehr

ist Erdgas stark gefragt. So sind in Bayern bereits 250 Erdgasbusse auf Linienstrecken unterwegs - das ist die größte Erdgas-Busflotte in Deutschland. Die ESB unterstützt diese Entwicklung - durch Investitionen in Tankstellen und Beratung bei der Planung. Nutzen Sie die Möglichkeiten!

Mehr Infos und Beratung in Ihrem ESB-ServiceCenter vor Ort.

ESB
Erdgas Südbayern

Wir sind Aussteller bei der demopark 2007 in Eisenach
Freigelände Stand D457

Erdgas Südbayern GmbH · Ungsteiner Straße 31 · 81539 München · E-Mail: info@esb.de · www.esb.de



Mit dem neuen Telematiksystem können wesentliche Geschäftsprozesse nunmehr effizienter gestaltet werden. □

Winterdienst mit Mobidat:

Zeitraffer für Geschäftsprozesse

Mehr Effektivität, Kostendisziplin und Rationalisierung: Diese aktuellen Forderungen bestimmen auch im Landkreis Traunstein den Alltag des Straßen- und Winterdienstes. Mit der Einführung des Telematiksystems Mobidat im Winter 2005/2006 konnte der Landkreis-Bauhof wesentliche Geschäftsprozesse effizienter gestalten und auf Minuten verkürzen.

Beim früheren, manuellen Berichtswesen ließen sich die Einsatzfähigkeiten auf unterschiedlichen Verkehrsflächen nicht genau genug differenzieren, da die Fahrer im laufenden Einsatz nicht jeden Meter protokollieren konnten. Als Pilotanwender des neuen kommunalen Finanzwesens forderte die Tiefbauverwaltung des Landkreises jedoch präzise Nachweise, um die geleisteten Räum- und Streudienste exakt mit den anderen Kosten- und Dienststellen wie Schulen, Kommunen usw. abrechnen zu können.

Die Berichte der Fahrer mussten zudem langwierig in Excel-Tabellen übertragen und den Verkehrsflächen, Kostenstellen und „Kunden“ zugeordnet werden. Die Ergebnisse gingen zur Prüfung an die betroffenen Dienststellen und erst danach konnten die Rechnungen ausgestellt werden. Dieser Geschäftsprozess

nahm zum Teil mehrere Monate in Anspruch. Mit dem Telematiksystem Mobidat erfolgt die Zuordnung der geleisteten Räum- und Streudienste heute vollautomatisch und metergenau.

Der Mobidat-Bordrechner ermittelt laufend den Standort und Weg des Fahrzeugs anhand der GPS-Satellitendaten. Er sendet die Positionsdaten wie alle anderen Einsatz- und Verbrauchsdaten via Mobilfunk an einen Internetserver. Auf dem Server werden die Informationen mit einer digitalen Karte verknüpft. Sie enthält die unterschiedlichen Verkehrsflächen des Kreisgebiets. Damit kann der Bauhof einen lückenlosen, nicht manipulierbaren digitalen Nachweis über die geleisteten Räum- und Streudienste vorlegen und innerhalb von Minuten nach dem Einsatz seinen „Kunden“ eine Rechnung ausstellen. □

Hilfen beim Kampf gegen den Borkenkäferbefall

Info-Veranstaltung der Regierung der Oberpfalz

Hemau. Auf die dramatische Lage für die Wälder durch die Borkenkäfer hat die Regierung der Oberpfalz vor kurzem aufmerksam gemacht. Bei einer Veranstaltung zusammen mit Einrichtungen des Landwirtschafts-, Wald- und Forstbereiches informierte sie in den Wäldern des Tangrintal rund um Hemau (Landkreis Regensburg) über die brisante aktuelle Situation.

Die Fachleute der Behörden waren sich darin einig, dass der milde Winter sowie der im Januar tobende Orkan Kyrill und schließlich die sommerlichen Temperaturen ab Anfang April den Buchdruckern und Kupferstechern ideale Brut- und Ausbreitungsmöglichkeiten gegeben haben.

Den Waldbesitzern, Land- und Forstwirten rieten sie, eine saube-

re Wald- und Forstarbeit zu betreiben, um den Schädlingen Paroli zu bieten. „Die Regierung will zusammen mit den Fachbehörden Hilfs- und Beratungsangebote bieten und die Sorgen der Waldbesitzer in die Öffentlichkeit sowie in die Politik transportieren“, gab Regierungsvizepräsident Johann Peißl als Zielsetzung der Veranstaltung an.

Markus Bauer

Aebi und Schmidt unter einem Dach

Schmidt und Aebi gehen zusammen - mit dieser auch für Insider völlig überraschenden Nachricht traten in der vergangenen Woche der schweizerische und der deutsche Hersteller von Kommunaltechnik an die Öffentlichkeit. Der neue Betrieb wird nun als Aebi-Schmidt-Gruppe von Busnang in der Schweiz, dem Sitz von Aebi, geführt.

Voraussetzung dafür war der Verkauf der Schmidt-Anteile durch die BMK GmbH, einer Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, die zuletzt die Mehrheitsanteile gehalten hatte. Der Zusammenschluss steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Kartellbehörden. Künftig wird es die Produktgruppen Landwirtschaft und Kommunal geben.

Mit Ausnahme der Kehrmaschinen von MFH unter der Aebi-Flagge kennen die Produktpaletten beider Häuser keine Überschneidungen. Aebi baut hangtaugliche Geräteträger und Transporter sowie kleine knickgelenkte Geräteträger (ehemals Rasant in Österreich) und Einachsmähgeräte, Schmidt neben kompletten Kehrmaschinen und Kehraufbauten für Lkw Streugeräte, Schneepflüge und Schneefräsen sowie Spezialgeräte für den Winterdienst auf Flughäfen. Bei Schmidt arbeiten derzeit weltweit rund 1200 Menschen - davon 450 am Stammsitz St. Blasien - und bei Aebi 440.

Beide Betriebe gelten als gesund und erfolgreich, sie sehen den Zusammenschluss als strategische Entscheidung für die Zukunft für ihre Positionierung auf dem Weltmarkt. Schmidt verzeichnete zuletzt einen Umsatz von umgerechnet 218 Millionen Euro, Aebi von 73 Millionen Euro. An eine Schließung von Standorten ist laut Pressemitteilung nicht gedacht. Matthias Röcke

Bad Birnbach mit bundesweiter Premiere:

Golfplatz in Eigenregie

Golfakademie, Driving Range, Übungsgrüns, Neun-Loch-Kurzplatz und 18-Loch-Spielgolf: Der jetzt offiziell eröffnete erste Teil des Bella Vista Golfparks Bad Birnbach setzt neue Maßstäbe, stellt er doch die erste und bislang einzige kommunale Golfanlage Deutschlands dar.

Insgesamt investierte der Markt als Erbauer und Betreiber rund 6,5 Millionen Euro. Im Spätsommer dieses Jahres soll der gesamte Bella Vista Golfpark, der seinen klingenden Namen der traumhaften Aussicht auf das Rottal und die Alpen verdankt, eröffnet werden. Damit bietet das Rottal dann nicht nur eine deutschlandweit einzigartige Bäderlandschaft, sondern hat mit zwölf Golfplätzen, verteilt auf drei Heilbäder, auch die größte Golfplatzdichte.

Pachtverträge auf 30 Jahre

Die Suche nach Investoren und Betreibern für das geplante Vorhaben gestaltete sich zunächst problematisch, stellt Bürgermeister Erwin Brummer rückblickend fest. Deshalb entschloss sich die Gemeinde Bad Birnbach, das Projekt selber anzupacken und hat dafür eines der schönsten Landschaftsareale gefunden, den Aunhamer Höhenpark. Innerhalb kurzer Zeit wurden Pachtverträge auf 30 Jahre geschlossen. Das Landratsamt als Genehmigungsbehörde konnte dank vorausschauender Planung innerhalb kürzester Zeit die Teilbaugenehmigung für den ersten Bauabschnitt, die Driving Range und den Golfübungsplatz erteilen. Nach intensiven Investitionsrech-

nungen kam man zu der Überzeugung, auch den Betrieb selbst in die Hand zu nehmen und den Golfpark organisatorisch und wirtschaftlich in die Gemeindewerke einzugliedern.

Die exponierte Lage des Platzes mit seinen Panoramablickens ins Rottal stellt einen Wert an sich dar und die Nähe zum Kurort und zur Rottal Terme schafft ideale Voraussetzungen für die Kombination Golfen und Thermalbäder. Vor allem die Gruppe der „Noch-nicht-Golfer“ wird in Bad Birnbach eine Rolle spielen. Er-schwingliches Golfen für jedermann lautet die Maxime. Günstige Einführungsbedingungen, Verzicht auf eine Aufnahmegebühr und erschweringliche Monatsbeiträge ab 30 Euro sollen frischen Wind in Deutschlands Golfstruktur bringen.

Schönes Landschaftsareal

Auch die Nähe zum Ort und die Anbindung an die Wanderwege sowie die Gestaltung von Wasserlandschaften und Ruhezone wird den Nichtgolfern zugute kommen. „Auf dem 68 Hektar umfassenden Areal wurden rund 10.000 Bäume und Sträucher gepflanzt, Wander- und Walkingwege wurden in sicherer Entfernung gekonnt angelegt und auch das Spiel mit dem Element Wasser konnte mit zahlreichen Bachläufen und Biotopen exzellent gelöst werden“, berichtet Rathauschef Brummer, der gleichzeitig als „Motor“ des Bad Birnbacher Golfparks gilt.

Ogleich er kein aktiver Golfer ist, betrachtet Brummer die Anlage als wichtige Investition in die Zukunft des Kurortes. Er sei stolz, dass es gelungen sei, in einer so kurzen Planungs- und Bauzeit von nur einhalb Jahren einen so schönen Golfpark zu realisieren. Für Bad Birnbach bedeute dies nicht nur eine Attraktivitätssteigerung in der Infrastruktur, „vielmehr gewinnt der ganze Ort durch die naturnahe Gestaltung an ökologischer Qualität“. Der Ort erwarte sich auch zusätzliche Gäste, die nicht zuletzt durch den geplanten Neubau eines Golf- und Gesundheitshotels angelockt werden sollen. DK

Fahrzeugzentrum Schnelldorf:

Kompetenter Partner der Kommunen ...

... und Hersteller von Spezialaufbauten für Nutzfahrzeuge

„Geht nicht gibt's nicht“ lautet die Devise, nach der im 1997 gegründeten Fahrzeugzentrum Schnelldorf (www.fahrzeugzentrum.de) gearbeitet wird. Als Spezialaufbau-Hersteller für Nutzfahrzeuge aller Art genießt das zur Firmengruppe Stegmaier, Crailsheim (siehe Kasten) gehörende Unternehmen einen herausragenden Ruf.

Entwicklungs- und Vertragspartner sind die Nutzfahrzeug-Sparte der Stegmaier-Gruppe und das Münchner Traditionsunternehmen F. X. Meiller, so dass innovative Kompetenz auf höchstem Niveau garantiert ist. 18 Mitarbeiter, darunter vier im Büro, bilden ein eingespieltes Serviceteam. Geschäftsführer ist Hartmut Heske.

Vielfältiges Leistungsspektrum

Der in der Nähe des großen Autobahnkreuzes der A6 (Heilbronn-Nürnberg) und der A7 (Ulm-Würzburg) günstig an der Autobahnauffahrt Feuchtwangen gelegene Betrieb ist besonders serviceorientiert. Die Fahrzeugzentrum Schnelldorf GmbH bietet ein umfangreiches Leistungsspektrum, das von der Fahrzeugvermietung über den An- und Verkauf von Fahrzeugen bis hin zu einem umfangreichen Dienstleistungsangebot im Bereich der Fahrzeugwartung und Instandsetzung reicht. Durch Synergien mit qualifizierten Partnern und Verbundfirmen können Kundenwünsche schnell und individuell erfüllt werden.

Aufbauten für Müllfahrzeuge gehören zu den Spezialitäten des Fahrzeugzentrums. Mit Helmut Lechner steht den 14 Mitarbeitern in diesem Bereich ein erfahrener Praktiker zur Verfügung, der die Aufbauten für die Haus-, Gewerbe- und Sperrmüllentsorgung in enger Abstimmung mit den Kunden in Schnelldorf fertigt und montiert. Seine Spezialkenntnisse

kommen auch dem BFS-Vermietungspool zu Gute: Unter dem Label der BFS (Business Fleet Services) fahren rund 30 Müllfahrzeuge der Stegmaier-Gruppe mit langjährigen Mietverträgen überwiegend bei professionellen Entsorgungsfirmen im süddeutschen Raum, aber auch bei Kommunen.

Fantastisches Mietgeschäft

„Wie in der gesamten BFS-Gruppe läuft auch das Mietgeschäft in Schnelldorf fantastisch“, berichtet Geschäftsführer Hartmut Heske. Eine Auslastungsquote von 90 Prozent und überwiegend langfristige Vermietungen sprechen für sich.

Kontakt: Fahrzeugzentrum Schnelldorf GmbH, Nikolaus-Otto-Straße 8, 91625 Schnelldorf, Telefon 07950/9888-0, www.fahrzeugzentrum.de DK

„Mutterfirma“ des Fahrzeugzentrums Schnelldorf GmbH ist die Unternehmensgruppe Stegmaier, die heuer ihr 80-jähriges Jubiläum feiert. Hermann Stegmaier sen. legte 1927 den Grundstein, in dem er eine freie Kfz-Werkstatt gründete. Heute gehören zur Stegmaier-Gruppe zehn Unternehmen mit rund 350 Mitarbeitern. Ob MAN-Vertragspartner, Autohaus oder Reisebüro: Stegmaier sorgt dafür, dass seine Kunden mobil sind und mobil bleiben. DK

Volkswagen Nutzfahrzeuge mit Rekord-Quartal

Mit der weltweiten Auslieferung von 110.100 Großraumlimousinen, Freizeitfahrzeugen, leichten Nutzfahrzeugen, schweren Trucks und Volksbussen hat Volkswagen Nutzfahrzeuge (VWN) im ersten Quartal 2007 erneut einen Verkaufsrekord erreicht.

Dies gab der Sprecher des Vorstands von Volkswagen Nutzfahrzeuge, Stephan Schaller, auf einer Pressekonferenz in Sao Paulo bekannt. Für den Zeitraum Januar bis März 2007 bedeutete dies einen abermaligen Zuwachs von 10,6 Prozent (Januar bis März 2006: 99.500 Auslieferungen).

„Volkswagen Nutzfahrzeuge hat nach dem sehr erfolgreichen Jahr 2006 im ersten Quartal dieses Jahres seine Rekordfahrt fortgesetzt“, so Schaller. „Dies ist das beste erste Quartal in der Ge-

schichte von Volkswagen Nutzfahrzeuge. Diese Erfolgswerte sind unsere Motivation, dass wir den richtigen Weg verfolgen.“

Die in Europa produzierten Baureihen Caddy, T5 und Crafter erzielten gegenüber dem Vorjahr erzielten gegenüber dem Vorjahr eine weltweite Verkaufssteigerung von 10,9 Prozent auf 87.700 ausgelieferte Fahrzeuge (VJ: 80.600). In ihrem Heimatmarkt Brasilien nehmen die Volkswagen Trucks mit einem Marktanteil von 30,9 Prozent weiterhin die Marktführung ein. □

BFS rent
Die Truckvermieter

Kommunalservice - das optimale Sortiment!

Vertragspartner von **MAN Finance** für Kommunalvermietung
Rental

Fahrzeugzentrum Schnelldorf GmbH * Nikolaus Otto Str. 8 * 91625 Schnelldorf * Tel. 07950/98 88-0, Fax -88 * www.fahrzeugzentrum.de

Erfassung Übermittlung Auswertung

Merkmale von MOBIDAT:

- ✓ Störungsfreier Dauerbetrieb
- ✓ Einfachste Anwendung
- ✓ Kundenspezifische Auswertungen
- ✓ Weiterverarbeitung der Daten
- ✓ Erfassung sämtlicher Anbaugeräte
- ✓ Günstige drahtlose Datenübertragung
- ✓ Patentgeschütztes System

Starten Sie durch, mit effizienter Betriebsdatenerfassung.

Profitieren Sie von der nutzenbringenden Auswertesoftware. Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck. Tel. 0 80 35/9 64 63-0 * www.mobidat.de

Jetzt testen!

77. Mercedes-Benz Econic an Berliner Stadtreinigung übergeben

Einsatz als Müllsammelfahrzeuge -Econic seit IAA 2006 optisch und technisch umfassend aufgewertet

Das letzte von 77 Mercedes-Benz Econic Müllsammelfahrzeugen wurde jetzt im Werk Wörth an die Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) übergeben. Es handelte sich um einen Econic 2629 LL 6x2/4 (286 PS, Luftfederung vorne und hinten, von 6 Rädern 4 gelenkte und 2 angetriebene Räder) mit elektrohydraulisch gelenkter Nachlaufachse und Müllaufbau der Firma Haller. Insgesamt wurden damit seit vergangenem Dezember 71 Econic in unterschiedlichen Radstandsvarianten für das Einsammeln von Hausmüll (davon 61 mit Haller-Aufbau und zehn mit Aufbau von Faun) und sechs Econic für den Sperrmüll (Aufbau von Haller) an die BSR übergeben.

Die BSR entsorgt Müll von 1,8 Millionen Haushalten, indem sie regelmäßig 240 000 Ladestellen ansteuert und 420 000 Abfallbehälter entleert. Im Einsatz sind 295 Entsorgungsfahrzeuge, davon 174 mit Stern, hiervon wiederum 50 Econic mit Erdgasantrieb. Neben den Econic hat die BSR auch zahlreiche Mercedes-Benz Unimog als Kehrfahrzeuge im Einsatz, die unter anderem bei Großveranstaltungen, wie der Loveparade, für saubere Straßen sorgen.

Beliebtes Müllsammelfahrzeug

Der Mercedes-Benz Econic erfreut sich großer Beliebtheit als Müllsammelfahrzeug unter anderem deswegen, weil das häufige Ein- und Aussteigen leicht vonstatten geht: dank eines niedrigen Einstiegs - nur eine Trittstufe bis zum ebenen Fahrerhausboden - und einer automatisch weit öffnenden Falttür mit 620 mm lichter Öffnung. Weitere Pluspunkte sind ein kleiner Wendekreis, bis zu vier Sitzplätze, 1,93 m Stehhöhe und Automatikgetriebe. Zur IAA 2006 erhielt er eine kräftige Aufwertung, die in Optik und Technik neue Maßstäbe setzt und etliche neue funktionelle Details mitbringt.

Ausstattung des Fahrerhauses deutlich aufgewertet

Äußerlich orientiert sich der Econic nun am Design des Actros und des Axor mit mattschwarzem, V-förmig gestaltetem Lufteinlass mit schwarzem Lochblech. Neu sind auch das Mittelteil der Stoßfänger, der Weitwinkelspiegel auf der Fahrerseite, die Hauptspiegel und der zusätzliche Frontanfahrspiegel, die mit größerem Sichtfeld den toten Winkel eliminieren. Speziell beim Rangieren im innerstädtischen Verkehr werden so auch Fußgänger nicht übersehen. Das Alu-Space-Cage des Fahrerhauses erfüllt nun den verschärften Pendelschlagtest

Sitzanlage mit drei Einzelsitzen statt einer Sitzbank, nun auch mit Kunstleder-Sitzbezug, runden die Neuerungen in der Kabine ab.

Hinterachse jetzt wesentlich tragfähiger

Auch technisch tritt der Econic deutlich weiterentwickelt auf. So verfügen nun alle Modelle über eine Hinterachse mit 13 t statt bisher 11,5 t Tragfähigkeit. Dies erlaubt mehr denn je eine Anpassung des Econic an spezifische Transportaufgaben. Ihnen wird er traditionell durch große Vielfalt gerecht: Es gibt den Spezialisten in fünf Radformeln und unterschiedlichen Radständen, als Zweiachser (4x2), Dreiachser (6x2/4) mit hydraulisch gelenkter Vor- oder Nachlaufachse sowie als Dreiachser mit zwei angetriebenen Hinterachsen (6x4). Darüber hinaus steht er in einer Vierachs-Variante (8x4/4) mit 32 t zulässigem Gesamtgewicht für besonders schwere Einsätze zur Verfügung.

Ob mit Festaufbau oder mit unterschiedlichen Wechselsystemen wie Hakenlift, Kettengeräten oder Wechselbrücken, dank Vollluftfederung und niedrigem Rahmen bietet der Econic für nahezu jeden Einsatz eine wirtschaftliche Lösung.

Fahrwerk mit neuen Stoßdämpfern optimiert

Bereits bisher überzeugte der Econic dank seines tiefen Schwerpunkts durch eine außerordentlich hohe Fahrdynamik. Speziell im harten Kommunaleinsatz profitiert er nun von neuen Stoßdämpfern. Sie führen zu einer wesentlich verbesserten Fahrstabilität und Spurtreue, einem strafferen Fahrverhalten und einer Erhöhung der Wankstabilität, wichtig vor allem bei hohen Aufbauten und ungünstiger Gewichtsverteilung.

Euro-4-Motoren mit Blue-Tec-Dieselseltechnologie und Erdgas-Triebwerke

Angetrieben wird der Econic jetzt von Reihen-Sechszylinder-Motoren der Baureihe 900, die den EU-Abgasstandard Euro 4 erfüllen und auf der innovativen Blue-Tec-Dieselseltechnologie basieren. Dank SCR-Technik und einer optimierten Verbrennung sinken sowohl die Abgas-Emissio-

sionen als auch der Kraftstoffverbrauch. Neben dem OM 906 LA in den Leistungsstufen 170 kW (238 PS) und 210 kW (286 PS) kommt der OM 926 LA mit 240 kW (326 PS) zum Einsatz. Alle Econic mit Dieselmotor erhalten einen Kraftstofftank aus Aluminium mit 200 Liter Volumen plus 25-Liter-Tank für Ad-Blue. Die Kraftübertragung übernimmt serienmäßig ein vollautomatisches Sechsgang-Automatik-Getriebe von Allison. Damit ist der Econic bestens für den Stop-and-go-Verkehr beim Müllsammeln gerüstet.

Auch mit Erdgasantrieb

Alternativ zum Diesel gibt es den Econic auch mit Erdgasantrieb. Der Erdgasmotor M 906 LAG, welcher auch für den Betrieb mit umweltfreundlichem Biogas geeignet ist, leistet aus 6,9 Liter Hubraum 205 kW (279 PS). Mit Erdgasantrieb ist der Econic nach dem momentan strengsten EU-Abgasstandard EEV (Enhanced Environmentally-friendly Vehicle) zertifiziert. Damit unterschreitet er bereits jetzt die erst ab dem Jahr 2009 gültigen Grenzwerte von Euro 5. Die Emissionen des Econic mit Erdgasantrieb enthalten nahezu keine Feinstäube und Partikel. Zudem ist der CO₂-Gehalt im Abgas wesentlich geringer als beim Dieselantrieb. Beim Betrieb mit Biogas ist der CO₂-Gehalt sogar als „neutral“ eingestuft. Hinzu kommt als weiteres Plus die Geräuscharmut des Gasantriebs.

Für Biodiesel geeignet

Die Motoren der Baureihe 900 sind ohne Umrüstung auch für Biodiesel geeignet. DaimlerChrysler macht allerdings zur Auflage, dass es sich erstens um Biodiesel handelt, der die DIN EN 14214 erfüllt, und zweitens geeignete Motortile verwendet werden, wobei sich die Ölwechselintervalle verkürzen. Um diese Nachteile zu vermeiden, gibt es jetzt eine Nachrüstlösung bestehend aus modifizierten Steckpumpen, einem Kraftstoff-Vorfilter mit beheiztem Wasserabscheider und einem Zusatztank mit normalem Diesel für die Standheizung. Sämtliche Elemente sind geprüfte Mercedes-Benz-Originalteile. Damit nähern sich die Ölwechselintervalle den Motoren an, die mit herkömmlichem Diesel betrieben werden. Neufahrzeuge der Baureihen Mercedes-Benz Axor mit dem Motor OM 457 LA und Actros werden auf Wunsch bereits ab Werk mit dieser Ausstattung zum erleichterten Betrieb mit Biodiesel ausgerüstet. □



Das letzte von 77 Mercedes-Benz Econic Müllsammelfahrzeugen wurde jetzt im Werk Wörth von Martin C. Klein (DaimlerChrysler, Leiter Vertrieb Sonderfahrzeuge, links) an Bernd Sackmann (rechts, Geschäftseinheitenleiter Logistik) und Wilhelm Winkelmann (Abteilungsleiter Technische Dienstleistungen) von den Berliner Stadtreinigungsbetrieben (BSR) übergeben. So können auch zukünftig die 1,8 Millionen Berliner Haushalte regelmäßig vom Müll entsorgt werden. □

Riesiger Spielplatz in Würzburger Innenstadt

Kinder feiern Geburtstagsfest 50 Jahre DAHW

Als großer Kindergeburtstag zum 50-jährigen Jubiläum der Deutschen Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW) präsentiert sich am Sonntag, 6. Mai 2007 von 11 bis 17 Uhr das 32. Internationale Kinderfest in Würzburg. DAHW, Bayerischer Rundfunk und die Stadt Würzburg verwandeln zusammen mit fast 100 Vereinen und Organisationen und vielen hundert Helfern die Innenstadt zwischen Dominikanerplatz, Domstraße, Vierröhrenbrunnen und Marktplatz wieder in Bayerns größte Spielwiese. Der Erlös fließt acht Kindergärten im afrikanischen Senegal zu.

Von der Menschenkette rund um die Weltkugel bis zum Strohhalm und zum altgermanischen Wurfspiel. Zahlreiche Organisationen, Gruppierungen und Vereine haben sich wieder viel für Kinder und Jugendliche einfallen lassen. Weitere Angebote sind z.B. Zielspritzen mit der Feuerwehr, Bobbyparcour, Fotografieren auf dem Polizeimotorrad, Knautschbälle basteln, Schatzsuche, Kistenstapeln, Streichelzoo, Kletterwand, Slackline-Walking, Lach-Yoga oder Taekwon-Do.

„Kinderaugen essen mit“

Das internationale Speisenangebot geht von pakistanischen und schwarzafrikanischen Spezialitäten bis zu türkischem Tee, Muffin-Station oder der berühmten „Kolping-Bratwurst“. Unter dem Motto „Kinderaugen essen mit“ geht es an einem Stand aber auch um „schön dekoriertes Kinderessen“.

Das von Moderatoren des Bayerischen Rundfunk präsentierte Bühnenprogramm am Falkenhaus und am Vierröhrenbrun-

nen zeigt einen bunten Querschnitt mit fränkischen und internationalen Tänzen, Kindertanzgarde, Ballett, Kinderchor, Twirling, Zauberei, Lach-Yoga oder Taekwon-Do.

Weltkarte aus Kuchenstücken

Eine besondere Attraktion dürfte im Rahmen der Eröffnung des Kinderfestes um 11 Uhr auf der Bühne am Falkenhaus der Anschnitt des großen Geburtstagskuchens werden. Gefeierte werden neben 50 Jahre DAHW auch 30 Jahre Regionalstudio Mainfranken und 10 Jahre Schlawiner Club des Bayerischen Fernsehens.

Der junge Konditor- und Bäckermeister Volker Müller aus Hergolshausen im Landkreis Schweinfurt hat zusammen mit seiner Frau Babs eine fast 6 Quadratmeter große Weltkarte aus verschiedenfarbigen Obstkuchen kreiert. Oberbürgermeisterin Pia Beckmann wird die „Eine Welt“ aufteilen, in ca. 600 Kuchenstücke, die mit der Bitte um eine Spende für das Kinderfestprojekt „Kindergärten im Senegal“ verteilt werden. □

Nah dran. Ihre Unimog-Partner in Bayern.

► Der Mercedes-Benz Unimog zeigt immer und überall viel Einsatzfreude. Genau wie die Fachberater Ihrer bayerischen Unimog-Partner - ganz in Ihrer Nähe.

► Profitieren Sie von praxisgerechten Lösungen aus einer Hand.

Mit individuellen Fahrzeug- und Gerätekombinationen, vielen maßgeschneiderten Finanzdienstleistungen und professionellem Mercedes-Benz Service.

► Ihr Unimog-Fachberater freut sich auf Sie. Mehr Informationen auch

unter www.mercedes-benz.com/unimog

Mehr bewegen. Unimog.



Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 0 94 53/99 11-10, Fax: 0 94 53/99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 0 89/12 06 61-00, Fax: 0 89/12 06 61-27
E-Mail: henne-unimog.hst@mercedes-benz.de
Internet: www.henne-unimog.de

KLMV GmbH
Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau
Tel.: 0 92 86/95 11-0, Fax: 0 92 86/95 11-10
E-Mail: verkauf@klmv.de
Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 07 31/97 56-2 14, Fax: 07 31/97 56-4 10
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com



Erste Familienkonferenz in Roßtal

Was gefällt Familien in Roßtal, was vermissen sie und welche Verbesserungen schlagen sie selbst vor? Diese Fragestellungen standen im Mittelpunkt der ersten Familienkonferenz der Kommune, bei der außerdem Vorschläge zum ersten Familientag im Sommer gesammelt werden sollten.

Familienvater Jochen Steiner, erklärte: „Ich hatte keine speziellen Erwartungen an die Konferenz, fand es nur außergewöhnlich, dass eine Gemeinde seine „Schäfchen“ nach ihrer Meinung fragt.“ Und ein anderer Vater, Klaus Schwarz, meinte: „Nicht Probleme beackern, sondern Ziele definieren, das ist doch eine viel bessere Motivation.“ „Roßtal hat in der Jugendhilfeplanung wieder einen Meilenstein gesetzt“, so auch der Kommentator des Jugendhilfeplaners Günter Stöhr zur 1. Familienkonferenz.

Moderne Wege

Rathauschef Maximilian Gaul bewertete die sechsstündige Veranstaltung: „Das war sicher die arbeitsfreudigste und ergebnisreichste Bürgerversammlung, die Roßtal je erlebt hat. Wir gehen mit dieser Art von Bürgerarbeit neue und moderne Wege, so wie wir dies auch in anderen Feldern der Agenda-Arbeit tun.“

Auch die fleißigen Teilnehmer selbst hielten die Familienkonferenz in einer anonymen Abfrage zum Schluss der Veranstaltung überwiegend als gut bis sehr gut.

Gemeinsame Ziele

Gemeinsam Ziele definieren und dann miteinander umsetzen, genau darum geht es Bürgermeister Gaul und seiner Verwaltung seit vielen Jahren. Dies geschieht in Roßtal nicht nur in verschiedenen „Runden Tischen“ zu Kultur, Gewerbe, Jugend und Familie, „Älter werden in Roßtal“ und in einem Agenda 21-Ausschuss, der fest mit dem Marktgemeinderat verbunden ist, sondern auch durch Workshops und Bürgergutachten.

Exzellente-Gemeinde

Die Roßtaler Aktion der kommunalpolitischen Teilhabe von Familien am Aktionstag fand auch Aufnahme im Aktionsplan „Kinder sind unsere Zukunft“ der ARD. Der BR bezeichnete Roßtal als „Exzellente-Gemeinde“ in Bezug auf seine Familienfreundlichkeit und seine nachhaltige Sozialentwicklung.

Als erste Kommune im Landkreis ging die Marktgemeinde damit einen neuen Weg in der Umsetzung des familienpolitischen Leitbildes und im Bündnis für Familien des Landkreises Fürth, dem die Kommune feierlich beigetreten ist. Denn Experten für kommunale Familienpolitik sind die Familien selbst.

Die Veranstaltung wurde vom „Runden Tisch Jugend und Familie“, unter Leitung der Jugendreferentin Renate Kleindl in Zusammenarbeit mit der Jugendhilfeplanung des Landkreises Fürth Dipl. Soz. Päd. Günter Stöhr und sechs weiteren Moderatorinnen und Moderatoren aus Roßtal, geplant und durchgeführt.

Breite Öffentlichkeitsarbeit

Der „Runde Tisch Jugend und Familie“ hat alle Familien durch Handzettel und das Amtsblatt, durch Plakate und Presse eingeladen, damit sie in sieben Handlungsfeldern des familienpolitischen Leitbildes sagen, welche Angebote sie kennen, welche vorhanden, aber unbekannt sind, welche Angebote benötigt oder nachgefragt werden. Kurz: wie sich eine familienfreundliche

Kommunalpolitik ausformen soll. Mehr als 50 Roßtalerinnen und Roßtalern mit ca. 30 Kindern sind trotz herrlichsten Frühsummerwetters der Einladung gefolgt. Sie haben sich einen ganzen Samstag lang Zeit genommen, um in Workshops ihre Erfahrungen auszutauschen und Vorschläge zu erarbeiten.

Die Handlungsfelder lauteten: Wohn- und Lebensumfeld, Betreuung von Kindern und Jugendlichen, Beratungs- und Hilfsangebote, Netzwerke und aktive Bürgergesellschaft, politische Teilhabe, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Zusammenarbeit der Generationen.

Viele gute Vorschläge

Bei ausdrücklicher hoher Zufriedenheit mit den Angeboten vor Ort, kamen eine Vielzahl von Vorschlägen, um Roßtal weiterhin familienfreundlich zu entwickeln. So wünschten sich die Roßtaler Verbesserungen im Bürgerbüro, verkehrstechnische Verbesserungen, unterschiedliche Spiel- und Freizeitmöglichkeiten, eine Ganztagschule und Verbesserungen zur Belebung des Kernortes. Allerdings machten auch viele Teilnehmer

die Erfahrung, dass man durch den Austausch der Informationen auch von vielen Angeboten erst erfahren hat, die es bereits vor Ort in Roßtal gibt.

Bürgermeister Gaul machte deutlich, dass es sehr wichtig war, nicht nur danach zu fragen, was die Familien wünschen, sondern auch, welche Angebote sie bereits vor Ort kennen und nützen. Denn gerade dieser Austausch hat gezeigt, dass es sehr viele Angebote bereits gibt, von denen viele noch keine Kenntnis genommen haben.

Perspektiven

Wie geht es weiter? Die Ergebnisse werden im Agenda-Ausschuss unter Leitung der Agenda-Beauftragten Renate Kleindl weiter verarbeitet und münden dann in die konkrete Arbeit des Rates ein. An dieser Agenda-Arbeit können alle Bürgerinnen und Bürger mitwirken.

Dass auch dank eines wunderbaren Eintopfes aus dem Roßtaler AWO-Pflegeheim für das leibliche Wohl gesorgt war und die Mitarbeiter der Kindergärten für eine hervorragende Kinderbeteiligung zum Thema „Familienfreundliche Gemeinde“ sorgten, war der erste Familientag in Roßtal rundherum eine gelungene Veranstaltung. □

Manfred Hölzlein feierte 65. Geburtstag:

Erfolgskurs in der Kommunalpolitik

„Als Oberstaatsanwalt bin ich schon pensioniert und mein Mandat als Mitglied des Bezirkstages von Niederbayern bzw. Bezirkstagspräsident kennt keine Altersgrenze“, so Manfred Hölzlein, Präsident des Verbandes der Bayerischen Bezirke, auf die Frage, warum er seinen 65. Geburtstag am 29. April nicht groß feiern wollte. Trotzdem wollten es sich zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nicht nehmen lassen, dem Geburtstagsler am Montag Vormittag in seinem Landshuter Büro ihre Glückwünsche zu überbringen.

Wenn auch der Jubilar bereits seit 1972 dem Landshuter Stadtrat angehört und mit einer Zugehörigkeit von fast 33 Jahren zum Bezirkstag von Niederbayern das derzeit dienstälteste Mitglied des Gremiums ist, kann man bei Manfred Hölzlein keine Spuren von Amtsmüdigkeit feststellen. Auf Erfolgskurs in der Kommunalpolitik befindet sich der mittlerweile pensionierte Oberstaatsanwalt spätestens seit 1982, als er erstmals in den Vorstand der CSU-Bezirkstagsfraktion berufen und schließlich 1994 an deren Spitze gewählt wurde. Seit Oktober 1998 fungiert Hölzlein als Bezirkstagspräsident von Niederbayern. Seit 2003 ist er zudem Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke. Hinzu kommt, dass ihm nicht nur der Vorsitz in nahezu allen Ausschüssen des Bezirkstages von Niederbayern obliegt, sondern auch im Zweckverband Niederbayerische Freilichtmuseen Massing im Rottal und Finsterau im Bayerischen Wald sowie in den kommunalen Bäderzweckverbänden von Füssing, Birnbach, Griesbach, Gögging und Abbach samt der unter dem Begriff „Thermland Bayern“ werbenden niederbayerischen Heil- und Thermalbäder. □



Staatsminister Josef Miller gibt Startschuss für Fischacher Naturfreibad:

Aufwertung der Staudenregion

Freizeitoase und Naherholungsattraktion öffnet im Frühjahr 2008 die Pforten
Rund eine Million Euro aus EU-Fördermitteln

Fischach (wkl). Baden gehen - und das im ganz positiven Sinn - will die Marktgemeinde Fischach (Landkreis Augsburg) ab dem Frühjahr 2008. Rechtzeitig zum Start in die neue Badesaison soll dann nämlich das neue Naturfreibad südlich der Staudenlandhalle seine Pforten öffnen. Bürgermeister Josef Fischer, stellvertretender Landrat Max Strehle und der Bayerische Landwirtschaftsminister Josef Miller gaben mit dem symbolischen ersten Spatenstich jetzt offiziell den Startschuss für das Zwei-Millionen-Euro-Projekt.

Eine strahlende April-Sonne und hochsommerliche Temperaturen beim Freiluft-Festakt - Josef Fischer sprach gar von „Minister-Wetter“ - weckten bei den Gästen schon mal den Wunsch nach einem Sprung ins kühle Nass. Der muss zwar noch ein Jahr auf sich warten lassen, doch die Erdarbeiten auf dem rund 2,8 Hektar großen Gelände am südlichen Ortsrand der Staudenregion laufen schon auf Hochtouren.

Langegehegter Wunsch

Für Fischach und für die gesamte Staudenregion, so Bürgermeister Josef Fischer, gehe mit dem Bau des Naturfreibades ein lange gehegter Wunsch in Erfüllung. Erste konkrete Überlegungen dazu seien vor rund zehn Jahren angestellt worden, nachdem der Bau eines Freibades von den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder gewünscht worden war. Zuletzt bei einer Bürgerbefragung: auf 84 Prozent der Fragebögen war unter der Rubrik „fehlende Einrichtungen“ ein Freibad angekreuzt.

Familienfreundlichkeit

Mit dem Planungsbüro Grafinger aus Bergkirchen (Landkreis Dachau) haben sich die Fischacher einen kompetenten, weltweit tätigen Partner für das Freizeitprojekt ins Boot geholt.

Staatsminister Josef Miller bezeichnete den neuen Naturbadesee im Herzen der Stauden und des Naturparks Augsburg Westliche Wälder als zukunftsweisende Freizeit- und Naherholungsattraktion, die den gesamten Lebens- und Erholungsraum der Stauden deutlich aufwertet. Damit gebe es endlich auch in den Stauden eine attraktive, familienfreundliche und naturbelassene Bademöglichkeit. Aufgrund seines Modellcharakters, so Mil-

ler, werde das Projekt vom Bayerischen Landwirtschaftsministerium aus Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER-plus kräftig gefördert: rund 22.500 Euro flossen bereits in die Planung, rund eine Million Euro sind für die Umsetzung fest bewilligt. Einen weiteren Zuschuss in Höhe von 100.000 Euro macht der Erholungsverein Augsburg (EVA) locker.

Rein biologisch - ohne Chlor

Das Kernstück des insgesamt rund 2,8 Hektar großen Freizeitareals ist der eigentliche Badesee mit einer Wasserfläche von 2.400 Quadratmetern. Ein Nichtschwimmerbereich, 25-Meter-Bahnen, ein Sprungbereich, eine Felsengrotte und ein Spielbach sowie ein Beach-Volleyballfeld, ausgedehnte Liegeflächen und ein Sandspielbereich bieten den Badegästen schier unbegrenztes Freizeitvergnügen. Der Badesee fasst rund 4.800 Kubikmeter Wasser, die Wassertiefe variiert

zwischen 30 Zentimetern (im Kleinkinderbereich) und bis zu vier Metern (im Bereich der Sprungfelsen). Die Reinigung des Badewassers erfolgt rein biologisch (ohne Verwendung von Chlor) in zwei separaten Becken, die mit Kies und Wasserpflanzen besetzt sind. Hinter der Staudenlandhalle entstehen 148 neue Parkplätze. „Dann sind wir für den Ansturm der Gäste gewappnet“, freut sich Bürgermeister Josef Fischer auf den Start ins Badevergnügen.

Nachhaltige Wertschöpfung

Staatsminister Josef Miller sieht das neue Naturfreibad im Kontext mit anderen attraktiven Freizeit- und Naherholungsangeboten, die in den Stauden unter der Federführung der Regionalentwicklung (RES) in den vergangenen Jahren initiiert und geschaffen wurden: „Die Besucher können das neue Naturfreibad umweltschonend mit der Staudenbahn oder über das hervorragend ausgebaute Rad-, Wander- und Themenwegenetz erreichen.“ Miller und Fischer zeigten sich beim ersten Spatenstich davon überzeugt, dass von dem neuen Naturfreibad in Fischach eine nachhaltige Wertschöpfung ausgeht, von der die gesamte Staudenregion profitieren werde. □



Mit einem symbolischen ersten Spatenstich gaben (v. l.) Fischachs Zweiter Bürgermeister Peter Ziegelmeier, Bürgermeister Josef Fischer, Robert Schropp (Baufirma), Landwirtschaftsminister Josef Miller, stellvertretender Landrat Max Strehle und Christine Schoeck (Planungsbüro) den Startschuss für den Bau des neuen Naturfreibades in der Marktgemeinde. wkl

Bad Tölzer Affäre:

Nagler zeigt sich selber an

Mit einem Schreiben an Regierungspräsident Christoph Hillenbrand beantragte der Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen, Manfred Nagler, die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst. Damit reagierte der Kommunalpolitiker auf die zahlreichen Medienberichte, in denen ihm und einem engen Vertrauten bei der Errichtung eines - überflüssigen - Dienstleistungszentrums gravierendes Fehlverhalten vorgeworfen wird.

Auslöser hierfür war ein Bericht des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, aus dem hervorgeht, dass sowohl die zwingend vorgeschriebene Information des Kreistags mehrfach nicht erfolgte, dass zwingend erforderliche Ausschreibungen unterblieben, dass überhöhte Rechnungen bezahlt wurden und dass zudem aus schriftlichen Unterlagen ersichtlich sei, dass die Kommunalpolitiker wissentlich Steuermillionen „verblasen“ hätten. □



Im Alter von 86 Jahren verstarb Hans Tauber. Er galt als kommunalpolitisches „Urgestein“ und hat die Geschicke seiner Heimatgemeinde Obermichelbach und im Kreistag des Landkreises Fürth entscheidend mitgeprägt. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er ein Mann der ersten Stunde mit anschließenden Superlativen: 1948 wurde er zum jüngsten Bürgermeister Bayerns gewählt; dieses Amt hatte er 42 (!) Jahre inne, bis er 1990 als damals dienstältester Bürgermeister im Freistaat ausschied. Die Gemeinde ernannte ihn zum Altbürgermeister und Ehrenbürger. Von 1970 bis 1986 war Tauber Mitglied des Bayerischen Landtags, 44 Jahre Mitglied des Kreistages Fürth/Land und von 1968 bis 1985 Kreisvorsitzender der CSU, anschließend Ehrenkreisvorsitzender. Seine vielfältigen Leistungen würdigten u.a. Innenminister Dr. Günther Beckstein, CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann und die Mandats- bzw. Amtsnachfolger MdL Günter Gabsteiger, CSU-Kreisvorsitzender Matthias Dießl und Bürgermeister Reinhold Hum. Unser Bild zeigt den Verstorbenen mit Parl. Staatssekretär Christian Schmidt, dem örtlich zuständigen Bundestagsabgeordneten. PM

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 41 vom 01.01.2007

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

50. Geburtstag von Arno Zengerle:

Nachhaltigkeit heißt das Zauberwort

Klein aber fein ist seine Gemeinde und hoch prämiert oben drein. Die Rede ist von Arno Zengerle, seines Zeichens Bürgermeister der Allgäuer Vorzeigekommune Wildpoldsried, der am 1. April seinen 50. Geburtstag feiern konnte.

Bereits als Jugendlicher war Arno Zengerle bei der Jungen Union politisch engagiert. Über die CSU kandidierte er im Jahr 1984 für den Gemeinderat Wildpoldsried, von 1990 bis 1996 fungierte er als Zweiter Bürgermeister der Gemeinde und ist seitdem auch im Kreistag Oberallgäu vertreten. Im Mai 1996 trat Zengerle das Amt des Bürgermeisters an, für das er von der CSU und den Freien Wählern nominiert wurde. Darüber hinaus ist er Verbandsvorsitzender des Zweckverbandes Berufliches Schulzentrum in Kempten und Kreisvorsitzender der KPV Oberallgäu.

Sinnvolle Investitionen

Nachdem der vierfache Familienvater die Gemeinde Wildpoldsried von seinem Vorgänger schuldenfrei übernehmen konnte, wurde der finanzielle Rahmen für Investitionen geschickt austariert, so dass zunächst der Neubau der Schule abgeschlossen wurde und sodann ein Bauhof, eine Seniorenwohnanlage, eine Sporthalle und ein Nahwärmenetz errichtet werden konnten. Das Rathaus wurde saniert, ebenso ein Gasthof im Dorfczentrum, der zuvor gekauft wurde. Ein Dorfsaal, der sich noch im Rohbau befindet, soll in den kommenden Jahren für kulturelle und gastronomische Nutzungen ausgebaut werden.

Im Juni dieses Jahres werden die „Wildpoldsrieder Wasserlandschaften im Moor - WiWaLa-Moor“ eingeweiht, wobei erstmalig bei einem Leader+-Programm Regenrückhaltung, ein Badeteich, eine Pflanzenkläranlage und eine Streubobstweide für heimische Obstbäume kombiniert wurden. Zudem steht in Wildpoldsried Deutschlands einziges Holzparkhaus. 1998 wurde der Gemeinde eine Anerkennung der Waldbesitzervereinigung Kempten/Oberallgäu für Holzbauprojekte zuteil. Bundesweit bekannt ist die Ge-

meinde für ihre generell umweltfreundliche Stromerzeugung: Mehrere Windkraft-, Solar- und Biogasanlagen liefern mehr Strom, als die 2750 Einwohner verbrauchen. Das ökologische Profil „Wildpoldsried innovativ richtungsweisend - Ein Dorf geht seinen Weg“ wird seit 1999 unter Einbindung der Bürger ständig ausgeweitet und wurde sowohl bayernweit als auch regional bereits mehrfach ausgezeichnet.

2001 erhielt Wildpoldsried den Umweltpreis der bayerischen



Arno Zengerle. □

Landesstiftung, im gleichen Jahr war die Gemeinde Leitprojekt des Kompetenzzentrums Umwelt Augsburg Schwaben (KUMAS). Im vergangenen Jahr wurde die Gemeinde zusammen mit weiteren 14 bayerischen Städten und Gemeinden vom bayerischen Umweltministerium für die Teilnahme am Pilotprojekt „European Energy Award“ ausgewählt. Dabei wird im Rahmen eines Qualitätsmanagement- und Zertifizierungssystems die Energieerzeugung und -nutzung überprüft und verbessert. Durch weitere Energieeinsparungen sollen sowohl die Umwelt als auch die kommunalen und privaten Haushalte gleichermaßen entlastet werden. Das Projekt für Wild-

poldsried wird vom Umweltministerium mit insgesamt 7.500 Euro gefördert.

Zengerle, der auch privat ein kleines Wasserkraftwerk, eine Hackschnitzheizung und Fotovoltaikanlagen betreibt, setzte sich als ehrenamtlicher Geschäftsführer der gemeindeeigenen Dorfentwicklungs-GmbH vor Jahren dafür ein, die kommunalen Dächer mit Fotovoltaikanlagen zu bestücken, die von verschiedenen Vereinen betreut werden. Die Losung lautet, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen. Das von Zengerle bei jeder Gelegenheit propagierte Prinzip der Nachhaltigkeit gilt für ihn sowohl beim Umweltschutz als auch bei den Finanzen.

Das ganze Jahr über kann Arno Zengerle Politiker und Unternehmer begrüßen, die sich über die Energiepolitik des Ortes informieren wollen. Sogar aus Japan kamen schon Besuchergruppen. Zengerles Gemeinde profitiert von den Gästen - ein für den Bürgermeister wichtiger Effekt. Zwischenzeitlich seien die Pilotprojekte vielfach kopiert worden, weil sie sowohl ökologisch als auch ökonomisch Vorteile für andere Gemeinden aber auch Privatpersonen und Firmen bringen und somit übertragbar und nachhaltig sind, berichtet der Jubilar.

Reges Miteinander

Wildpoldsried ist mit ca. 2.500 Einwohnern eine der kleinsten selbstständigen Gemeinden im Landkreis Oberallgäu. Vielleicht gerade deshalb herrscht dort ein reges Miteinander und ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit. Sichtbarer Ausdruck hierfür sind die vielfältigen Aktivitäten der Vereine und Organisationen. Sowohl in kultureller Hinsicht als auch mit Blick auf die sportlichen Erfolge sind die Wildpoldsrieder stolz auf ihr Dorfleben. Dass dabei jede Aktion gebührend „eingeweiht“ wird, versteht sich ob des agilen Gemeindeoberhaupts von selbst. DK

Kommunalpolitische Vereinigung Schwaben:

Resolution zum Breitband-Internet

Unter Vorsitz von Landrat Stefan Rößle trafen sich die Mitglieder des Bezirksvorstands der Kommunalpolitischen Vereinigung Schwabens (KPV) und erörterten aktuelle kommunalpolitische Themen. Ein Schwerpunkt hierbei war die Anbindung des ländlichen Raums mit einer flächendeckenden, leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur.

Noch immer können aufgrund der unterschiedlichen Ausstattung der Ortsnetze einige Kommunen bzw. Teile davon die Dienstleistungen des Breitbandinternets nicht oder nur in begrenztem Umfang in Anspruch nehmen. Aus diesem Grund fordern sowohl schwäbische Kommunen als auch Betriebe diese Technik einzurichten.

Breitbandinternet stellt mittlerweile einen bedeutenden Teil unserer Arbeits- und Lebenswelt dar, so Landrat Rößle. Vor allem für viele Gewerbebetriebe im ländlichen Raum ist die Breitbandversorgung ein wichtiger Faktor und Voraussetzung für einen ländlichen Standort und für die Existenz ihrer Betriebe im globalen Wettbewerb. Besonders vor dem Hintergrund des Landesentwicklungsplans, der gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land vorsieht, ist es aus Sicht der schwäbischen KPV notwendig, dass sich der Freistaat Bayern erforderlichenfalls mit Zuschüssen an der Erschließung von bisher nicht am Breitbandinternet angeschlossenen ländli-

chen Gebieten beteiligt. In einer gemeinsamen Resolution an den bayerischen Wirtschaftsminister Erwin Huber bitten die Mitglieder des Bezirksvorstands der KPV die Staatsregierung, die Voraussetzungen für eine flächendeckende, leistungsfähige Breitbandinfrastruktur auch in den ländlich geprägten Regionen zu schaffen.

Finanzsituation

Weiteres Schwerpunktthema der Sitzung war der Vortrag über die Finanzsituation der bayerischen Landkreise durch Verwaltungsdirektor Emil Schneider vom Bayerischen Landkreistag in München. Der breite Aufschwung des vergangenen Jahres und das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts haben zu höheren Gewinnen und dadurch zu höheren Steuern geführt. Dabei wird sich insbesondere der Zuwachs bei der Einkommenssteuer 2006 positiv auf die Finanzsituation der Gemeinden auswirken, was wiederum bei den bayerischen Landkreisen über die Umlagekraft der

Jahre 2006, 2007 und 2008 ebenfalls zu Mehreinnahmen führt. Der kommunale Finanzausgleich 2007 bringt den Landkreisen höhere Schlüsselzuweisungen, höhere Kreisstraßenpauschalen, deutlich niedrigere Bezirksumlagesätze und Verbesserungen bei der Hochbauförderung. Insgesamt gesehen entspannt sich damit die Finanzsituation für die Landkreise.

Landrat Rößle bestätigte die positive finanzielle Entwicklung und wies darauf hin, dass der Landkreis Donau-Ries daher in diesem Jahr seine Kreisumlage um 1,25 Prozentpunkte senken kann. Mit der niedrigsten Kreisumlage unter den zehn schwäbischen Landkreisen nimmt der Landkreis Donau-Ries damit eine Spitzenposition ein.

Die Mitglieder waren sich einig, dass sowohl die Städte wie auch Landkreise künftig eine verlässliche Kommunalfinanzierung brauchen, damit sie auch künftig ihren Aufgaben ordnungsgemäß nachkommen können. Vor allem die Reform der Unternehmensbesteuerung und der Kommunalsteuern, die laut Schneider gegenwärtig noch eine Finanzierungslücke zu Lasten der Kommunen von bundesweit 2 Mrd. Euro aufweist, wird die KPV Schwaben weiterhin aufmerksam verfolgen und konstruktiv begleiten. □

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„So, meine Lieben: Man muss dem Ochsen manchmal auch gepflegt eins zwischen die Hörner geben können.“ Mein Chef, der Bürgermeister, freute sich diebisch, dass er zwei Miesepeter fürs erste einbremsen konnte, die im Jahr vor der nächsten Wahl angefangen haben, schlechte Stimmung in seiner Partei zu machen.

Fanny Bacher, selbsternannte kommunalpolitische Allzweckwaffe, und ihr großer Förderer Hajo Klein haben gestern auf der Versammlung der örtlichen Parteigliederung einen argen Dämpfer hinnehmen müssen. Hajo, ein - das muss der Neid ihm lassen - erfolgreicher Unternehmer, wollte Kassier werden. Gewonnen hat die Dauerfavoritin des Bürgermeisters, Claudia Elfer. Fanny kam bei der Wahl der zehn Beisitzer nicht über einen guten zehnten Platz mit 65 Prozent Stimmenanteil hin-



hat man ja schon die tollsten Kapriolen erlebt. Im einen Landkreis wird ein durch Misswirtschaft und Misserfolg völlig diskreditierter Amtsinhaber tapfer wieder aufgestellt; in einer Stadt ein strahlender, erfolgreicher und tatendurstiger Bürgermeister von den eigenen Gesinnungsgenossen abseviert.

Klar, Erfolg im politischen Tagesgeschäft, das solide Verwalten eines Gemeinwesens, gute wirtschaftliche Kennzahlen alleine sichern nicht das Überleben als erster Mann im Städtchen. Von Helmut Kohl und seiner Mannschaft hat man gesagt, dass die Leute nach 16 Jahren mal ein anderes Gesicht sehen wollten. Außerdem - wenn man zu lange zu erfolgreich auf einem Posten war, dann regen sich die Neider, die zu kurz gekommenen, manchmal auch die Mittelmäßigen und fangen an, sich zu reiben. Aus dem Reiben wird heiße Luft, die sich schließlich zu einem Nebel ballt, der die Verdienste eines Vormannes verdecken soll und seine Anhänger die Orientierung verlieren lässt.

Nach diesem Muster wollten es wohl auch Klein und Bacher machen, aber der Chef hat den Braten gerochen. Er drehte den Spieß einfach um und fragte, was er an sich und seiner Politik ändern könnte, wo Defizite gesehen werden, wo andere Akzente her müssen. Da war bei den programmatisch wie pragmatisch schwachbrüstigen Frondeuren natürlich nur Schweigen zu gewinnen und das Spiel für die „gute Sache“ gewonnen.

Mein Chef, der Bürgermeister, weiß, dass Stillstand Rückschritt ist, man sich und seine Politik immer wieder neu erfinden oder zumindest als neu darstellen muss, damit's nicht langweilig wird. Es muss sich rühren, damit man selbst in Ruhe arbeiten kann. Selber Krach machen, damit anderen der Krawall vergeht. Denn wie sagt der Spötter Oscar Wilde auf dem heutigen Kalenderblatt so treffend: „Dein Erfolg enthält immer etwas, das selbst Deinen besten Freunden missfällt.“

Angriff ist die beste Verteidigung

aus, während der Chef bei der Stellvertreterwahl ein besseres Prozentergebnis als der Vorsitzende erhielt.

Obwohl sich der Bürgermeister parteipolitisch Zurückhaltung auferlegt und nicht auch noch Stadtvorsitzender seiner Partei sein will, hält er natürlich bei Parteiversammlungen immer ein mehr oder weniger langes Referat zur aktuellen Stadtpolitik. Dass so etwas länger ausfallen kann, wenn innerverbandliche Gremienwahlen anstehen, ist klar. Aber diesmal hat er es weidlich auskostet und die beiden Stänkerer frontal angenommen.

Denn Fanny Bacher, diskret gestützt von Hajo Klein, hat in den letzten Wochen keine Gelegenheit verstreichen lassen, um rumzumotzen, warum denn keiner hinterfrage, ob der Bürgermeister 2008 noch einmal antreten soll. Er sei es doch schon so lange und überhaupt lebe die Demokratie von Alternativen.

Gut, so richtig gibt es keine Alternativen bei uns im Städtchen. Keine der anderen politischen Parteien oder Gruppierungen wird - so wie es jetzt aussieht - ernsthaft einen Gegenkandidaten benennen. Aber bei Kandidatenaufstellungen

the
Sabrina

Zukunftsfähigkeit hat viele Facetten

Agenda 21-Aktivistinnen aus ganz Unterfranken tagten in Würzburg

Würzburg. Eines der wichtigsten Ziele von Rio de Janeiro ist gescheitert: Alle Kommunen sollten der 1992 geschlossenen Vereinbarung zufolge bis 1996 einen Agenda 21-Prozess ins Leben rufen. In Unterfranken nehmen aktuell nur rund 100 von über 300 Kommunen an der Lokalen Agenda 21 teil. In einigen dieser Kommunen jedoch läuft beeindruckend viel in Sachen Nachhaltigkeit, hieß es bei der Agenda 21-Tagung der Regierung. Die Stadt Aschaffenburg gehört zum Beispiel dazu.

Das Nord-Süd-Forum der Stadt Aschaffenburg startete 1995 zusammen mit dem Umweltamt den unterfrankenweit ersten Agenda 21-Prozess für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Dieser Prozess ist laut Tibor Reidl vom Umweltamt immer noch lebendig. Wie viele Menschen in Aschaffenburg Agenda 21-Aktivistinnen sind, lasse sich jedoch schwer abschätzen, so Reidl. In wechselnden Projekten zur nachhaltigen ökologischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung der Stadt arbeiteten stets unterschiedliche und unterschiedlich viele Menschen mit.

Die Stadt Aschaffenburg wurde im vergangenen Jahr vorgeschlagen für das neueste Agenda 21-Projekt der Bayerischen Staatsregierung: Die Aktion „21 Kommunen“. Bei diesem Projekt suchte die Staatsregierung die 21 bayerischen Kommunen mit der vorbildlichsten Agenda 21-Arbeit aus. Dass Aschaffenburg letztlich nicht ausgewählt wurde, enttäuscht Marc Busse sehr.

Der Mitarbeiter des Aschaffener Umweltamts musste sich zusammen mit seinem Kollegen Tibor Reidl während der Agenda 21-Tagung mit einer lobenden Erwähnung durch den diözesanen Umwelbeauftragten Edmund Gumpert begnügen. Als bayernweit vorbildlich gelten lediglich

die Agenda 21-Prozesse in Rottendorf (Kreis Würzburg) und in Haßfurt (Kreis Haßberge).

Die Lokale Agenda 21 ist kein einfacher Prozess, stellte Leitende Ministerialrätin Sabine Nießen vom Bayerischen Umweltministerium fest. Nießen berichtete von Fällen, in denen die Agenda 21-Aktivität bei Gemeinde- und Stadträten Angst auslöste. Was soll das „Parallelgremium“ neben dem gewählten Parlament?, fragen sich nach ihren Erfahrungen viele Gemeinderäte am Beginn eines Agenda 21-Prozesses.

Öffentliche Haushalte schonen

Aber auch der umgekehrte Fall sei möglich: Gemeinden „missbrauchen“ das bürgerschaftliche Engagement in Zeiten leerer Kassen. Bekommen die Bürger dies mit, sei es rasch vorbei mit der Motivation. Laut Unterfrankens Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer kann die kommunale Agenda 21 durchaus „die öffentlichen Haushalte schonen“. Dies sei jedoch keineswegs das Hauptziel des Prozesses.

In der Gemeinde Haßfurt wurde 1999, zu Beginn des Agenda 21-Prozesses, laut Bürgermeister Rudi Eck ebenfalls heftig über die Geldfrage diskutiert. „Das kostet bloß“, so die ablehnende Meinung

mehrerer Gemeinderäte. Dass es trotz mancher Widerstände gut ging mit dem Einstieg in den Prozess zur nachhaltigen Gemeindeentwicklung, lag laut Eck an der externen professionellen Hilfe, die sich die Gemeinde holte.

Auch in Rottendorf hielt sich die Begeisterung laut Bürgermeister Rainer Fuchs beim Gemeinderat zunächst in Grenzen. Eine „Flut von Anträgen“ seitens der Agenda 21-Aktivistinnen wurde erwartet. Erst allmählich wurde den Gemeinderäten bewusst, dass ihre alltägliche Arbeit durch die Agenda 21-Arbeitskreise erleichtert wurde.

In Rottendorf engagieren sich überdurchschnittlich viele Bürgerinnen und Bürger in der Agenda 21. Bis zu 70 sind es bei einer Einwohnerzahl von knapp 5.800 und einer reichen Vereins- und Organisationsstruktur. Nach Analysen des Bayerischen Umweltministeriums engagieren sich im Schnitt zwischen 0,5 und zwei Prozent der Mitglieder einer Kommune für das Gemeinwesen.

Die Aschaffener Agenda 21-Aktivistinnen Marc Busse und Tibor Reidl entdeckten bei der Agenda 21-Tagung der Regierung, dass in Aschaffenburg viele Nachhaltigkeitsprojekte jenseits des Agenda-Prozesses realisiert wurden, die andernorts den „Agenda-Stempel“ tragen. So gibt es Tafel-Läden, die aus dem Agenda-Prozess hervorgingen. In anderen Kommunen nehmen sich Vereine der Bedürftigen an. Zukunftsfähigkeit hat inzwischen also viele Facetten. Der Agenda-Prozess ist lediglich eine davon.

Pat Christ

Von der Kraft guter Ideen

Regionalkonferenz des Regionalen Planungsverbandes Landshut in Simbach am Inn

Bei einer Tagung des Regionalen Planungsverbandes Landshut in Simbach kündigte Wirtschaftsminister Erwin Huber Verbesserungen auf der Schienenstrecke Passau - München an. Ab 2009 solle sie im Stundentakt befahren werden können. In punkto Flughafenbindung geht er davon aus, dass man ab 2014 oder 2015 auch aus dem Rottal mit der Bahn zum Flughafen fahren kann.

Richard Findl, Planungsverbandschef und Simbacher Bürgermeister, verwies eingangs darauf, dass ein wesentliches Instrument der Regionalpolitik die Förderung von Investitionen der gewerblichen Wirtschaft zur Schaffung neuer und zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze ist. Gleichzeitig würden dadurch betriebliche Ausbildungsplätze für künftige Fachkräfte gesichert. Dies sei umso wichtiger, als gerade in letzter Zeit von einem zunehmenden Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften zu hören sei.

Möglicher Standortnachteil

Findl: „Wenn wir hier nicht aufpassen, kann sich auf diese Weise ein nicht zu unterschätzender Standortnachteil herausbilden. Wir sind sehr dankbar für die staatliche Wirtschaftsförderung und wissen sehr wohl einzuordnen, dass sie einen gewichtigen Beitrag am dem Erfolg Niederbayerns für sich verbuchen kann. Mit dieser Konferenz wollen wir aber auch aufzeigen, dass eine kreative Ergänzung vor Ort bei speziellen Problemstellungen durchaus Ziel führend sein kann.“

Große Sorgen bereitet Findl die Verkehrsinfrastruktur in

Niederbayern. „Auf vielen Staatsstraßen und fast allen Eisenbahnstrecken fahren wir am Beginn des 21. Jahrhunderts noch auf Trassen, wie sie vor 100 und mehr Jahren angelegt wurden.“ Zwar sei der Flughafen Franz-Josef-Strauß mittlerweile in der europäischen Liga bis auf Platz sieben aufgestiegen, jedoch habe sich an seiner Anbindung im öffentlichen Verkehr aus ostbayerischer Sicht seit seiner Inbetriebnahme vor 15 Jahren nichts verbessert. Gerade die Unternehmen und Wirtschaftskammern drängten mit Nachdruck auf eine fernbahntaugliche und umsteigefreie Schienenanbindung und auch auf zeitgemäß ausgebaute Zulaufstrecken.

LEP im Fokus

Darüber hinaus kritisierte der Verbandsvorsitzende die verstärkte Tendenz zu großflächigen Einzelhandelsprojekten. Damit sei eine zunehmend große Gefahr für die gewachsenen Zentren der größeren Märkte und Städte verbunden. Er hoffe, so Findl, die Staatsregierung finde bei der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Lösungen, die sich nicht nur am Gewinn-

streben Einzelner orientieren.

Mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung Ostbayerns meinte Wirtschaftsminister Huber, dass „der Weg stimmt“. Er warnte davor, die eigene Situation schlecht zu reden. Die Kaufkraft in Niederbayern liege um drei Prozent über dem Bundesdurchschnitt, die Arbeitslosenquote betrage mit 5,7 Prozent nur gut die Hälfte des Wertes im Bund. Die gleiche Einschätzung vertrat auch Walter Keilbart, Hauptgeschäftsführer der IHK Niederbayern. Laut Konjunkturumfrage beurteilten nur 5,3 Prozent aller befragten Betriebe in der Region die Lage als schlecht. Seit einem Tiefstand im Mai 2005 gehe es stetig aufwärts.

Regionalmanagement

Als gutes Instrument zur weiteren Entwicklung nannte Huber die Möglichkeit, dass Kommunen sich zusammenschließen und ein eigenes Regionalmanagement einrichten. Dieses kümmere sich um Beratung und Förderung der Wirtschaft vor Ort. Ein erfolgreiches Beispiel hierfür sei die XperRegio, der mittlerweile 21 Gemeinden und der Landkreis Rottal-Inn angehört.

Beispiel XperRegio

Geführt wird diese strategische Allianz für mehr Wirtschaft, Arbeitsplätze und Lebensqualität von Arnstorfs Erstem Bürgermeister Alfons Sittinger. XperRegio ist der erste und einzige Gemeindeverbund in Europa mit eigenem Regionalprogramm nach einem PPP-Modell und wurde 2006 mit dem Bundespreis für interkommunale Zusammenarbeit ausgezeichnet.

Sittinger zufolge sucht und fördert XperRegio Menschen,

die unternehmerisch denken und handeln - „egal ob im Kindergarten sich eine Erzieherin der sprachlichen Bildung der Kinder annimmt und ein Projekt über mehrere Gemeinden hinweg initiiert, der Theaterintendant einen Wettbewerb für eine neue Operette mit regionalem Bezug durchführt und eine Welturaufführung auf die Beine stellt, die Bürgermeister die Vision einer attraktiven Radfahrregion entwickeln oder aber die vielen Handwerksmeister, Dienstleister und sonstigen findigen unternehmerischen Menschen eine gute Idee in der Schublade haben“.

Initialzündung

Es habe sich bei XperRegio gezeigt, dass dieser Typus Unternehmer durch ein Förderprogramm die Initialzündung erfährt, seine Idee umzusetzen, Geschäftsfelder umzustrukturieren oder Neue aufzubauen. Laut Sittinger erkennen sie die Notwendigkeit, Beschäftigte den Anforderungen der Kunden und des Marktes entsprechend zu qualifizieren und damit Arbeitsplätze zu schaffen: „Wir bauen auf die Menschen in unserer Region, die etwas vorhaben und wir glauben an die Kraft guter Ideen.“

Aufbau von Netzwerken

Der Freistaat Bayern, so Arnstorfs Rathauschef, habe eine Cluster-Initiative ins Leben gerufen, die ohne Zweifel sinnvoll und notwendig sei. Partner seien aber „aus unserer Sicht eher die Großen und Starken“. „Wir ergänzen diese Initiative an der Basis. Wir pflegen gezielt die Zusammenarbeit der XperRegio - Betriebe und bauen diese aus“, betonte Sittinger. So arbeite der Dübel-Erfinder mit dem Spezialisten für Fassadenbau zusammen und der TFT-Schubladenkonstrukteur mit dem Büromöbel- und Spezialkofferhersteller, um nur einige

Gartenschauen kommen nach Tirschenreuth und Deggendorf

Tirschenreuth richtet 2013 die regionale Gartenschau „Natur in der Stadt“ aus, Deggendorf die Landesgartenschau 2014. Wie Umweltminister Werner Schnappauf und Landwirtschaftsminister Josef Müller in München mitteilten, hat der Vergabeausschuss diese Entscheidung mit einstimmigem Votum getroffen.

Für die Stadt Deggendorf sprach nach Überzeugung des Vergabeausschusses ihr Konzept für ein Gelände unmittelbar an der Donau: Der neue Donaupark soll auf Dammhöhe einen optischen Kontakt zwischen Stadt und Fluss herstellen. Städtebauliche Problembereiche innerhalb der neuen Hochwasserdeiche sollen beseitigt und attraktive Naherholungsflächen geschaffen werden.

Steigende Lebensqualität

Die Stadt Tirschenreuth bestach durch die geplante Reaktivierung der historischen Stadtteile und die Beseitigung der angrenzenden Industriebrache. Nach den Worten beider Minister steigt durch die ökologische Sanierung im Zuge der Gartenschauen die Lebensqua-

lität für alle Bürger in der Stadt. Das Umweltministerium fördert nach den derzeit geltenden Richtlinien Landes- und Regionalgartenschauen mit bis zu 50 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten, Landesgartenschauen mit höchstens 3,6 Millionen Euro, Regionalgartenschauen mit höchstens 1,6 Millionen Euro. Vom Landwirtschaftsministerium wird die Gestaltung der Gartenschauen durch bayerische Betriebe finanziell unterstützt.

Schlüssel des Erfolgs

Beispiele zu nennen. Sie alle säßen in verschiedenen Orten der XperRegio und hätten sich nur durch das Netzwerk gefunden. Bis jetzt haben Sittinger zufolge 200 Firmen und Institutionen Anträge gestellt. Laut einer aktuellen Umfrage vom September 2006 wurden damit über 300 Arbeitsplätze geschaffen. Dies entspricht gerade einmal staatlichen Mitteln von 10.000 Euro für einen Arbeitsplatz.

Die Kombination aus basisnaher Arbeit durch Bürgermeister und Regionalmanagement in Verbindung mit Geld aus dem Innovationsfonds ist der Schlüssel des Erfolgs und ein wirksames Werkzeug zur Ent-

wicklung des ländlichen Raumes. Der Zuschuss ist nach den Ausführungen Sittingers letztlich Lockmittel, um schlummerndes Innovationspotential zu wecken.

Die Gartenschaulandflächen bleiben als innerstädtische Garten- und Parklandschaft erhalten. Solche „grünen Lungen“ bewirken auch einen wirtschaftlichen Schub, da Unternehmen und ihre qualifizierten Arbeitskräfte ein familienfreundliches und erholsames Umfeld besonders schätzen, so die beiden Minister. □

Auch der Regionale Planungsverband setzt auf die vom Arnstorfer Bürgermeister geführte XperRegio. Es wurde beschlossen, eine engere Zusammenarbeit anzustreben. Ebenfalls einstimmig wurden die Gemeinde Egggham (Landkreis Rottal-Inn) zum bevorzugt zu entwickelnden Kleinzentrum und die Gemeinde Reischbach (Landkreis Dingolfing-Landau) zum bevorzugt zu entwickelnden Unterzentrum bestimmt. **DK**

Vorschau auf GZ 10

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 10, die am 18. Mai erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Abfall und Recycling
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Sicherheitstechnik - Brand- und Katastrophenschutz
- Schulungen - Kommunalmarketing

LIEFERANTEN-



NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken - Ankauf
Kostenlose Schätzung und Beratung - Ständiger Ankauf zu Höchstpreisen
Einlieferung zur Auktion jederzeit - Wir beraten Sie gerne auch zu Hause
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

Aussenmöblierung



- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Möblierung für Außen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 0 71 95 / 69 33 00 · Fax 0 71 95 / 69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNKELHA GmbH
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte
www.funkelha.de

Kindergarteneinrichtungen



elbe
Produktion · Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 1 · D-92765 Rottungen
Tel. 09 37 361 89-0 · Fax 09 37 361 89-99
E-Mail elbe@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen



Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen



KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: 0461-77306-0 · Fax: 0461-77306-35
E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com
www.KOMPAN.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen



elbe
Produktion · Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 1 · D-92765 Rottungen
Tel. 09 37 361 89-0 · Fax 09 37 361 89-99
E-Mail elbe@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte



Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

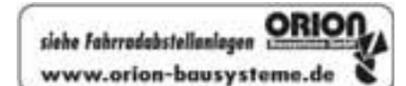
Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Str. 20
D - 92245 Kürnberstruck
Telefon: +49 (0) 96 21 / 76 85-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



siehe Fahrradabstellanlagen
www.orion-bausysteme.de

Wassermähler



HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrometer.de